

ÖFFENTLICHE BERICHTSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

20 Fachbereich Finanzen und Controlling

Beteiligt:

Betreff:

Bericht zur Haushaltslage

Beratungsfolge:

04.05.2017 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussfassung:

Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Kurzfassung

Die Kurzfassung entfällt!

Begründung

1. Ergebnisrechnung 2016

1.1 Eckdaten

Die Stadt Hagen ist als pflichtige Stärkungspaktkommune gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg in besonderem Maße zur Auskunft verpflichtet. Zusätzlich zu den regelmäßigen Berichten zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans fordert die Bezirksregierung Arnsberg auch den Stand laut städtischem Controlling-Bericht ein.

Gemäß des vom Oberbürgermeister der Stadt Hagen bestätigten Entwurfes des Jahresabschlusses liegen die Ordentlichen Erträge um ca. + 21,3 Mio. € über den Planansätzen. Die ordentlichen Aufwendungen werden um ca. – 26,4 Mio. € überschritten, so dass sich daraus eine Verschlechterung des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von ca. 5 Mio. € ergibt.

Unter Berücksichtigung des Mehrertrages bei den Finanzerträgen (+ 0,6 Mio. €) sowie einem Minderaufwand bei den Zinsen (5,1 Mio. €) ergibt sich insgesamt eine Verbesserung gegenüber der Planung von ca. 0,7 Mio. €.

Der geplante Fehlbetrag (13,5 Mio. €) wird um ca. 0,7 Mio. € unterschritten, so dass die Stadt Hagen für das Jahr 2016 einen Fehlbetrag von ca. 12,8 Mio. € ausweist (Stand 31.12.2016).

Dieses Ergebnis steht unter dem Vorbehalt noch im Rahmen des Jahresabschlusses evtl. zu buchender Vorgänge.

Das Gesamtergebnis der Stadt Hagen nach dem Entwurf des Jahresabschlusses weist ein Defizit von 12.849.911,83€ (Stand 02.03.2017) aus. Dies ergibt eine Verbesserung gegenüber dem Haushaltsansatz in Höhe von 685.987,91€.

Ergebnisrechnung (Stadt Hagen)	2016 (Haushaltsplan)	2016 (Ergebnis)	Abw. (in €)
Ordentliche Erträge	-649.923.816 €	-671.239.652 €	21.315.837 €
Ordentliche Aufwendungen	645.176.715 €	671.542.357 €	-26.365.642 €
Ordentliches Ergebnis	-4.747.100 €	302.705 €	-5.049.805 €
Finanzerträge	-10.426.000 €	-11.017.965 €	591.965 €
Finanzaufwendungen	28.709.000 €	23.565.172 €	5.143.828 €
Finanzergebnis	18.283.000 €	12.547.207 €	5.735.793 €
Gesamtergebnis (Fehlbetrag):	13.535.900 €	12.849.912 €	685.988 €

1.2 Controlling-Bericht über die Ergebnisrechnung 2016

Der Controlling-Bericht über die Ergebnisrechnung 2016 zum Stand 31.12.2016 stellt die größten Abweichungen pro Haushaltsposition dar und wird als Anlage Nr. 1 zur Berichtsvorlage beigefügt.

2. Haushaltssanierungsplan

2.1 HSP 2016, Controllingbericht Stand: 31.12.2016

Der HSP-Controllingbericht mit Stand 31.12.2016 wird als Anlage 2 dargestellt.

Das geplante Konsolidierungsvolumen im Haushaltssanierungsplan 2016 beträgt 74.415.436 €. Umgesetzt werden konnten die Maßnahmen mit einem Betrag von 75.701.277 €. Es ergibt sich demnach eine Verbesserung in Höhe von 1.285.841€.

Wegbrechende Konsolidierungsbeträge 2016 (Mehreinnahmen durch Parkgebühren und Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel) wurden durch den GWH Verschmelzungsgewinn, durch verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken, der Gewerbesteuer und mehrere kleineren Überschreitungen mehr als ausgeglichen.

2.2 HSP 2017, Controllingbericht Stand: 31.03.2017

Der Controllingbericht zum ersten Quartal 2017 weist auf S. 12 (Anlage 3) Maßnahmen in Höhe von rund 858.000 € aus, die das Planziel 2017 nicht erreichen. Ursächlich hierfür sind u.a. die Maßnahmen Mehreinnahmen durch Parkgebühren, Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle, sowie die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung der Energie- und Bewirtschaftungsumlage.

Diese Planverfehlung wird durch prognostizierte Verbesserungen in Höhe von rund 932.000 € (S. 13 Anlage 3) ausgeglichen. Dafür verantwortlich sind vor allem die Maßnahmen Energiekosteneinsparungen und Gewerbesteuer.

Die Maßnahmen 12_VB5.004 - „Konzessionsvertrag Städtemedien neu ausschreiben“, 14_61.001 – „Verzicht Retrodigitalisierung Bauakten“, 16_11.003 – „Dienstvereinbarung Überstunden neu verhandeln“, 16_32.003 – „Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung“ und 16_37002 – „Bußgelder aus HygMedVO“ wurden in der Fortschreibung HSP 2017 ohne Potenzial ausgewiesen und werden in zukünftigen HSP-Controllingberichten nicht mehr mit aufgeführt.

Insgesamt kann somit im HSP-Controllingbericht zum ersten Quartal 2017 eine leichte Verbesserung von rund 74.000 € ausgewiesen werden.

Der HSP-Controllingbericht mit Stand 31.03.2017 wird als Anlage 3 beigelegt.

3. Gewerbesteuerentwicklung

Der Haushaltsansatz für 2017 beträgt 89,41 Mio. €. Nach der Jahressollstellung und der ersten Sollfortschreibung des Jahres ergab sich ein Haushaltssoll von 76,3 Mio. €. Mittlerweile beträgt das Anordnungssoll rund 101 Mio. €.

In dem Anordnungssoll ist ein Betrag von 3,9 Mio. € enthalten, der im Laufe des Jahres aufgrund eines Erlasantrages voraussichtlich wieder abgesetzt werden wird. Darüber hinaus werden wegen bekannter steuerlicher Sachverhalte weitere größere Sollabgänge erwartet. Es ist davon auszugehen, dass der Haushaltsansatz zum Jahresende erreicht wird.

4. Schuldenstand

	07.04.2017	Vorjahr
Liquiditätskredite	1.123.100.000 €	1.127.700.000 €
Investitionskredite	92.882.600 €	98.506.806 €

4.1. Marktumfeld Zinsen

Die EZB hat auf ihrer letzten Ratssitzung ihre Geldpolitik wie erwartet nicht verändert. Nachdem im März die Inflationsrate im Euroraum von 2,0 % auf 1,5 % gesunken ist und die Inflationserwartungen gedämpft wurden, sind die Spekulationen um eine Wende der EZB-Geldpolitik etwas in den Hintergrund gerückt.

Im Geldmarktbereich werden kaum Veränderungen erwartet. Der 3-Monats-Euribor bleibt im Durchschnitt der Zinserwartungen der Banken auf Jahressicht unverändert auf dem aktuellen Niveau von rd. -0,33 %.

Der 10-Jahres-Swapsatz ist nach einem zwischenzeitlichen Anstieg auf 0,916 % (10.03.2017) zuletzt wieder merklich gesunken. Es wird allerdings weiterhin mit einem Anstieg des Zinsniveaus im Kapitalmarkt gerechnet.

Aktuelle Zinssätze für Liquiditätskredite (Abschlüsse erfolgen mit laufzeiten- und bonitätsabhängigen Margenaufschlägen):

	13.01.2017	28.02.2017	07.04.2017
EONIA (Tagesgeld)	-0,352 %	-0,345 %	-0,353 %
3 Monats-Euribor	-0,327 %	-0,330 %	-0,330 %
12 Monats-Euribor	-0,094 %	-0,114 %	-0,116 %
3 Jahre Swapsatz	-0,104 %	-0,103 %	-0,069 %
5 Jahre Swapsatz	0,086 %	0,078 %	0,149 %
10 Jahre Swapsatz	0,687 %	0,668 %	0,728 %

Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

- Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen

gez.

Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez.

Christoph Gerbersmann
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

**Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer**

Amt/Eigenbetrieb:

20

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

**Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:**

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb: _____ Anzahl: _____

Controlling-Bericht über das vorläufige Rechnungsergebnis 2016

Bericht zum Stand: 31.12.2016

Erarbeitet und vorbereitet durch:
Stadt Hagen, Fachbereich Finanzen und Controlling, Sachgruppe Controlling

Inhaltsverzeichnis

Einführung	Seite 2
I. Plan 2016	Seite 3 - 8
• Eckdaten gesamtstädtisch	Seite 4
• Ertrag- und Aufwandsstruktur	Seite 5
• Erläuterung zu den Haushaltspositionen (Erträge)	Seite 6
• Erläuterung zu den Haushaltspositionen (Aufwendungen)	Seite 6 – 8
II. Stand der voraussichtlichen Ergebnisrechnung 2016	Seite 9 – 13
• Kurzanalyse , Verbesserungen/Verschlechterungen	Seite 10 -13
III. Erläuterungen zu den größten Abweichungen auf Haushaltspositionsebene	Seite 14 – 34
• Gesamtergebnisplan/Gesamtergebnisprognose	Seite 15
• Steuern u. ähnliche Abgaben	Seite 16
• Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	Seite 17-18
• Sonstige Transfererträge	Seite 19
• Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte	Seite 20
• Privatrechtliche Leistungsentgelte	Seite 21
• Kostenerstattung u. Kostenumlagen	Seite 22
• Sonstige ordentliche Erträge	Seite 23
• Aktivierte Eigenleistung	Seite 24
• Personalaufwendungen	Seite 25
• Versorgungsaufwendungen	Seite 26
• Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Seite 27
• Abschreibungen	Seite 28
• Transferaufwendungen	Seite 29
• Sonstige ordentliche Aufwendungen	Seite 30-31
• Finanzerträge	Seite 32
• Zinsen und Finanzaufwendungen	Seite 33
• Kennzahlen	Seite 34

Einführung:

Der Rat der Stadt Hagen hat am 07.04.2016 den Haushalt 2016/2017 beschlossen. Daraus ergibt sich ein geplanter **Jahresfehlbetrag** in Höhe von **13,6 Mio. €**. Mit dem Ratsbeschluss des Doppelhaushaltes 2016/2017 kann ein struktureller Ausgleich in 2016 nicht dargestellt werden, so dass eine Verschiebung auf das Jahr 2017 bei der Bezirksregierung Arnsberg beantragt und genehmigt wurde.

Der vorliegende Bericht über das vorläufige Gesamtergebnis 2016 informiert auf Basis der aktuellen IST-Zahlen zum Stand 31.12.2016. Er zeigt die IST-Abweichungen und deren Ursachen. Der Bericht ist in drei Teile unterteilt.

Der **I. Teil** des Berichtes stellt zunächst einen Gesamtüberblick über die Haushaltsplanung 2016 dar und liefert gleichzeitig eine Orientierung zur Ertrags- und Aufwandsstruktur. Ergänzend dazu werden die Haushaltsplanzahlen nach Haushaltsposition erläutert.

Der **II. Teil** des Berichtes ist eine komprimierte Zusammenfassung und Analyse über das IST-Ergebnis (Verbesserungen/Verschlechterungen) zum Stand 31.12.2016.

Im **III. Teil** werden die Abweichungen zwischen Plan und IST und deren Ursachen dargestellt. Der Bericht ist so aufgebaut, dass zu jeder Gesamtabweichung auf Haushaltspositionsebene die größten Abweichungsursachen erläutert werden.

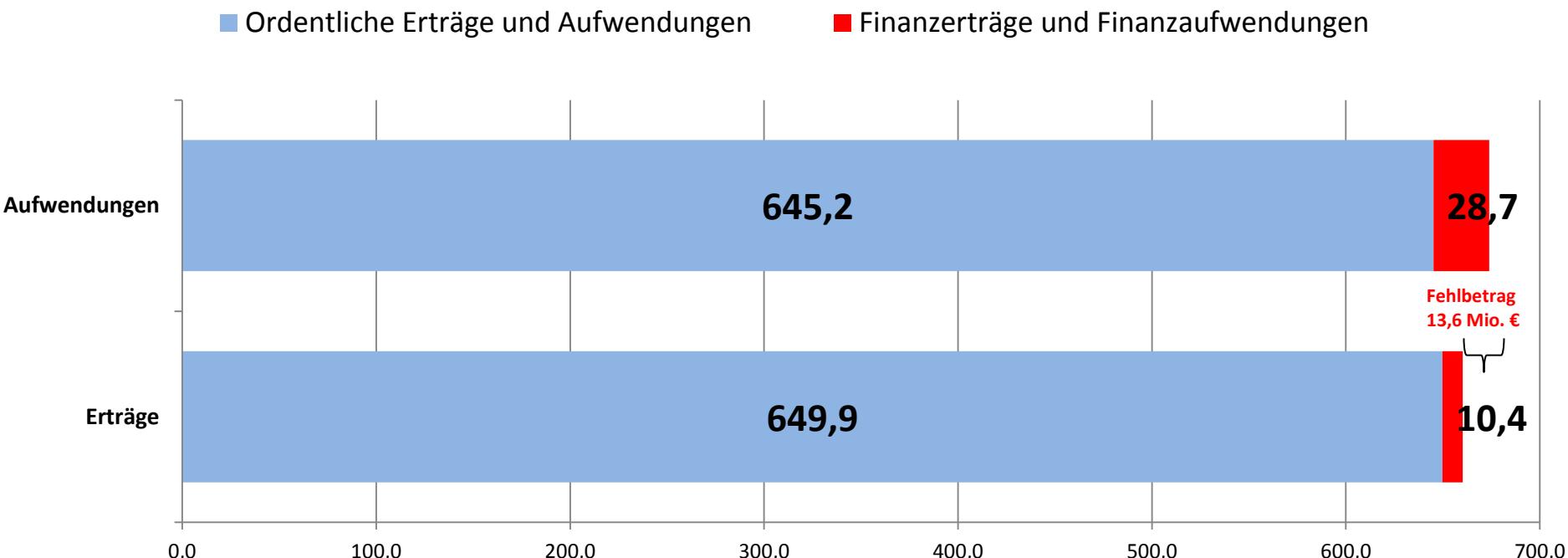
Insgesamt wurden 79 Sachverhalte erläutert. Aufgrund der Komplexität des hohen Datenvolumens muss auf die Darstellung aller Abweichungen im Gesamtbericht verzichtet werden. Die Darstellung sämtlicher Sachverhalte würde den Rahmen des gesamtstädtischen Berichtes sprengen und eine übersichtliche und termingerechte Berichterstattung auf der Ebene nicht mehr gewährleisten können.

Zu beachten ist, dass unter der Spalte „Abweichung“ ein „-“ eine für die Stadt Hagen negative Auswirkung hat. Ergänzend dazu werden auch die prozentualen Abweichungen dargestellt.

I. Teil

Haushaltsplanung 2016

Plan 2016 Eckdaten gesamtstädtisch



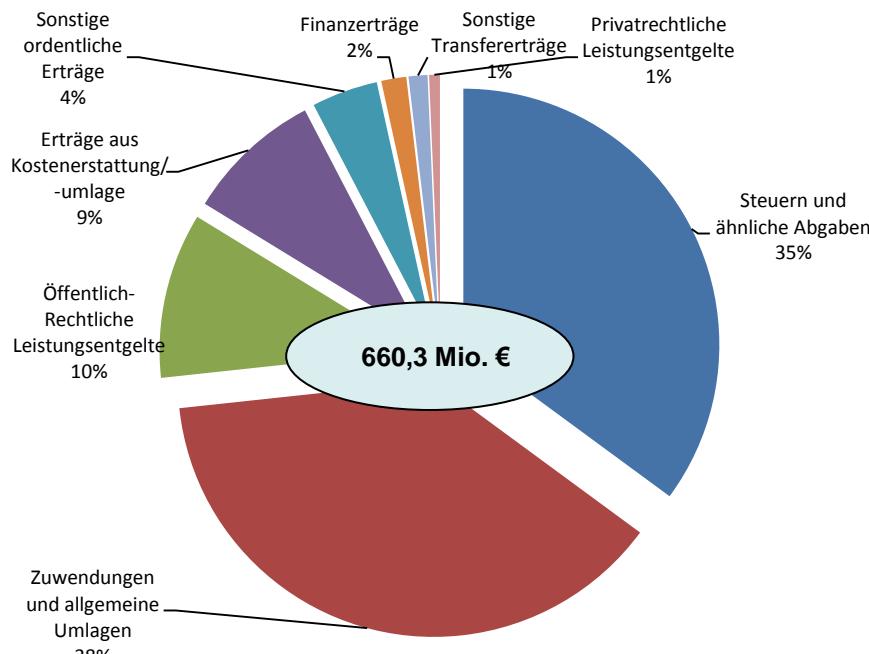
Der durch den Rat der Stadt Hagen beschlossene Haushalt für 2016 stellt sich wie folgt dar:

Plan 2016: Der Haushaltsplan wird im Ergebnisplan 2016 mit voraussichtlichen anfallenden **ordentlichen Erträgen** von **649,9 Mio. €** und **ordentlichen Aufwendungen** von **645,2 Mio. €** festgesetzt. Daraus ermittelt sich ein zu erwartender Überschuss (**Ordentliches Ergebnis**) in Höhe von **Mio. 4,7 Mio. €**.

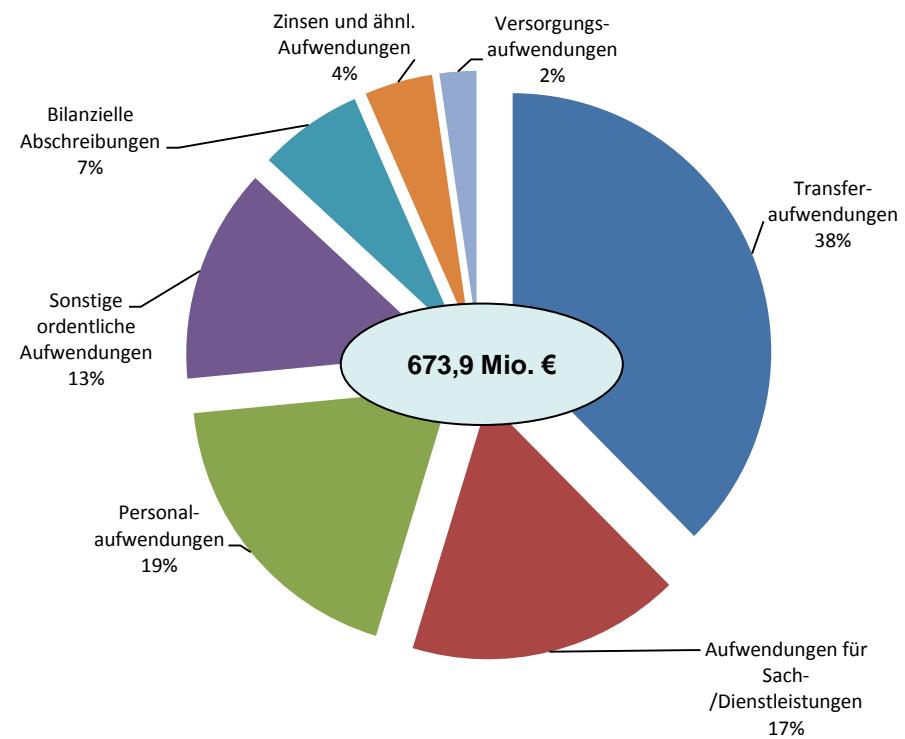
Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses (18,3 Mio. € Fehlbetrag), das sich aus Finanzerträgen in Höhe von 10,4 Mio. € und Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen in Höhe von 28,7 Mio. € zusammensetzt, ergibt sich ein geplanter **Jahresfehlbetrag** in Höhe von **13,6 Mio. €**.

Haushaltsplanung 2016

Ertragsstruktur:



Aufwandsstruktur:



Die vorliegenden Grafiken stellen die Ertrags- und Aufwandsstruktur dar. Auf den Folgeseiten werden die Haushaltspositionen näher erläutert und die absoluten Werte aufgeführt.

Erläuterung zu den Haushaltspositionen:

Nr.	Haushaltsposition	Ansatz 2016
1	Steuern u. ähnliche Abgaben: Der Haushaltsansatz 2016 sieht einen Ertrag in Höhe von 231,7 Mio. € unter der Position Steuern und ähnliche Abgaben vor. Die Gewerbesteuer umfasst ca. 86,7 Mio. €, gefolgt von der Grundsteuer B mit ca. 47,9 Mio. €. Bei den übrigen Erträgen handelt es sich um die Vergnügungssteuer (4,5 Mio. €), um die Hundesteuer (1,8 Mio. €), Grundsteuer A (0,1 Mio. €) sowie den kommunalen Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer (83,7 Mio. €). Weitere 7,0 Mio. ergeben sich aus der Leistung des Familienleistungsausgleiches.	231,7 Mio. €
2	Die Ertragsposition " Zuwendungen und allg. Umlagen ," beinhaltet die Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 139,3 Mio. €. Weitere 36 Mio. € wurden für die Konsolidierungshilfe nach dem Stärkungspaktgesetz angesetzt. Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke belaufen sich auf 65,2 Mio. € und die Auflösungen aus Sonderposten betragen ca. 11,8 Mio. €.	252,3 Mio. €
3	Unter " Sonstige Transfererträge " sind überwiegend die Aufwendungs- und Kostenersätze für Leistungen der Sozialleistungsträger im Teilplan 3630 „Förderung junger Menschen“ (5,9 Mio. €) enthalten. Ca. 1,2 Mio. € sind dem Produktbereich 31 „Soziale Leistungen“ zugeordnet. U.a. beinhaltet die Position auch die Umlagezahlung vom VRR (0,5 Mio. €).	7,9 Mio. €
4	Die Position " Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte ," beinhaltet u.a. die Verwaltungsgebühren (6,7 Mio. €), die Benutzungsgebühren u. ähnliche Entgelte (58 Mio. €), sowie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (4,3 Mio. €).	69,0 Mio. €
5	Der Ansatz bei den " Privatrechtlichen Leistungsentgelten ," umfasst Miet- und Pachterträge (3,4 Mio. €). Erträge aus Verkauf (0,4 Mio. €) und sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte (0,7 Mio. €).	4,5 Mio. €
6	Die " Kostenerstattungen und Kostenumlagen " sind im Wesentlichen dem Produktbereich 31 Soziale Leistungen (47,9 Mio. €) zuzuordnen. U.a. für die Leistungsbeteiligung an der Grundsicherung (20,4 Mio. €) und der Leistungsbeteiligung für Unterkunft u. Heizung (16,3 Mio. €). Weitere Erstattungen ergeben sich u.a. im Produktbereich 36 „Kinder – und Jugendhilfe“ mit 2,1 Mio. € und im Produktbereich „Innere Verwaltung“ mit ca. 5,6 Mio. €. Die restlichen Kostenerstattungen und Kostenumlagen verteilen sich auf die anderen Produktbereiche.	56,9 Mio. €
7	Unter der Position " Sonstige ordentliche Erträge ," verbergen sich 12 Mio. € Konzessionsabgaben, 11,9 Mio. € weitere sonstige ordentliche Erträge (u.a. Bußgelder, Verwarngelder, Säumniszuschläge, Gewerbesteuer-Nachzahlungszinsen) und andere sonstige ordentliche Erträge (1,0 Mio. €) wie Bürgschaftsprovisionen und Schadensersatzleistungen. Weitere 2,1 Mio. € für die Auflösung v. Rückstellungen und Mehrerlöse aus der Veräußerung v. Grundstücken (0,5 Mio. €).	27,6 Mio. €
19	Finanzerträge Dieser Ansatz beinhaltet die voraussichtliche Gewinnausschüttung von verbundenen Unternehmen: WBH (2,9 Mio. €) und Sparkasse (6 Mio. €). Weitere 1,3 Mio. € sind im Teilplan 1120 für die Sanierung des Haushaltes geplant, sowie 0,2 Mio. € im Teilplan 6120 für Zinserträge (Investitionskredite).	10,4 Mio. €

Erläuterung zu den Haushaltspositionen:

Nr.	Haushaltsposition	Ansatz 2016
11	Die Personalaufwendungen beinhalten u.a. 9,3 Mio. € Pensionsrückstellungen, sowie 1,4 Mio. € Beihilferückstellungen. Die Position Personalaufwendungen beinhaltet auch 1,2 Mio. € Honoraraufwendungen.	126,6 Mio. €
12	Der Haushaltsansatz bei den Versorgungsaufwendungen beträgt 15,5 Mio. €.	15,5 Mio. €
13	Die Position " Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen " in Höhe von 115,0 Mio. € beinhaltet u.a. 12,9 Mio. für Instandhaltung der Grundstücke, bauliche Anlagen und des Infrastrukturvermögens. Weitere 50,0 Mio. € entfallen auf die Erstattung von Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit. Ca. 38,1 Mio. € wurden für die Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen und des Infrastrukturvermögens angesetzt. Weitere 1,5 Mio. € beinhalten die Unterhaltung des beweglichen Vermögens. Ca. 6,3 Mio. € betreffen die besondere Verwaltung- und Betriebsaufwendungen (u.a. fallen darunter: Lernmittel, Schülerbeförderungskosten, Festwert Bücherei; Lehr- und Unterrichtsmittel an). Neben 1,6 Mio. € für den Erwerb von Waren, fallen 4,6 Mio. € für Dienstleistungen an.	115,0 Mio. €
14	Der Ansatz bei den bilanziellen Abschreibungen beträgt 44,0 Mio. €. Die Abschreibungsquote liegt somit bei 7%.	44,0 Mio. €
15	Die Transferaufwendungen in Höhe von 253,5 Mio. € sind die größte Position auf der Aufwandsseite. Einen besonders hohen Anteil haben die Transferaufwendungen im Produktbereich "31 Soziale Leistungen" (71,0 Mio. €) und "36 Kinder- und Jugend- und Familienhilfe" (69,6 Mio. €). Im Produktbereich "21 Schulträgeraufgaben" sind unter dieser Position ca. 5,8 Mio. € für die Weiterleitung der Landeszuweisung an Träger des Ganztagsbetriebs aufgeführt. Unter Transferaufwendungen sind u.a. auch die Gewerbesteuerumlage (5,8 Mio. €), die Finanzierungsbeteiligung an den Fond Deutscher Einheit (7,4 Mio. €), die allgemeine Umlage an den Landschaftsverband (51,4 Mio. €), sowie die Umlagezahlung an den VRR (2,0 Mio. €) aufgeführt. Weitere 36,1 Mio. € fallen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen an. Unter anderem HVG (20,9 Mio. €), Verkehrsverbund Rhein Ruhr (0,5 Mio. €) und Theater (14,6 Mio. €). 2,2 Mio. € stellen die Krankenhauspauschale dar. Die restlichen Transferaufwendungen verteilen sich auf die anderen Produktbereiche.	253,5 Mio. €

Erläuterung zu den Haushaltspositionen:

Nr.	Haushaltsposition	Ansatz 2016
16	<p>Die Position "Sonstige ordentliche Aufwendungen" beinhaltet überwiegend die Leistungsbeteiligung für Heizung/Unterkunft f. Arbeitssuchende mit einem Planwert in Höhe von insgesamt 52,6 Mio. €. Weitere Ansätze ergeben sich für einmalige Leistungen (ca. 1,2 Mio. €) für Arbeitssuchende und Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (ca. 1,7 Mio. €).</p> <p>Die sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 1,2 Mio. € beinhalten u.a. Aus - und Fortbildung, Reisekosten und Dienstschatzkleidung.</p> <p>Für die Aufwendungen f. die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten sind ca. 11,6 Mio. € angesetzt worden. (Es fallen u.a. hier Mietaufwendungen, Prüfungen, Beratungen, Bankgebühren, etc. an).</p> <p>Für Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Druckkosten, Porto, IT-Netzbereitstellung, IT-Gebühren, IT-Betreuung, etc.) wurden ca. 15,9 Mio. € angesetzt.</p> <p>Für Steuern, Versicherungen und Schadensfälle sind weitere 4,7 Mio. € geplant.</p> <p>Die Fraktionszuwendungen (0,9 Mio. €) und die Gewerbesteuererstattungszinsen (0,4 Mio. €) werden ebenfalls unter dieser Position angesetzt.</p>	90,5 Mio. €
20	Die Position „ Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen “ wurde mit 28,7 Mio. € geplant.	28,7 Mio. €

II. Teil

Stand der voraussichtlichen Ergebnisrechnung 2016 - Kurzanalyse-

Kurzanalyse

Ergebnisrechnung (Stadt Hagen)	2015 (endgültig)	2016 (Haushaltsplan)	2016 (Ergebnis)	Abw.	Abw.	Verbesserung/ Verschlechterung
				(in €)	(in %)	
Ordentliche Erträge	-620.278.738 €	-649.923.816 €	-671.239.652 €	21.315.837 €	3,3%	Verbesserung
Ordentliche Aufwendungen	616.901.049 €	645.176.715 €	671.542.357 €	-26.365.642 €	4,1%	Verschlechterung
Ordentliches Ergebnis	-3.377.689 €	-4.747.100 €	302.705 €	-5.049.805 €	-106,4%	Verschlechterung
Finanzerträge	-9.414.656 €	-10.426.000 €	-11.017.965 €	591.965 €	5,7%	Verbesserung
Finanzaufwendungen	27.993.475 €	28.709.000 €	23.565.172 €	5.143.828 €	-17,9%	Verbesserung
Finanzergebnis	18.578.818 €	18.283.000 €	12.547.207 €	5.735.793 €	-31,4%	Verbesserung
Gesamtergebnis (Fehlbetrag):	15.201.129 €	13.535.900 €	12.849.912 €	685.988 €	-5,1%	Verbesserung

Nach dem Vorliegen des vorläufigen Gesamtergebnisses 2016 liegen die **Ordentlichen Erträge** um ca. **+ 21,3 Mio. €** über den Planansätzen. Die **ordentlichen Aufwendungen** werden um ca. **- 26,4 Mio. €** überschritten, so dass sich daraus eine Verschlechterung des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von ca. **5 Mio. €** ergibt.

Unter Berücksichtigung des **Mehrertrages bei den Finanzerträgen (+ 0,6 Mio. €)** sowie einem Minderaufwand bei den **Zinsen (5,1 Mio. €)** ergibt sich insgesamt eine **Verbesserung gegenüber der Planung von ca. 0,7 Mio. €**.

Der geplante **Fehlbetrag (13,5 Mio. €)** wird um **ca. 0,7 Mio. €** unterschritten, so dass die Stadt Hagen für das Jahr 2016 einen Fehlbetrag von **ca. 12,8 Mio. €** ausweist (Stand 31.12.2016).

Dieses Ergebnis steht unter dem Vorbehalt noch im Rahmen des Jahresabschlusses evtl. zu buchender Vorgänge.

Es ist zu beachten, dass insbesondere bei **Mehrerträgen** aufgrund erhöhter Landeszusweisungen oder erhöhter Kostenerstattungen in den meisten Fällen **auch höhere Aufwendungen gegenüberstehen**.

Plan/Ist Abweichungen, die sich bei den Gebühren ergeben, werden durch die Auflösung u. Zuführung von Sonderposten neutralisiert.

Positive Effekte auf der Ertragsseite zeigen sich insbesondere durch ein erhöhtes Steueraufkommen bei der **Grundsteuer B (ca. + 0,55 Mio. €)** und bei der **Vergnügungssteuer (ca. + 0,8 Mio. €)** - sie korrespondieren unter anderem mit den Konsolidierungsmaßnahmen 12_20.010 + 12_20.006.

Im Bereich der **Rettungsdienstgebühren** kam es ebenfalls zu einer Ergebnisverbesserung (**+ 1,1 Mio. €**). Durch erhebliche Defizite in den vergangenen Jahren, wurde mit Hilfe einer deutlichen Erhöhung der Gebühren dieser Verlust teilweise in 2016 aufgefangen. Die Gebühren wurden in 2016 mit Hilfe der Einsatzzahlen und den entsprechenden Gebührensätzen berechnet und periodengerecht abgegrenzt – die Vereinnahmung erfolgt erst in 2017.

Weitere **+ 0,7 Mio. € Mehrerträge** wurden durch die **Zuwendungen** aufgrund des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die **schulische Inklusion** vereinnahmt. Da bei der Planung 2016/2017 keine konkreten Maßnahmen, die aus diesen Mitteln finanziert werden sollten, benannt werden konnten, wurde ergebnisneutral geplant. Mittlerweile geht man davon aus, dass diese Mittel allgemeine Deckungsmittel sind, die der örtlichen Refinanzierung dienen. Somit sind diese Erträge eine tatsächliche Ergebnisverbesserung, da sie zur Refinanzierung lfd. Aufwendungen dienen können.

Weitere Mehrerträge konnten durch den **Verschmelzungsgewinn GWH** aus KM 16_GWH.004 generiert werden. Die GuV-Rechnung ist nach dem vorliegenden Entwurf der Schlussbilanz der GWH besser als erwartet ausgefallen. Der Verschmelzungsgewinn liegt **1,77 Mio. €** höher als Anfang 2016 prognostiziert.

Durch Mehrerträge bei den **Kindertageseinrichtungen und dem Bereich der Erstattungen für Heimerziehung von Kindern aus fremden Kommunen** ergibt sich eine Ergebnisverbesserung von **ca. 1,3 Mio. €**.

Erhöhte Fallzahlen bei der **Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs** führen zu Mehrerträgen in Höhe von **ca. 0,5 Mio. €**.

Im Bereich der **Erziehungshilfen in stationären Einrichtungen** ist von Mehraufwendungen in Höhe von **ca. 1,7 Mio. €** auszugehen – diese sind mit einer steigenden Fallzahl und intensiveren Kosten im Einzelfall zu erklären.

Die **Personalaufwendungen** weisen eine Verschlechterung von **7,35 Mio. €** aus und werden auf der nächsten Folie näher erläutert. Bei den **Versorgungsaufwendungen** liegt die Verschlechterung bei **1,8 Mio. €**.

Aufgrund der positiven Entwicklung des **Zinsniveaus** kommt es zu einem Minderaufwand von **ca. 5,15 Mio. €**.

Eine Zunahme der Erstattungsansprüche im Bereich der **Heimerziehung** führt zu einer Erhöhung der Aufwendungen in Höhe von **ca. 0,7 Mio. €**.

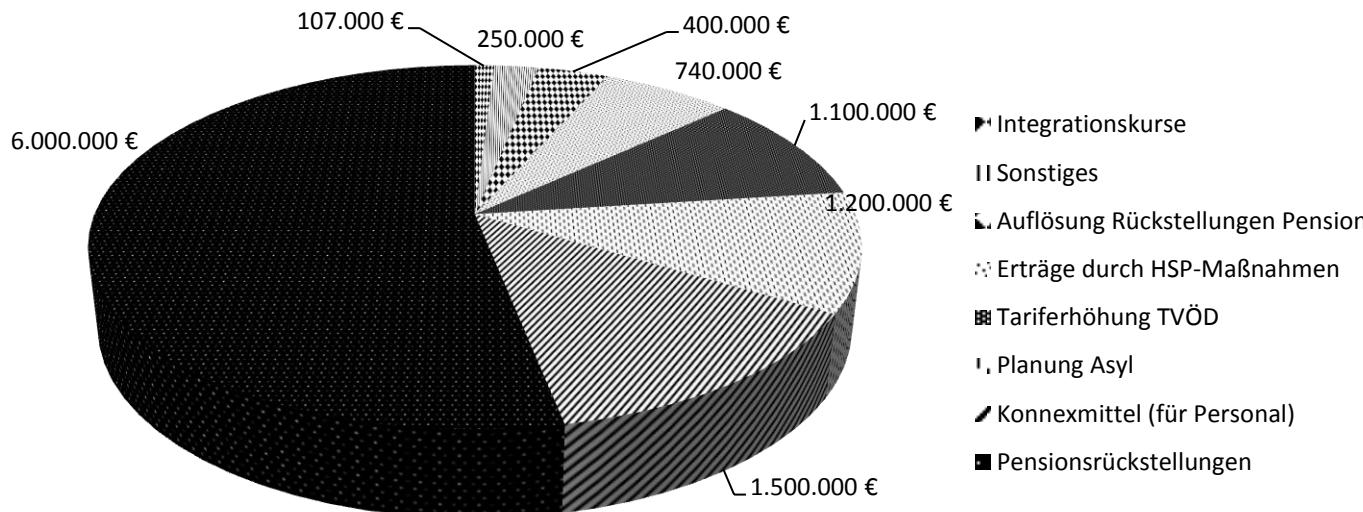
Die **Gewerbesteuer** ist trotz der guten Prognosen während des Haushaltsjahres um **ca. 0,7 Mio. €** hinter den Erwartungen geblieben.

Eine weitere große Verschlechterung trat im Bereich der **KdU** auf. Hier ist eine Verschlechterung gegenüber dem Ansatz in Höhe von **ca. 1,53 Mio. €** eingetreten. Durch zu erwartende Erstattungen in 2017 kann diese Verschlechterung allerdings ganz oder teilweise aufgefangen werden.

Beim Thema „**Flüchtlingskosten**“ geht die Verwaltung weiterhin davon aus, dass die kalkulierte Berechnung (10.000 Euro pro Flüchtling) in 2016 auskömmlich ist. Eine exaktere Aussage ist erst in 2017 nach dem Anpassen der systemtechnischen Voraussetzungen möglich.

Alle weiteren Erläuterungen zwischen Plan und Prognose sind auf den Folgeseiten dargestellt.

Abweichung Personalkosten

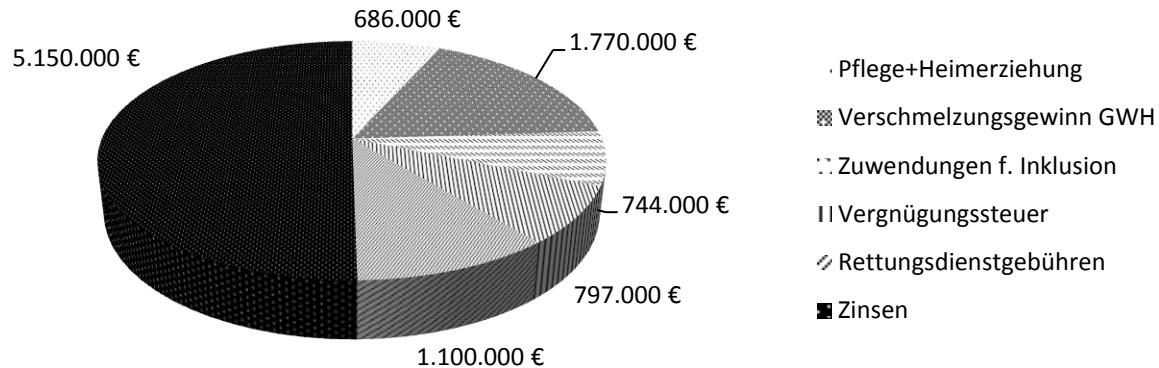


Die Abweichung zum Planansatz beträgt **11,3 Mio. €**. Dieser Abweichung stehen Erträge bzw. Planungen an anderer Stelle entgegen (1,2 Mio. € Planung Asyl, 0,74 Mio. € Erträge HSP (z.B. Geschwindigkeitsüberwachung), 0,4 Mio. € durch Auflösung von Rückstellungen, 107 T€ durch Erträge bei den Integrationskursen und 1,5 Mio. € Konnexmittel, die zur Deckung der Personalkosten eingesetzt wurden). Die tatsächliche Verschlechterung des Haushaltes beträgt somit **7,35 Mio. €**. Die Tariferhöhung des TVÖD wurde ab dem 01.03.2016 mit den Landesorientierungsdaten eingeplant. Das Verhandlungsergebnis von 2,4 % führt zu einem Mehraufwand von ca. -1,1 Mio. €. Durch die nicht planbaren Pensionsrückstellungen kam eine weitere Verschlechterung in Höhe von 6 Mio. € hinzu. Die weitere Abweichung resultiert aus externen Neueinstellungen, die trotz intensiver Sparbemühungen aufgrund gesetzlicher Veränderungen durchgeführt wurden. Diese Neueinstellungen sind vor allem in den „Spezialberufen“ erforderlich geworden, für die trotz Personalentwicklungsmaßnahmen kein geeignetes Personal zur Verfügung stand.

Verbesserungen/Verschlechterungen – Abweichung Plan/IST 2016

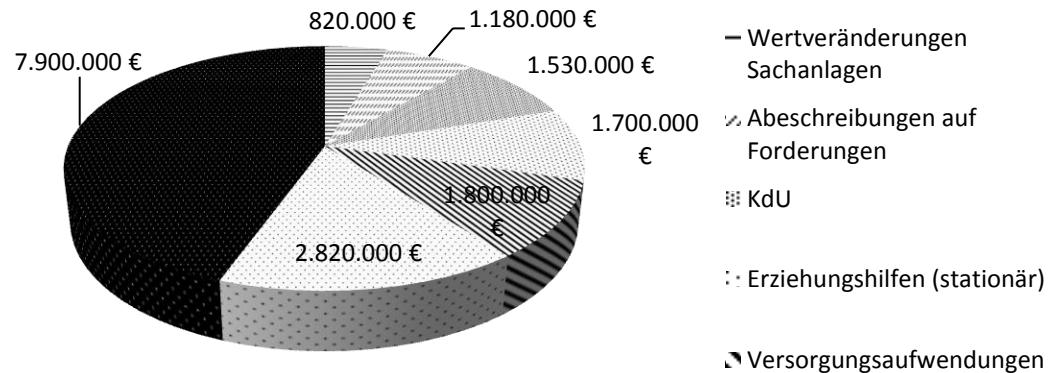
Die unten abgebildeten Grafiken zeigen die größten Verbesserungen und Verschlechterungen zwischen dem IST-Ergebnis (Stand 31.12.2016) und dem Plan 2016. Weitere Details und Informationen dazu, können aus dem III. Teil des Berichtes entnommen werden.

Die größten Ergebnisverbesserungen



Durch die nicht planbare Flüchtlingskrise sind große Verwerfungen in der Planung und der Buchung entstanden. Für 2017 werden Berichtsstrukturen entwickelt, die eine bessere Nachvollziehbarkeit gewährleisten. Gerade in dem Bereich der Personalkosten sind weitere Teile durch Zuwendungen gedeckt.

Die größten Ergebnisverschlechterungen



III. Teil

Erläuterung zu
den Abweichungen und Ursachen
Ergebnis 2016
- auf Haushaltspositionsebene-

Vorläufige Ergebnisrechnung 2016 (Haushaltspositionsebene):

Pos.	Planung u. Bewirtschaftung	Rechnungs-ergebnis	HH-Plan (lt. Ratsbeschluss)	IST	Abw.	Abw.	Auswirkung
		2015 €	2016 €	2016 €	€	in %	
1	Steuern u. ähnl. Abgaben	-233.906.441	-231.685.298	-231.944.231	258.933	0,1%	
2	Zuwendungen u. allg. Umlagen	-226.119.902	-252.278.380	-251.854.482	-423.897	-0,2%	
3	Sonstige Transfererträge	-3.925.893	-7.857.900	-9.771.539	1.913.639	24,4%	
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-63.964.410	-69.007.455	-73.850.535	4.843.080	7,0%	
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.878.659	-4.500.781	-5.162.675	661.894	14,7%	
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-60.143.127	-56.913.643	-65.152.314	8.238.672	14,5%	
7	Sonstige ordentliche Erträge	-30.338.857	-27.611.359	-32.979.836	5.368.477	19,4%	
8	Aktivierte Eigenleistungen	0	-69.000	-524.040	455.040		
9	Bestandsveränderungen	-1.450	0				
10	Ordentliche Erträge	-620.278.738	-649.923.816	-671.239.652	21.315.837	3,3%	Mehrertrag
11	Personalaufwendungen	112.677.972	126.550.373	137.848.934	-11.298.561	-8,9%	
12	Versorgungsaufwendungen	17.028.432	15.474.075	18.449.351	-2.975.276	-19,2%	
13	Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	119.492.014	115.045.409	119.216.204	-4.170.795	-3,6%	
14	Bilanzielle Abschreibungen	45.804.838	44.034.451	46.903.629	-2.869.178	-6,5%	
15	Transferaufwendungen	219.407.234	253.531.723	247.552.460	5.979.263	2,4%	
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	102.490.560	90.540.684	101.571.779	-11.031.095	-12,2%	
17	Ordentliche Aufwendungen	616.901.049	645.176.715	671.542.357	-26.365.642	-4,1%	Mehraufwand
18	Ordentliches Ergebnis	-3.377.689	-4.747.100	302.705	-5.049.805	-106,4%	Verschlechterung
19	Finanzerträge	-9.414.656	-10.426.000	-11.017.965	591.965	5,7%	Mehrertrag
20	Zinsen u. sonstige Finanzaufwendungen	27.993.475	28.709.000	23.565.172	5.143.828	-17,9%	Minderaufwand
21	Finanzergebnis	18.578.818	18.283.000	12.547.207	5.735.793	31,4%	Verbesserung
22	Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (Defizit)	15.201.129	13.535.900	12.849.912	685.988	5,1%	Verbesserung

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Organisationszuständigkeit	Haushaltsauswirkung
1) Steuern u. ähnliche Abgaben	-231.685.298	-231.944.232	258.934	0,1%					

davon die größten Abweichungen:

1.1	Grundsteuer A+B	-47.989.294	-48.542.116	552.822	1,2%	Mehrertrag	553 T€		VB2/ 20/2	😊
1.2	Gewerbesteuer	-86.730.000	-85.610.051	-1.119.949	-1,3%	Minderertrag	743 T€	15.8	VB2/ 20/2	😢
1.3	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-70.814.023	-70.627.383	-186.640	-0,3%	Minderertrag	187 T€		VB2/ 20/0	😢
	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-12.873.316	-12.775.315	-98.001	-0,8%	Minderertrag	98 T€		VB2/ 20/0	😢
1.4	Vergnügungssteuer	-4.343.000	-5.139.920	796.920	18,3%	Mehrertrag	797 T€		VB2/ 20/2	😊
	Wettbürosteuern	-130.000	-103.000	-27.000	-20,8%	Minderertrag	27 T€		VB2/ 20/2	😢
	Hundesteuern	-1.780.000	-1.747.485	-32.515	-1,8%	Minderertrag	33 T€		VB2/ 20/2	😢
	Steuer auf sexuelle Vergnügungen	-20.000	-29.733	9.733	48,7%	Mehrertrag	10 T€		VB2/ 20/2	😊
1.5	Familienleistungsausgleich	-7.005.665	-6.990.752	-14.913	-0,2%	Minderertrag	15 T€		VB2/ 20/0	😢
1.6	Leistungen wg. Wohngeldreform	0	-378.174	378.174	Nicht im Plan	Mehrertrag	378 T€		VB2/ 20/0	😊

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

1.1	Erhöhtes Steueraufkommen durch Erschließung von Baugebieten (Grundsteuer B). Korrespondiert unter anderem mit der Konsolidierungsmaßnahme 12_20.006
1.2	Die Gewerbesteuer blieb mit ca. 1,1 Mio. € hinter den Haushaltsansatz 2016 zurück. Eine präzise Voraussage der Gewerbesteuer ist aufgrund der Veranlagungssystematik durch das Finanzamt nicht möglich. Über das Jahr hinweg erfolgt eine Vielzahl von Veränderungen, die zeitlich nicht vorhersehbar sind. Den Mindererträgen stehen Minderaufwendungen bei der Gewerbesteuerrumlage und Fonds Deutsche Einheit gegenüber.
1.3	Nach der Schlussrechnung liegen die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer deutlich hinter den O-Daten des Landes vom 25.07.2016, so dass sich statt einer Verbesserung sogar eine Verschlechterung des Ergebnisses darstellt.
1.4	Erhöhtes Aufkommen aus Apparaten mit Gewinnmöglichkeit. Korrespondiert unter anderem mit der Konsolidierungsmaßnahme 12_20.010
1.5	Festsetzung der Kompensationsleistungen für das Jahr 2016 lt. Bescheid der BR Arnsberg vom 04.04.2016
1.6	Leistungen wegen Wohngeldreform

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständigkeit	Haushaltsaus-wirkung
2) Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	-252.278.380	-251.854.481	-423.899	-0,2%					

davon die größten Abweichungen:

2.1	Auflösung von Sonderposten + Auflösung PRA aus Zuwendungen gem. § 43 II GemHVO	-11.837.566	-14.561.741	2.724.175	23,0%	Neutral		14.1+16.1+16.8	VB2/ 20	
2.2	Nicht geplante Zuwendungen für die schulische Inklusion	0	-744.279	744.279	nicht im Plan	Mehrertrag	744 T€		VB3/48	
2.3	Schulsozialarbeit	0	-738.754	738.754	an anderer Stelle geplant	Neutral		6.5	VB3/ 55/3	
2.4	Projekte: "Sprach-Kitas" und "Kinderbetreuung in besonderen Fällen"	0	-531.510	531.510	nicht im Plan	Neutral		15.2	VB3/55/4	
2.5	Mittelübertragung Konnexmittel aus 2015 (Kindertageseinrichtungen) und Auflösung Mittel aus 2016	0	-1.534.221	1.534.221	nicht im Plan	Neutral		11.1	VB3/55/4	
2.6	Gewässerausbau	-787.800	-9.990	-777.810	-100,0%	Neutral		16.6	VB4/69	
2.7	Flüchtlingsaufnahmegesetz	-20.820.982	-20.635.493	-185.490	-0,9%	Neutral		Diverse	VB5/55/5	
2.8	Bildungspauschale	-7.571.704	-5.624.440	-1.947.264	-25,7%	Neutral		13.5	VB3/48	
2.9	kommunales Investitionsförderungsgesetz	-3.861.000	-494.782	-3.366.218	-87,2%	Neutral		13.6	GWH zentral	
2.10	Baumaßnahme Berchumer Str.	-1.039.800	-365.098	-674.702	-64,9%	Minderertrag	674 T€		VB5/60	
2.11	Integrationskurse	-136.000	-329.209	193.209	142,1%	Mehrertrag	86 T€	11.1	VB3/48	

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

2.1	1) Die Auflösung der Sonderposten ist analog der Nutzungsdauer des Anlagevermögens vorzunehmen. Der durch die Abschreibung in der Ergebnisrechnung angesetzte Aufwand wird so, zumindest anteilig, durch die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten finanziert, bzw. neutralisiert. 2) Auflösung geleistete Investitionszuwendungen: Gem. § 43 Abs. 2 GemHVO ist ein Investitionszuschuss an Dritte abzugrenzen, wenn die Zuwendung mit einem mehrjährigen einklagbaren Zweck verbunden ist. Diese Abgrenzung ist über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes des Dritten aufzulösen.
2.2	Es handelt sich um Zuwendungen aufgrund des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion. Hier gibt es ab dem Schuljahr 2014/2015 eine Inklusionspauschale. In 2015 wurden diese Mittel nicht verwendet, da keine zusätzlichen Maßnahmen in diesem Bereich durchgeführt wurden. Somit wurden die zweckgebundenen Erträge (insgesamt 373.139 €) in das Jahr 2016 übertragen. In 2016 erfolgte die Vereinnahmung weiterer Mittel für das Schuljahr 2015/2016 (insgesamt 371.140 €). Da bei der Planung 2016/2017 keine konkreten Maßnahmen, die aus diesen Mitteln finanziert werden sollten, benannt werden konnten, wurde ergebnisneutral geplant. Mittlerweile geht man davon aus, dass diese Mittel allgemeine Deckungsmittel sind, die der örtlichen Refinanzierung der Unterstützungsmittel über der schulendes gemeinsamen Lernens durch nicht-lehrendes Personal dienen. Somit wären diese Mittel eine tatsächliche Ergebnisverbesserung, da sie zur Refinanzierung lfd. Aufwendungen in diesem Bereich dienen können.
2.3	Planung an anderer Stelle. Siehe Erläuterungs-Nr. 6.5
2.4	Mehrerträge aus den Projekten "Sprach-Kitas" und "Kinderbetreuung in besonderen Fällen". Die Projekte sind in der bisherigen Haushaltsplanung nicht enthalten. Den Erträgen stehen Aufwendungen in gleicher Höhe (siehe Erläuterungs-Nr. 15.2 und Personalaufwendungen) gegenüber.
2.5	Mehrertrag durch Mittelübertragung nicht verbrauchter Zuwendungen (Konnexmittel) aus 2015 im Bereich Kindertageseinrichtungen und Auflösung von Konnexmitteln aus 2016 zur Deckung der Personalkosten.
2.6	Die geplanten Mittel für Maßnahmen im Gewässerausbau konnten wegen des fehlenden Flächennutzungsplan nicht umgesetzt werden. Den verringerten Erträgen stehen verringerte Aufwendungen entgegen (siehe Erläuterungs-Nr. 16.6)
2.7	Von den gezahlten Zuwendungen wird ein Teilbetrag nach 2017 übertragen, da es sich um zweckgebundene Mittel für die soziale Betreuung von Flüchtlingen handelt. In gleicher Höhe stehen dem Aufwendungen gegenüber die ebenfalls erst 2017 zum Tragen kommen. Diese Position ist damit als ergebnisneutral anzusehen.
2.8	Den Zuwendungen von 5,6 Mio. € stehen Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber. Die nicht verbrauchten Mittel der Bildungspauschale in Höhe von ca. 1,9 Mio. € können in 2017 verplant werden (siehe Erläuterungs-Nr. 13.5).
2.9	Maßnahmen aus dem kommunalen Investitionsförderungsgesetz konnten 2016 nicht umgesetzt werden, daher wurden die Erträge aus der 90%igen Förderung nicht vereinnahmt (siehe Erläuterungs-Nr. 13.6)
2.10	Der Fortschritt der Baumaßnahme Berchumer Str. ist noch nicht so weit wie geplant vorangeschritten, daher entstehen die entsprechenden Zuwendungen erst in 2017 oder 2018. Da der WBH ein festes Budget für alle Maßnahmen erhält, allerdings in 2016 andere Maßnahmen vorrangig bearbeitet wurden, fallen die Aufwendungen entsprechend nicht geringer aus. Sofern die Maßnahme 2017 abgeschlossen ist, wird ein Ertrag in selber Höhe entstehen.
2.11	Die Stadt Hagen konnte die geförderten Integrationskurse in der ehemaligen Cafeteria vom Rathaus I durchführen und dadurch einen positiven Ertrag in diesem Bereich erzielen.

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Orga- zuständig- keit	Haushalts -aus- wirkung
3) Sonstige Transfererträge	-7.857.900	-9.769.631	1.911.731	24,3%					

davon die größten Abweichungen:

3.1	Erstattung für Minderjährige Flüchtlinge	-5.000.000	-6.031.077	1.031.077	20,6%	Neutral		15.1	VB3 /55/6	
3.2	Elternbeiträge für die Tagespflege	0	-344.186	344.186	an anderer Stelle geplant	Mehrertrag	94 T€	4.4	VB3 /55/4	
3.3	Krankenkassenkosten Hilfeempfänger	-9.500	-216.224	206.724	2176,0%	Neutral		13.4	VB3 /55/5	

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

3.1	Die Gesamterstattung für unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge hat sich um ca. 1 Mio. € erhöht. Da es sich um eine 100% Erstattung handelt verhält sich diese Abweichung ergebnisneutral. Sie korrespondiert mit Erläuterungs-Nr.15.1.
3.2	Hier wurden die Elternbeiträge für die Tagespflege verbucht. Im Rahmen der Haushaltsplanung wurden diese unter öffentlich rechtliche Leistungsentgelte (siehe Erläuterungs-Nr. 4.4) geplant. Der Mehrertrag korespondiert daher mit dem Minderertrag unter Erläuterungs-Nr. 4.4
3.3	Einmalige Erstattung der Krankenkassen-Kosten 2016 durch die AOK für Hilfeempfänger nach § 264 SGB V (aufgrund der Schlussrechnung 2015). Korrespondiert mit Erläuterungs-Nr.: 13.4

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständigkeit	Haushalts-aus-wirkung
4) Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-69.007.455	-73.850.536	4.843.082	7,0%					

davon die größten Abweichungen:

4.1	Sonderposten Gebührenausgleich	-26.808.166	-27.564.711	756.545	2,8%	Neutral		VB2/ 20/3	
4.2	Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte (Unterbringung Betreuung .v.Asylbewerber)	-752.000	-2.982.277	2.230.277	296,6%	Neutral		13.2+16.3	VB3/ 55/5
4.3	Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte (Parkgebühren)	-1.895.294	-1.473.893	-421.401	-22,2%	Minderertrag	421 T€		VB5/60
4.4	Elternbeiträge Tagespflege	-250.000	0	-250.000	an anderer Stelle verbucht	Neutral		3.2	VB3 /55/4
4.5	Rettungsdienstgebühren	-9.017.622	-10.133.546	1.115.924	12,4%	Mehrertrag	1,1 Mio. €		VB4/37
4.6	Zulassungswesen, Verkehrsüberwachung	-2.798.000	-3.281.976	483.976	17,3%	Mehrertrag	484 T€		VB4/32

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

4.1	<p>Die Gebührenhaushalte Abfall, Straßenreinigung und Winterdienst werden jährlich vorkalkuliert. Im Regelfall können die Ergebnisse der Gebührenkalkulation wegen des jährlichen Termins 30.11. zur Vorlage des Haushaltplanes bei der Bezirksregierung nicht in die jeweilige Haushaltsplanung einbezogen werden. Nach Abschluss des Gebührenjahres erfolgt eine Gebührenendabrechnung, die erst im Folgejahr endgültig haushaltswirksam wird. Zum Ausgleich von Kostenunterdeckungen werden entsprechende Beträge aus dem Sonderposten für den Gebührenausgleich entnommen. Zum Ausgleich von Kostenüberdeckungen werden entsprechende Beträge dem Sonderposten für den Gebührenausgleich zugeführt.</p> <p>Gebührenkalkulationen sind grundsätzlich kostendeckend. Im Abfallbereich werden die Aufwendungen zu 100 % durch das Gebührenaufkommen refinanziert. In den Bereichen Straßenreinigung und Winterdienst gibt es einen sog. Allgemeininteressenanteil, der aus dem städtischen Haushalt finanziert wird.</p> <p>In dem vorläufigen Ergebnis für 2016 sind die derzeitigen Beträge aus der endgültigen Gebührenendabrechnung 2015 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge zum Sonderposten des vorläufigen Jahresabschlusses 2015 sowie die Prognose der Ergebnisse der Gebührenhaushalte zum 31.12.2016 einbezogen worden.</p>
4.2	Es handelt sich um die Benutzungsgebühren bei der Unterbringung von Asylbewerbern. Die Mehrerträge korrespondieren mit höheren Aufwendungen (u.a. siehe Erläuterungsnr. 13.2 +16.3). Es ist davon auszugehen, dass die kalkulierte Berechnung (10.000 Euro pro Flüchtling) auskömmlich ist, so dass die Abweichung an dieser Stelle ergebnisneutral zu bewerten ist.
4.3	Die Annahme, dass bei einer Anhebung der Parktarife um 50% von 1,00 auf 1,50 EUR pro Std. auch die Gesamteinnahmen um 50% steigen, hat sich nicht bestätigt. Korrespondiert mit der Konsolidierungsmaßnahme 14_60.001
4.4	siehe Erläuterungs-Nr. 3.2.
4.5	Da die Stadt Hagen in den Jahren 2012 bis 2014 erhebliche Defizite (3,8 Mio. €) im Gebührenhaushalt Rettungsdienst gemacht hat, wurden zum 1.6.2016 die Gebühren deutlich angehoben. Ziel der Gebührenanhebung war es, die Unterdeckungen aus den Vorjahren so schnell wie möglich aufzufangen. Da theoretisch eine Unterdeckung in der Gebührenausgleichsrücklage in Millionenhöhe vorliegt, wurden die Überschüsse zunächst auch dort nicht zugeführt, sondern verbessern den Haushalt in 2016. Die Gebühren wurden in 2016 mit Hilfe der Einsatzzahlen und den entsprechenden Gebührensätzen berechnet und periodengerecht abgegrenzt – die Vereinnahmung erfolgt erst in 2017.
4.6	Die Verwaltungsgebühren wurden erhöht, da im Bereich der Zulassungsstelle die Anzahl der Zulassungen mit stark erhöhter Verwaltungsgebühr (teilw. bis zu 200€) enorm zugenommen hat. Zudem waren die Fallzahlen der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an der BAB A45 höher als erwartet und bei den Anlagen Eckeseyer Str. und Boeler Ring war nicht bekannt, wann sie in Betrieb gehen. Auch hier konnten vorab die Fallzahlen nur vermutet werden. Im Bereich der Polizeistellen wurden in 2016 weitere offene Stellen besetzt, die Anzahl an Krankheitstagen war gering im Vergleich zu den Vorjahren. Durch die verschiedenen Sachverhalte sind die sonstigen ordentlichen Erträge durch Buß- und Verwarnungsgelder gestiegen und damit auch die Verwaltungsgebühren.

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Orga- zuständig- keit	Haushalts- aus- wirkung
5) Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.500.781	-5.162.676	661.895	14,7%					

davon die größten Abweichungen:

5.1	Immobilien	-2.417.653	-3.200.470	782.817	-32,4%	Neutral		13.8+16.10	60 zentral	
-----	------------	------------	------------	---------	--------	---------	--	------------	------------	--

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

5.1	Da nicht genügend Kitaplätze zur Verfügung standen, mussten zusätzliche Gebäude angemietet und weitervermietet werden. Zudem wurden einige Objekte, die aus dem Bestand genommen werden sollten für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt, so dass auch hier Mieterträge erzielt werden konnten. Den Erträgen stehen entsprechende Aufwendungen gegenüber
-----	--

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständigkeit	Haushalts-aus-wirkung
6) Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	-56.913.643	-65.152.314	8.238.671	14,5%					

davon die größten Abweichungen:

6.1	Gutschrift aus LSP-Abrechnung 2015 des HEB	0	-1.456.457	1.456.457	Nicht im Plan	Neutral		16.4	VB2 / 20/3	
6.2	Landesunterkünfte Erstattungen	0	-4.270.422	4.270.422	Nicht im Plan	Mehrertrag	540 T€	13.3	VB4 /37	
6.3	Erstattung Jobcenter (Personalkosten)	-3.800.000	-3.987.506	187.506	4,9%	Neutral		11.1	VB3/55/0	
6.4	KdU Bundesbeteiligung	-16.262.560	-17.813.396	1.550.836	9,5%	Neutral		16.5	VB1/11	
6.5	Schulsozialarbeit	-738.754	0	-738.754	-100,0%	Neutral		2.3	VB3/55/3	
6.6	Umzug HABIT	-15.000	-1.106.983	1.091.983	7279,9%	Neutral		13.6	VB5/65	
6.7	Versicherungen verb. Unternehmen	-668.948	-202.609	-466.339	-69,7%	Neutral		16.7	VB4/30	
6.8	Grundsicherung	-19.490.000	-18.573.828	-916.172	-4,7%	Neutral		15.6	VB3/55/7	
6.9	Pflege + Heimerziehung	-1.185.000	-1.871.098	686.098	57,9%	Mehrertrag	686 T€		VB3/55/6	

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

6.1	Gutschrift aus LSP-Abrechnung 2015 des HEB. Korrespondiert mit Aufwendungen in gleicher Höhe (siehe Erläuterungs-Nr. 16.4)
6.2	Die Sachkosten für die Landesunterkünfte wurden nicht geplant. Da die Landesunterkünfte ergebnisneutral betrieben werden, sind die Werte im Ertrag und Aufwand identisch. Der Mehrertrag (Differenz aus Ertrag und Sachaufwendungen) von 540 T€ ist durch Erstattungen von Erträgen aus 2015 zu erklären. Korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 13.3
6.3	Erstattung Jobcenter (Personalkosten).
6.4	Es handelt sich um die Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft. Diese korrespondieren mit Mehraufwendungen. Im Saldo führt das zu einem Mehraufwand in Höhe von 1,53 Mio. €. Hinweis: Durch die Gesetzesänderung (100 %ige Erstattung von Kosten für anerkannte Flüchtlinge) erwartet die Stadt Hagen in 2017 eine ertragswirksame Kostenerstattung für die Aufwendungen die in 2016 entstanden sind. Da die Erfassung der Flüchtlinge noch nicht abgeschlossen ist, erfolgt die Erstattung periodenfremd in 2017.
6.5	Planung an anderer Stelle. Siehe Erläuterungs-Nr. 2.3
6.6	Kostenerstattungen für den Umzug vom HABIT, die die GWH vereinnahmt hat.
6.7	Die Mindererträge stehen in kausalem Zusammenhang mit Minderaufwendungen (siehe Erläuterungs-Nr. 16.7)
6.8	Der geringere Ertrag im Bereich der Grundsicherung entstand im Wesentlichen dadurch, dass die prognostizierte Fallsteigerung nicht eingetreten ist und es in 2016, im Vergleich zu Vorjahren, eine höhere Rentensteigerung gegeben hat. Den Mindererträgen stehen entsprechende Minderaufwendungen gegenüber.
6.9	Die Erstattungen von Fällen die aus anderen Kommunen übernommen werden sind, sind im Vorhinein nicht planbar. Für 2016 wurden sämtliche Erstattungsansprüche gegenüber Dritten geltend gemacht.

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständigkeit	Haushalts-aus-wirkung
7) Sonstige ordentliche Erträge	-27.611.359	-32.979.819	5.368.460	19,4%					

davon die größten Abweichungen:

7.1	Erstattung Kindertageseinrichtungen aus Vorjahren	0	-390.030	390.030	nicht im Plan	Neutral		16.2	VB3/55/4	
7.2	Verkehrsüberwachung	-8.459.000	-8.949.611	490.611	5,8%	Mehrertrag	491 T€		VB4/32	
7.3	Erstattung Krankenkassen	0	-225.170	225.170	nicht im Plan	Neutral		13.4	VB3/55/5	
7.4	Verschmelzungsgewinne GWH aus KM 16_GWH.004 (Auflösung von Rückstellungen)	0	-1.050.000	1.050.000	nicht im Plan	Mehrertrag	1,05 Mio. €	19.1	VB2 / 20/0	
7.5	Auflösung Personalrückstellungen	-1.500.000	-3.080.089	1.580.089	105,3%	Neutral		11.1+12.1	11 zentral	
7.6	Veräußerung von Grundstücken	-450.000	-792.000	342.000	76,0%	Mehrertrag	342 T€		20 zentral	
7.7	Auflösung Wertberichtigung auf Forderungen	0	-227.550	227.550	nicht im Plan	Neutral		16.9	VB2/20/1	
7.8	Auflösung Rückstellungen Urlaub und Gleitzeit	-600.000	-86.000	-514.000	100,0%	Minderertrag	514 T€		VB1/11	

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

7.1	Es handelt sich um Rückerstattungsbeträge aus Vorjahren der Kindertageseinrichtungen (freie Träger). Die Erstattungsansprüche sind im vorhinein nicht planbar und korrespondieren mit Aufwendungen
7.2	Zunahme von Bußgeldern und Verwarngeldern. Die Fallzahlen der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an der BAB A45 waren schwierig zu prognostizieren. Bei den Anlagen Eckeseyer Str. und Boeler Ring war nicht bekannt, wann die die Anlagen in Betrieb gehen. Auch hier konnten vorab die Fallzahlen nur vermutet werden. Im Bereich der Politessen wurden in 2016 weitere offene Stellen besetzt, die Anzahl an Krankheitstagen war gering im Vergleich zu den Vorjahren.
7.3	Einmalige Erstattung Krankenkassen-Kosten 2015 der AOK für Hilfeempfänger nach § 264 SGB V (aufgrund der Schlussrechnung 2015). Korrespondiert mit Nr.: 13.4
7.4	Verschmelzungsgewinne GWH aus KM 16_GWH.004: Der Verschmelzungsgewinn setzt sich aus der Auflösung von Rückstellungen und der positiven GuV-Rechnung (siehe Erläuterungs-Nr. 19.1) zusammen, es ergibt sich ein Gesamtertrag von 3,07 Mio. €.
7.5	Den Auflösungen der Personalrückstellungen stehen erhöhte Personal- und Versorgungsaufwendungen entgegen.
7.6	Die Konsolidierungsmaßnahme 15_61.001 konnte keinen Mehrertrag erbringen. Die Maßnahme 13_GWH.001 wurde übererfüllt mit 792 T€ und führt zu der Verbesserung.
7.7	Die Auflösungen Wertberichtigung auf Forderungen sind nicht planbar und korrespondieren mit den Aufwendungen aus der Wertberichtigung auf Forderungen.
7.8	Die Auflösung der Rückstellungen durch den Abbau von Gleitzeitstunden und Urlaubstagen konnte nur teilweise realisiert werden.

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Orga- zuständig- keit	Haushalts- aus- wirkung
8) Aktivierte Eigenleistung	-69.000	-524.040	455.040	659,5%					

davon die größten Abweichungen:

8.1	GWH	-69.000	-524.040	455.040	659,5%	Mehrertrag	455 T€		GWH zentral	
-----	-----	---------	----------	---------	--------	-------------------	--------	--	-------------	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

8.1	Die Abweichung resultiert aus einer großen Anzahl von nicht geplanten Maßnahmen. Zu den größten zählen: die Erneuerung der Rathausfassade wurde ursprünglich konsumtiv eingeplant. Im laufenden Jahr wurde die Maßnahme jedoch als investiv eingestuft. Die dafür erbrachten Leistungen konnten somit aktiviert und als Ertragsposition "aktivierbare Eigenleistungen" gebucht werden (154 T€), Neubau der Kita Kuhlerkamp (80 T€), Neubau FW-Gerätehaus Garenfeld/Berchum (61 T€), Umbau Martin-Luther-Kirche (37 T€), Ausbau Kita Jahnstr. (36 T€).
-----	---

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Orga- zuständig- keit	Haushalts- aus- wirkung
11) Personalaufwendungen	126.550.373	137.848.933	-11.298.561	-8,9%					

davon die größten Abweichungen:

11.1	Personalaufwendungen	126.550.373	137.848.933	-11.298.561	-8,9%	Mehraufwand	7,35 Mio. €	2.5+2.11+7.5+15.4	verschiedene	
------	----------------------	-------------	-------------	-------------	-------	--------------------	-------------	-------------------	--------------	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

11.1	<p>Bei der Planung Asyl sind rd. 1,2 Mio. € des Planwertes unter "Transferaufwendungen" für eine Ausweitung der Personalkosten vorgehalten worden. Nicht geplante Mehrerträge von HSP-Maßnahmen in Höhe von 0,74 Mio. € stehen nicht geplanten Personalaufwendungen gegenüber, z.B. im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung. Die Tariferhöhung des TVöD ab dem 01.03.2016 ist mit den Landesorientierungsdaten eingeplant. Das Verhandlungsergebnis von 2,4 % führt zu einem Mehraufwand von ca. 1,1 Mio. €. Die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen führte zu einer Verschlechterung von 6,4 Mio. €, wovon 400 T€ durch die Auflösung von Rückstellungen ausgeglichen werden (siehe Erläuterungs-Nr. 7.5). Die Rückstellungen sind nicht planbar und wurden 2016 durch die tarifliche Erhöhung der Besoldung und durch die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Feuerwehrzulage durch das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz beeinflusst. 107 T€ Aufwendungen sind durch die Integrationskurse entstanden - diese sind als neutral anzusehen, da Zuwendungen gegenüber stehen. 1,5 Mio. € der Personalkosten konnten durch Konnexmittel aus 2015 und 2016 gedeckt werden. Die weitere Abweichung resultiert aus externen Neueinstellungen, die trotz intensiver Sparbemühungen aufgrund gesetzlicher Veränderungen durchgeführt werden. Diese Neueinstellungen sind vor allem in den „Spezialberufen“ erforderlich geworden, für die trotz Personalentwicklungsmaßnahmen kein geeignetes Personal zur Verfügung stand. Auch der Zuwachs an Flüchtlingen führte zu einer Aufstockung des Personals bzw. zu Verlängerungen von befristeten Stellen. Z.T. sind die Personalaufwendung refinanziert (wie zum Beispiel Mehrbedarf im Jobcenter oder bei Erstattungen für die Unterbringung von Flüchtlingen).</p>
------	---

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Orga- zuständig- keit	Haushalts- aus- wirkung
12) Versorgungsaufwendungen	15.474.075	18.449.351	-2.975.276	19,2%					

davon die größten Abweichungen:

12.1	Versorgungsaufwendungen	15.474.075	18.449.351	-2.975.276	-19,2%	Mehraufwand	1,8 Mio. €	7.5	VB1 / 11	
------	-------------------------	------------	------------	------------	--------	--------------------	------------	-----	----------	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

12.1	Die Rückstellungen sind nicht planbar und wurden 2016 durch die tarifliche Erhöhung der Versorgungsbezüge und durch die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Feuerwehrzulage durch das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz beeinflusst. Den erhöhten Aufwendungen stehen Erträge durch die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1,18 Mio. € gegenüber.
------	--

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-aus-wirkung
13) Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	115.045.409	119.216.202	-4.170.792	-3,5%					

davon die größten Abweichungen:

13.1	Heimerziehung (Erstattung an Gemeinden)	1.970.000	2.711.305	-741.305	-37,6%	Mehraufwand	741 T€		VB3/55/6	
13.2	Energiekosten (Flüchtlingswohnungen)	200.000	506.718	-306.718	-153,4%	Neutral		4.2	VB3/55/5	
13.3	Landesunterkünfte (Sachkosten)		3.730.882	-3.730.882	nicht im Plan	Neutral		6.2	VB4/37	
13.4	Krankenkassenkosten Hilfeempfänger	160.000	1.041.489	-881.489	-550,9%	Neutral		3.3+7.3	VB3/ 55/5	
13.5	Bildungspauschale	7.571.704	5.624.440	1.947.264	25,7%	Neutral		2.8	VB3/48 + GWH zentral	
13.6	GWH	18.070.404	17.055.582	1.014.822	5,6%	Neutral		2.9+6.6	GWH zentral	
13.7	Rückstellungen Brücken	0	675.000	-675.000	nicht im Plan	Mehraufwand	675 T€		VB5/60	
13.8	Immobilien	2.107.081	2.225.525	-118.444	-5,6%	Neutral		5.1	VB5/61	

Weitere Abweichungen in der Haushaltsposition resultieren daraus, dass die Planung für die Flüchtlingskosten aufgrund mangelnder Erfahrungswerte und Informationen sehr verspätet im System eingegeben werden konnte. Daraus ergeben sich insbesondere Verschiebungen in den Haushaltspositionen (Transferaufwendungen und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen). Die Planwerte sind überwiegend in der Haushaltsposition "Transferaufwendungen" abgebildet, während die unterjährigen Buchungen und die Prognose an anderer Stelle "Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen" dargestellt sind. Zur Zeit ist davon auszugehen, dass die kalkulierte Berechnung (10.000 Euro pro Flüchtling) in 2016 auskömmlich ist, so dass die Abweichungen ergebnisneutral zu bewerten sind.

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

13.1	Die Höhe der Kostenerstattungen stehen in Abhängigkeit mit den gestiegenen stationären Hilfen, die ausserhalb von Hagen in Pflegefamilien untergebracht sind. Diese Fälle sind in den vergangenen Jahren erheblich angestiegen. Zwischen dem Wechsel der Zuständigkeit und der Fallübernahme können lange Zeiträume liegen, die in einer zeitlich verzögerten Antragstellung und / oder längeren Abklärungsprozessen begründet sind, daher kann es zu hohen Kostenerstattungsansprüchen kommen. In 2016 hat es mehrere Kostenerstattungsansprüche aus anderen Gemeinden gegeben, die in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Hagen fallen. Die Erstattungsansprüche sind im vorhinein nicht planbar.
13.2	Eine erhöhte Anzahl von angemietetem Wohnraum erhöht die zu zahlenden Energiekosten.
13.3	Die Sachkosten wurden nicht geplant. Sie werden aber zu 100% erstattet. Da die Landesunterkünfte ergebnisneutral betrieben werden, müssen die Werte im Ertrag und Aufwand identisch sein. Korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 6.2
13.4	Leistungen nach § 264 SGB V für Hilfeempfänger nach § 2 AsylbLG an die Krankenkassen (Abschläge und separat abgerechnete Krankenkosten für alle Asylbewerber, die länger als 15 Monate in Deutschland sind). Korrespondiert mit Nr. 3.3 und 7.3
13.5	Den Aufwendungen von 5,6 Mio. € stehen Zuwendungen in gleicher Höhe gegenüber. Die nicht verbrauchten Mittel der Bildungspauschale in Höhe von ca. 1,9 Mio. € können in 2017 verplant werden (siehe Erläuterungs-Nr. 2.8)
13.6	Minderaufwendungen kommunales Investitionsförderungsgesetz (rund 3,7 Mio. €), Minderaufwendungen Bauunterhaltungen Schulen (rund 400 T€), Mehraufwand HABIT (rund 1 Mio. €), Mehrbelastungen durch Flüchtlinge (1,1 Mio. €), Mehraufwand durch das Wegbrechen der Konsolidierungsmaßnahme 16_VB5.Energie (rund 360 T€), Mehraufwand durch Beweissicherungsverfahren Klimaanlage Museum (rund 470 T€)
13.7	Rückstellungen für Instandhaltungsarbeiten in 2017 an diversen Brücken im Stadtgebiet
13.8	Da nicht genügend Kitaplätze zur Verfügung standen, mussten zusätzliche Gebäude angemietet und weitervermietet werden. Zudem wurden einige Objekte, die aus dem Bestand genommen werden sollten für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt, so dass auch hier Mieterträge erzielt werden konnten. Den Aufwendungen stehen entsprechende Erträge gegenüber.

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz- Nr.	Orga- zuständig- keit	Haushalts- aus- wirkung
14) Bilanzielle Abschreibungen	44.034.451	46.905.817	-2.871.366	-6,1%					

davon die größten Abweichungen:

14.1	Abschreibungen	44.034.451	43.967.431	67.020	0,2%	Neutral		2.1	VB2/20/1	
14.2	Abschreibungen auf Forderungen	0	1.183.780	-1.183.780	-100,0%	Mehraufwand	1,18 Mio. €		mehrere	
14.3	Abschreibungen auf Forderungen (Flüchtlinge 2015)	0	591.303	-591.303	-100,0%	Mehraufwand	591 T€		37	

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

14.1	Den Abschreibungen stehen Sonderpostenauflösungen gegenüber.
14.2	Die Abschreibungen auf Forderungen sind nicht planbar
14.3	Aufgrund des Bescheides der Bezirksregierung Arnsberg vom 09.06.2016 wurde festgestellt, dass die verbuchten Erträge in 2015 für die Personalkostenpauschalen der einzelnen Landesunterkünfte zu hoch waren. Diese wurde durch diese Abschreibungen der Forderungen korrigiert

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespondenz-Nr.	Orga-zuständigkeit	Haushalts-auswirkung
15) Transferaufwendungen	253.531.723	247.552.460	5.979.263	2,4%					

davon die größten Abweichungen:

15.1	Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge	5.000.000	6.031.077	-1.031.077	20,6%	Neutral		3.1	VB3/55/6	
15.2	Projekt: "Kinderbetreuung in besonderen Fällen"	0	299.977	-299.977	nicht im Plan	Neutral		2.4	VB3/55/4	
15.3	Kindertageseinrichtungen	33.996.419	33.377.003	619.416	-1,8%	Minderaufwand	619 T€		VB3/55/4	
15.4	Personalkostenplanung im Bereich Flüchtlinge)	4.500.000	0	4.500.000	an anderer Stelle verbucht	Neutral		11.1	VB3/55/5	
15.5	Erziehungshilfen (stationäre Einrichtungen)	10.650.000	12.334.867	-1.684.867	15,8%	Mehraufwand	1,7 Mio. €		VB3/55/6	
15.6	Grundsicherung	19.725.000	18.643.805	1.081.195	-5,5%	Neutral		6.8	VB3/55/7	
15.7	Personalkosten Theater	14.559.441	14.769.672	-210.231	1,4%	Mehraufwand	210 T€		VB3/46	
15.8	Gewerbesteuernumlage und Fonds Deutsche Einheit	13.241.499	12.864.665	376.834	-2,8%	Neutral		1.2	VB2/20/2	

Weitere Abweichungen in der Haushaltsposition resultieren daraus, dass die Planung für die Flüchtlingskosten aufgrund mangelnder Erfahrungswerte und Informationen sehr verspätet im System eingegeben werden konnte. Daraus ergeben sich insbesondere Verschiebungen in den Haushaltspositionen (Transferaufwendungen und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen). Die Planwerte sind überwiegend in der Haushaltsposition "Transferaufwendungen" abgebildet, während die unterjährigen Buchungen und die Prognose an anderer Stelle "Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen" dargestellt sind. Zur Zeit ist davon auszugehen, dass die kalkulierte Berechnung (10.000 Euro pro Flüchtling) in 2016 auskömmlich ist, so dass die Abweichungen ergebnisneutral zu bewerten sind.

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

15.1	Der Gesamtaufwand für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge hat sich um ca. 1 Mio. € erhöht. Da es sich um eine 100% Erstattung handelt verhält sich diese Abweichung ergebnisneutral. Sie korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 3.1
15.2	Mehraufwand durch Weitergabe von Fördergeldern aus dem Projekt "Kinderbetreuung in besonderen Fällen". Korrespondiert mit Mehrertrag (siehe Erläuterungs-Nr. 2.4)
15.3	Die Abweichung liegt darin begründet, dass im Rahmen der Haushaltsplanung die eingeplante U3-Ausbaustufe nicht erreicht wurde. Anstatt geplanter 1403 U3-Plätze standen lediglich 1216 U3-Plätze zur Verfügung. Somit wurde ein geringerer Betrag als geplant weitergeleitet.
15.4	Bei der Planung Asyl sind rd. 1,2 Mio. € des Planwertes unter "Transferaufwendungen" für eine Ausweitung der Personalkosten vorgehalten worden. 3,3 Mio. € sind aufgrund mangelnder Erfahrungswerte und Informationen gesamtstädtisch unter dieser Position geplant worden, gleichzeitig aber auch bei den anfallenden Stellen verwaltungswelt. Die zukünftige Prognosegenauigkeit soll durch ein detaillierteres Controllingformular (Prognose auf Produktebene für die einzelnen Bereiche) verbessert werden. Die kalkulierte Berechnung (10.000 Euro pro Flüchtling) in 2016 ist nach derzeitiger Betrachtung auskömmlich.
15.5	Gestiegene Fallzahlen und Kosten im Einzelfall in den stationären Hilfen
15.6	Der geringere Aufwand im Bereich der Grundsicherung entstand im Wesentlichen dadurch, dass die prognostizierte Fallsteigerung nicht eingetreten ist und es in 2016, im Vergleich zu Vorjahren, eine höhere Rentensteigerung gegeben hat. Den Minderaufwendungen stehen entsprechende Mindererträge gegenüber.
15.7	Die Abweichung spiegelt den Aufwand der Tariferhöhung wieder.
15.8	Durch die geringeren Gewerbesteuereinnahmen ist auch die Gewerbesteuernumlage und der Fonds Deutsche Einheit geringer ausgefallen.

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Orga- zuständig- keit	Haushalts- aus- wirkung
16) Sonstige ordentliche Aufwendungen	90.540.684	101.571.757	-11.031.073	-10,9%					

davon die größten Abweichungen:

16.1	Auflösung geleisteter Invenitionszuwendungen	0	1.168.437	-1.168.437	nicht geplant	Neutral		2.1	20 zentral	😊
16.2	Rückzahlung Kindergartenzuschüsse	0	673.351	-673.351	nicht geplant	Mehraufwand	283 T€	7.1	VB3/55/4	😢
16.3	Mietaufwendungen (Asylbewerber)	1.012.200	2.586.908	-1.574.708	-60,9%	Neutral		4.2	VB3/55/5	😊
16.4	Zuschreibungen Sonderposten (Gebühren)	0	1.487.916	-1.487.916	-100,0%	Neutral		6.1	VB2/20/3	😊
16.5	KdU	52.557.060	55.639.293	-3.082.233	-5,5%	Mehraufwand	1,53 Mio. €	6.4	VB1/11	😢
16.6	Gewässerschutz	1.047.895	104.546	943.349	100,0%	Minderaufwand	166 T€	2.6	VB4/69	😊
16.7	Versicherungen verbundene Unternehmen	3.645.490	3.102.680	542.810	200,0%	Neutral		6.7	30 zentral	😊
16.8	Wertveränderungen Sachanlagen	0	1.150.081	-1.150.081	nicht geplant	Mehraufwand	820 T€	2.1	VB5/60	😢
16.9	Wertberichtigungen auf Forderungen	0	3.050.805	-3.050.805	nicht geplant	Mehraufwand	2,82 Mio. €	7.7	VB2/20/1	😢
16.10	Immobilien	4.334.723	4.892.395	-557.672	-11,4%	Neutral		5.1	60 zentral	😊
16.11	HABIT	13.564.486	13.119.916	444.570	3,4%	Minderaufwand	444 T€		IT zentral	😊

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:	
16.1	Auflösung geleistete Investitionszuwendungen: Gem. § 43 Abs. 2 GemHVO ist ein Investitionszuschuss an Dritte abzugrenzen, wenn die Zuwendung mit einem mehrjährigen einklagbaren Zweck verbunden ist. Diese Abgrenzung ist über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes des Dritten aufzulösen.
16.2	Rückzahlungen z.B. an den LWL aus Vorjahren. Korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 7.1. Die Hohe Rückzahlungssumme resultiert vornehmlich daraus, dass bezuschusste Kindergartengruppen in Kindergartenjahr 2014/2015, erst im Laufe des Kindergartenjahres in Betrieb genommen wurden.
16.3	Die Stadt Hagen ist gesetzlich verpflichtet, von der Bez.-Reg. Arnsberg zugewiesene Flüchtlinge und Asylfolgeantragsteller materiell, medizinisch und mit einer Unterkunft zu versorgen. Die Unterbringung erfolgt in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen. Die Mehraufwendungen korrespondieren mit höheren Energieeinnahmen und Mehrerträgen durch Benutzungsgebühren (siehe Erläuterungs-Nr. 4.2), die von der Stadt Hagen von den Flüchtlingen einbehalten werden.
16.4	LSP-Abrechnung 2015. Korrespondiert mit Erläuterungs-Nr. 6.1
16.5	Es handelt sich um die Leistungen für die Kosten der Unterkunft. Diese korrespondieren mit der Bundesbeteiligung (siehe Erläuterungs-Nr. 6.4). Im Saldo führt das zu einem Mehraufwand in Höhe von 1,53 Mio. €. Hinweis: Durch die Gesetzesänderung (100 %ige Erstattung von Kosten für anerkannte Flüchtlinge) erwartet die Stadt Hagen in 2017 eine ertragswirksame Kostenerstattung für die Aufwendungen die in 2016 entstanden sind. Da die Erfassung der Flüchtlinge noch nicht abgeschlossen ist, erfolgt die Erstattung periodenfremd in 2017.
16.6	Die geplanten Mittel für Maßnahmen im Gewässerausbau konnten wegen des fehlenden Flächennutzungsplan nicht umgesetzt werden. Den verringerten Aufwendungen stehen verringerte Erträge entgegen (siehe Erläuterungs-Nr. 2.6)
16.7	Die Minderaufwendungen stehen in kausalem Zusammenhang mit Mindererträgen (siehe Erläuterungs-Nr. 6.7)
16.8	Durch diverse Baumaßnahmen (unter anderem Neubau Kölner Str., Holthauser Str. und Kaiserstr.) kam es zu Verschrottungen. Den Verschrottungen stehen Auflösungen von Sonderposten in Höhe von 330 T€ gegenüber.
16.9	Wertberichtigungen auf Forderungen sind nicht planbar - sie korrespondieren mit den Auflösungen aus Wertberichtigungen auf Forderungen.
16.10	Da nicht genügend Kitaplätze zur Verfügung standen, mussten zusätzliche Gebäude angemietet und weitervermietet werden. Zudem wurden einige Objekte, die aus dem Bestand genommen werden sollten für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt, so dass auch hier Mieterträge erzielt werden konnten. Den Aufwendungen stehen entsprechende Erträge gegenüber.
16.11	Die Rückstellungen für die Jahresrechnung 2015, die Ende 2016 aufgelöst wurden, beliefen sich in der Summe auf 2.655.886,34 Euro. Die offene Forderung des HABIT für 2015 aber noch auf 2.885.818,29 Euro. Macht eine Differenz von exakt 229.931,95 Euro. Da einige geplante Projekte in 2016 nicht gestartet sind, ist ein Minderaufwand von 674.502€ entstanden. In Summe ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von 444 T€.

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespon-denz-Nr.	Orga-zuständig-keit	Haushalts-aus-wirkung
19) Finanzerträge	-10.426.000	-11.017.964	591.964	5,7%					

davon die größten Abweichungen:

19.1	Verschmelzungsgewinne GWH aus KM 16_GWH.004	-1.300.000	-2.020.000	720.000	55,4%	Mehrertrag	720 T€	7.4	VB2 / 20/0	
------	---	------------	------------	---------	-------	-------------------	--------	-----	------------	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

19.1	Verschmelzungsgewinne GWH aus KM 16_GWH.004: Die GuV-Rechnung ist besser als erwartet ausgefallen, es ergibt sich ein Verschmelzungsgewinn von ca. 2 Mio. €, zusammen mit der Auflösung von Rückstellung (siehe Erläuterungs-Nr. 7.4) ergibt sich ein Gesamtertrag von 3,07 Mio. €.
------	---

Haushaltsposition:	Plan 2016	IST 2016	Abw. (abs.)	Abw. (%)	Auswirkung	Höhe der Auswirkung	Korrespon- denz-Nr.	Orga- zuständig- keit	Haushalts- aus- wirkung
20) Finanzaufwendungen	28.709.000	23.565.171	5.143.829	17,9%					

davon die größten Abweichungen:

20.1	Zinsen	28.709.000	23.558.332	5.150.668	17,9%	Minderaufwand	5,15 Mio. €		VB2/ 20/3	
------	--------	------------	------------	-----------	-------	----------------------	-------------	--	-----------	---

Erläuterung zu den größten Abweichungsursachen:

20.1	Die Zinsaufwendungen haben sich besser entwickelt als geplant.
------	--

Kennzahlen		Plan 2016	IST 2015	IST 2016	Referenzwert
Aufwandsdeckungsgrad	100,74%	100,55%	99,95%	>100%	
ordentliche Erträge ./. ordentliche Aufwendungen					
Zinslastquote	4,45%	4,54%	3,51%	3,00%	
Finanzaufwendungen ./. Ordentliche Aufwendungen					
Personalintensität	19,61%	18,27%	20,53%	20,00%	
Personalaufwendungen ./. Ordentliche Aufwendungen					
Transferaufwandsquote	39,30%	35,57%	36,86%	36,30%	
Transferaufwendungen ./. Ordentliche Aufwendungen					

Der Aufwandsdeckungsgrad hat sich durch die deutliche Zunahme der Aufwendungen gegenüber dem Plan und auch dem Vorjahr weiter verschlechtert. Durch die niedrigen Zinsen konnte sich die Stadt Hagen bei der Zinslastquote weiter verbessern. Gegenüber dem Vorjahr ist die Quote um mehr als 1% verbessert worden und man nähert sich trotz des hohen Verschuldungsgrades dem Referenzwert von 3% an. Vor allem durch die hohen Pensionsrückstellungen hat sich die Stadt Hagen bei der Personalintensität gegenüber dem Vorjahr verschlechtert und hat den Referenzwert von 20% nun leicht überschritten. Vor allem durch die Flüchtlingskrise sind die Transferaufwendungen zuletzt stark gestiegen – gegenüber dem Vorjahr hat sich die Stadt Hagen hier verschlechtert, hat aber deutlich besser als erwartet das Jahr beendet und kann eine Verbesserung gegenüber dem Ansatz in Höhe von 2,44% aufweisen.

HSP Controlling-Bericht über die Konsolidierungsbeträge 2016 und die Prognose 2021

IV. Quartal 2016

Bericht zum Stand: 31.12.2016
Erarbeitet und vorbereitet durch:
Stadt Hagen,
Fachbereich Finanzen und Controlling,
Bereich Finanzsteuerung und Controlling

Inhaltsverzeichnis:

Einführung	Seite 2 - 4
-------------------	--------------------

I. Teil	Seite 5 - 15
• Gegenüberstellung des beschlossenen Planvolumens und des tatsächlichen Gesamtvolumens	Seite 6
• Die Entwicklung der neun größten Konsolidierungsmaßnahmen.....	Seite 7-8
• Konsolidierungsmaßnahme mit einer Differenz Plan Ist-Ergebnis von über 100 T. €.....	Seite 9-11
• Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2016 nicht erreichen.....	Seite 12
• Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2016 übererfüllen.....	Seite 13
• Fazit.....	Seite 14
• Maßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen.....	Seite 15
II. Teil	Seite 16-17
• Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen	Seite 17
III. Teil	Seite 18
• Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen.....	Anlage

Einführung:

Berichtspflicht

Die Stadt Hagen ist als pflichtige Stärkungspaktkommune gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg in besonderem Maße zur Auskunft verpflichtet. Gemäß § 7 Stärkungspaktgesetz ist der Bezirksregierung zusätzlich zur Genehmigung auch die Überwachung der Einhaltung des HSPs übertragen worden. Die Stadt Hagen ist als Stärkungspaktteilnehmerin dazu verpflichtet, jährlich zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans zu berichten. Nach dem Ausführungserlass zur Haushaltskonsolidierung vom 07. März 2013 sind die Berichte wie folgt vorzulegen:

- bis zum 31.07. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. Juni des gleichen Jahres,
- bis zum 01.12. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. September des gleichen Jahres und
- bis zum 15.04. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 31. März des gleichen Jahres zusammen mit dem vom Oberbürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das vorherige Jahr.

Berichtsziel und Empfänger

Der vorliegende Bericht verschafft in erster Linie einen komprimierten Gesamtüberblick über die aktuelle Entwicklung der Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Hagen. Durch die regelmäßigen Überprüfungen werden Potenziale und Gefahren bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erkannt und ermöglichen ein gezieltes Einschreiten bei Abweichungen im Plan-Ist-Vergleich.

Der Bericht wird dem Verwaltungsvorstand und der Bezirksregierung vorgelegt.

Berichterstellung und Vorgehensweise:

Mit dem Beschluss des Haushaltssanierungsplans (HSP) 2016 wurden 121 bestehende Maßnahmen fortgeschrieben und 50 weitere Maßnahmen neu beschlossen. Zusätzlich wurden 4 bestehende Maßnahmen betragsmäßig erhöht. Von diesen 171 Maßnahmen sind 10 fortgeschriebene Maßnahmen ohne Konsolidierungspotenzial ab dem Jahr 2016 ausgewiesen und werden nicht im Controllingbericht berücksichtigt. Die neu beschlossenen Maßnahmen 16_25.001 - Erhöhung der Parkgebühren für KFZ bei Lehrkräften, 16_11.002 - Rückstellungen GLZ/Urlaub und 16_32.002 – Geschwindigkeitsüberwachung erhöhen das Konsolidierungsvolumen der vorhandenen Maßnahmen 12_48.002, 13_11.001 und 14_32.002 um den zusätzlich beschlossenen Betrag. Sie selbst werden nicht weiter im Controllingbericht aufgeführt. Die Maßnahmen 16_32.003 Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung und 16_FBOB.013 Enerviedarlehen - hier: Abschöpfung Zinsvorteil wurden gesplittet. Durch die Restrukturierung der GWH wurden die 21 aktiven Maßnahmen¹, die das GWH-Budget berücksichtigt, zur Maßnahme 16_GWH.Gesamt zusammengefasst. Die Maßnahmen 15_GWH.001 und 16_GWH.003 bilden die Energiemaßnahme 16_GWH.Energie. Die Einzelmaßnahmen 12_GWH.005, 14_GWH.002 und 16_SZS.004 bleiben weiterhin erhalten, da die Maßnahmen durch die Restrukturierung der GWH wieder den ursprünglichen Fachbereichen zugeordnet wurden. Somit ergeben sich für diesen Controllingbericht 139 Konsolidierungsmaßnahmen.

Die Ämter und Fachbereiche werden im Rahmen des Berichtswesens aufgefordert, die Planwerte für das laufende Jahr und für die mittelfristige Planung je Maßnahme zu überprüfen und das Ist-Ergebnis für das aktuelle Jahr und eine Prognose für die mittelfristige Planung abzugeben. Ergeben sich zwischen Plan und Ist/Prognose Abweichungen, werden in der Stellungnahme die Ursachen benannt. Bei negativen Abweichungen sind Ersatzmaßnahmen zu bilden. Liegen Veränderungen struktureller Natur vor, werden notwendige Planänderungen in der Fortschreibung des HSPs angepasst.

Während dieser Phase stehen den Ämtern die dezentralen Betriebswirte und der Fachbereich 20 für Rückfragen und Hilfestellung zur Verfügung.

Die Berichtsrückmeldungen aus den Ämtern und Fachbereichen werden zentral vom Fachbereich Finanzen und Controlling analysiert und ausgewertet.

1) 11_23.013, 11_43.002S, 11_45.004S, 11_52.005, 11_52.006, 11_GWH.002, 11_GWH.110, 11_GWH.120, 11_GWH.130, 11_GWH.150, 11_GWH.160, 11_GWH.170, 12_47.002, 12_GWH.001, 12_GWH.003, 13_GWH.002, 14_GWH.003, 14_GWH.004, 15_48.001, 16_48.003, 16_GWH.001,

Berichtsinhalte:

Im **I. Teil** des Berichtes wird das erzielte Gesamtvolumen dem beschlossenen Planvolumen gegenübergestellt. Zusätzlich werden die Konsolidierungsmaßnahmen unter verschiedenen Gesichtspunkten analysiert.

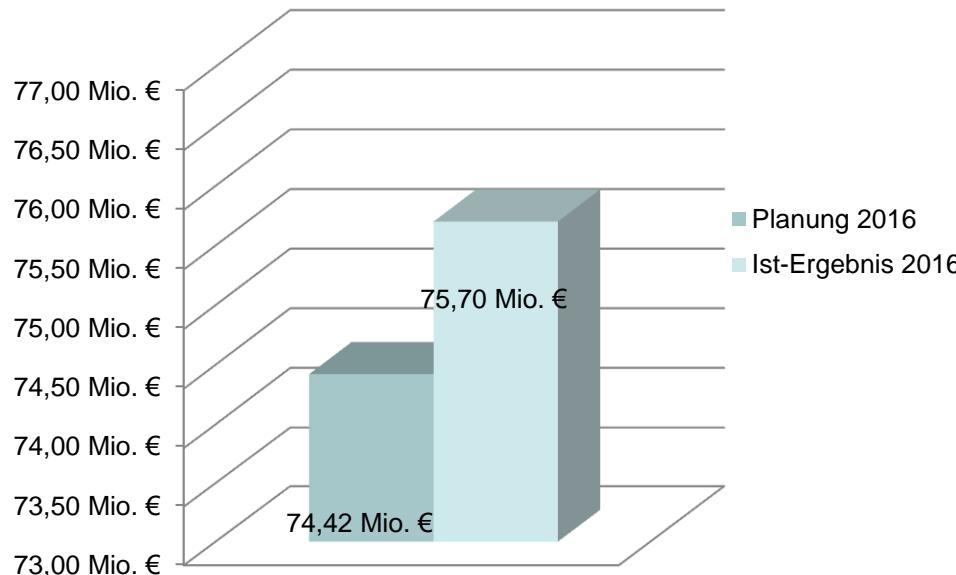
Im **II. Teil** werden die erzielten Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltsposten dargestellt. Negative Abweichungen werden mit einem Minus-Zeichen dargestellt, ergänzend wird die prozentuale Abweichung berechnet.

Im **III. Teil** erfolgt die Betrachtung der Einzelmaßnahmen in einer Übersicht.

I. Teil

- Gegenüberstellung des beschlossenen Planvolumens und des erzielten Gesamtvolumens
- Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Volumen ab 2 Mio. €
- Konsolidierungsmaßnahmen mit einer absoluten Abweichungen über 100 T. €
- Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2016 nicht erreichen
- Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2016 übererfüllen
- Konsolidierungsmaßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen

Gesamtkonsolidierungsvolumen 2016



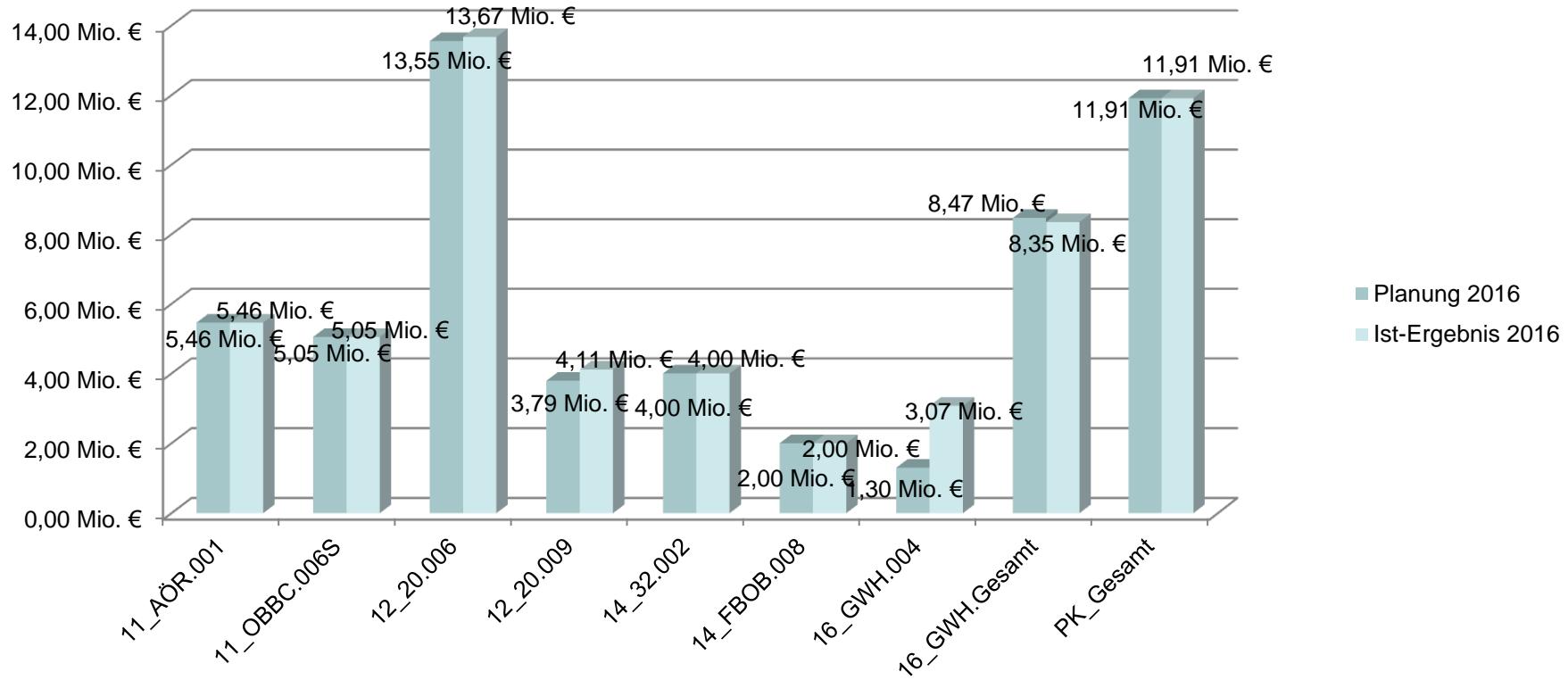
Im Ergebnis 2016 wurde ein Konsolidierungserfolg in Höhe von rund 75,68 Mio. € erzielt. Eine Verbesserung von rund 1,26 Mio. € gegenüber dem Planwert. In Bezug auf die Prognose des 3. Quartalsbericht konnte das Ergebnis in 2016 leicht verbessert werden. Die Verbesserung von rund 1,26 Mio. € werden durch 3,3 Mio. € Aufwandsminderungen und Mehrerträge erzielt, denen aber Aufwandserhöhungen und Mindererträge von 2,04 Mio. € gegenüberstehen. Hauptsächlich verantwortlich dafür ist die Erhöhung des Verschmelzungsgewinns durch die Restrukturierung der GWH um 1,77 Mio. €, die verstärkten Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken (542 T. €) sowie die Mehreinnahmen bei der Vergnügungssteuer (228 T. €). Die Gewerbesteuereinnahmen weisen eine positive Entwicklung aus, da der geplante Konsolidierungsbetrag auf einem Ansatz von 78,9 Mio. € Steueraufkommen basiert, Planung und Ist-Ergebnis des Haushalts für das Jahr 2016 betragen jedoch 86,7 Mio. €. (322 T. €). Bei den Grundsteuereinnahmen ist durch die Erschließung neuer Baugebiete ein Mehrertrag zu verzeichnen, wodurch sich der Konsolidierungsbetrag erhöht. Dem entgegen wirken der geringe Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel (-513 T. €) und die fehlenden Einnahmen aus der Anhebung der Parkgebühren (-327 T. €).

Die Entwicklung der neun größten Konsolidierungsmaßnahmen

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Ist 2016 - Plan 2016
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	5,46 Mio. €	5,46 Mio. €	0,00 Mio. €
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5,05 Mio. €	5,05 Mio. €	0,00 Mio. €
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	13,55 Mio. €	13,67 Mio. €	0,12 Mio. €
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	3,79 Mio. €	4,11 Mio. €	0,32 Mio. €
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	4,00 Mio. €	4,00 Mio. €	0,00 Mio. €
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	2,00 Mio. €	2,00 Mio. €	0,00 Mio. €
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	1,30 Mio. €	3,07 Mio. €	1,77 Mio. €
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	8,47 Mio. €	8,35 Mio. €	-0,12 Mio. €
PK_Gesamt	Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung aller PK-Maßnahmen	11,91 Mio. €	11,91 Mio. €	0,00 Mio. €
Gesamtsumme		55,53 Mio. €	57,62 Mio. €	2,09 Mio. €

Bei der Analyse der größten Konsolidierungsmaßnahmen werden alle Maßnahmen berücksichtigt, deren Planwert oder Ist-Ergebnis bei 2 Mio. € oder höher liegt. Die Maßnahmen Verschmelzungsgewinne und Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt sind neu hinzugekommen. Die Maßnahme Verschmelzungsgewinne wirkt sich auch noch im nächsten Jahr aus.

Die Entwicklung der neun größten Konsolidierungsmaßnahmen



Mehr als drei Viertel des geplanten Konsolidierungsvolumens des Jahres 2016 werden durch neun Konsolidierungsmaßnahmen abgedeckt. Das Ist-Ergebnis dieser neun Konsolidierungsmaßnahmen bestätigt oder übersteigt den Planwert für das Jahr 2016. In Summe wird eine Überschreitung in Höhe von 2,09 Mio. € erzielt.

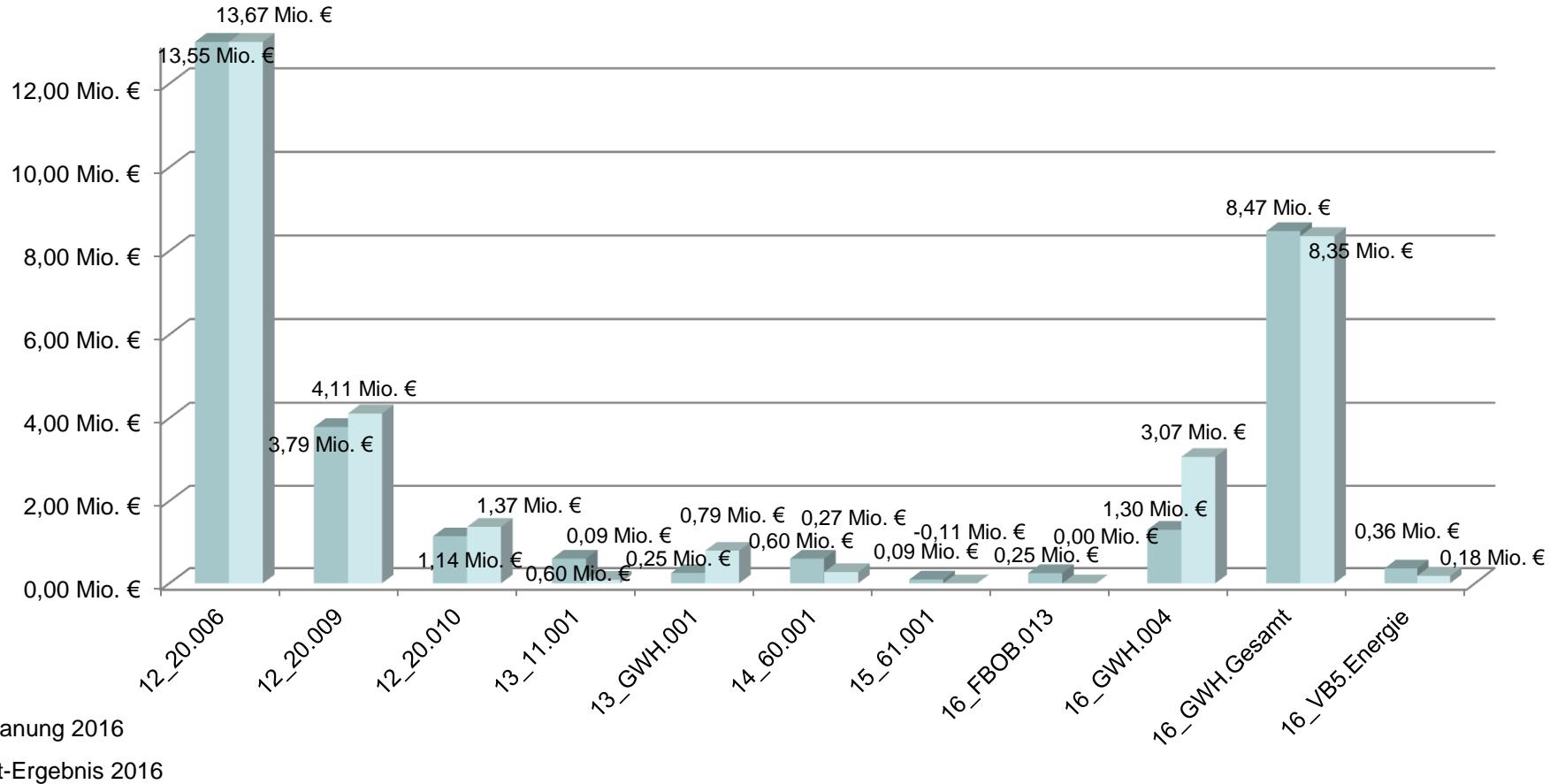
Konsolidierungsmaßnahmen mit einer Differenz Plan Ist-Ergebnis von über 100 T. €

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz: Ist 2016 - Plan 2016
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	13,55 Mio. €	13,67 Mio. €	0,12 Mio. €
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	3,79 Mio. €	4,11 Mio. €	0,32 Mio. €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1,14 Mio. €	1,37 Mio. €	0,23 Mio. €
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	0,60 Mio. €	0,09 Mio. €	-0,51 Mio. €
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	0,25 Mio. €	0,79 Mio. €	0,54 Mio. €
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	0,60 Mio. €	0,27 Mio. €	-0,33 Mio. €
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	0,09 Mio. €	-0,11 Mio. €	-0,20 Mio. €
16_FBOB.013	Enerviederlehen - hier: Abschöpfung Zinsvorteil	0,25 Mio. €	0,00 Mio. €	-0,25 Mio. €
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	1,30 Mio. €	3,07 Mio. €	1,77 Mio. €
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	8,47 Mio. €	8,35 Mio. €	-0,12 Mio. €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	0,36 Mio. €	0,18 Mio. €	-0,18 Mio. €
Gesamtsumme		30,41 Mio. €	31,80 Mio. €	1,39 Mio. €

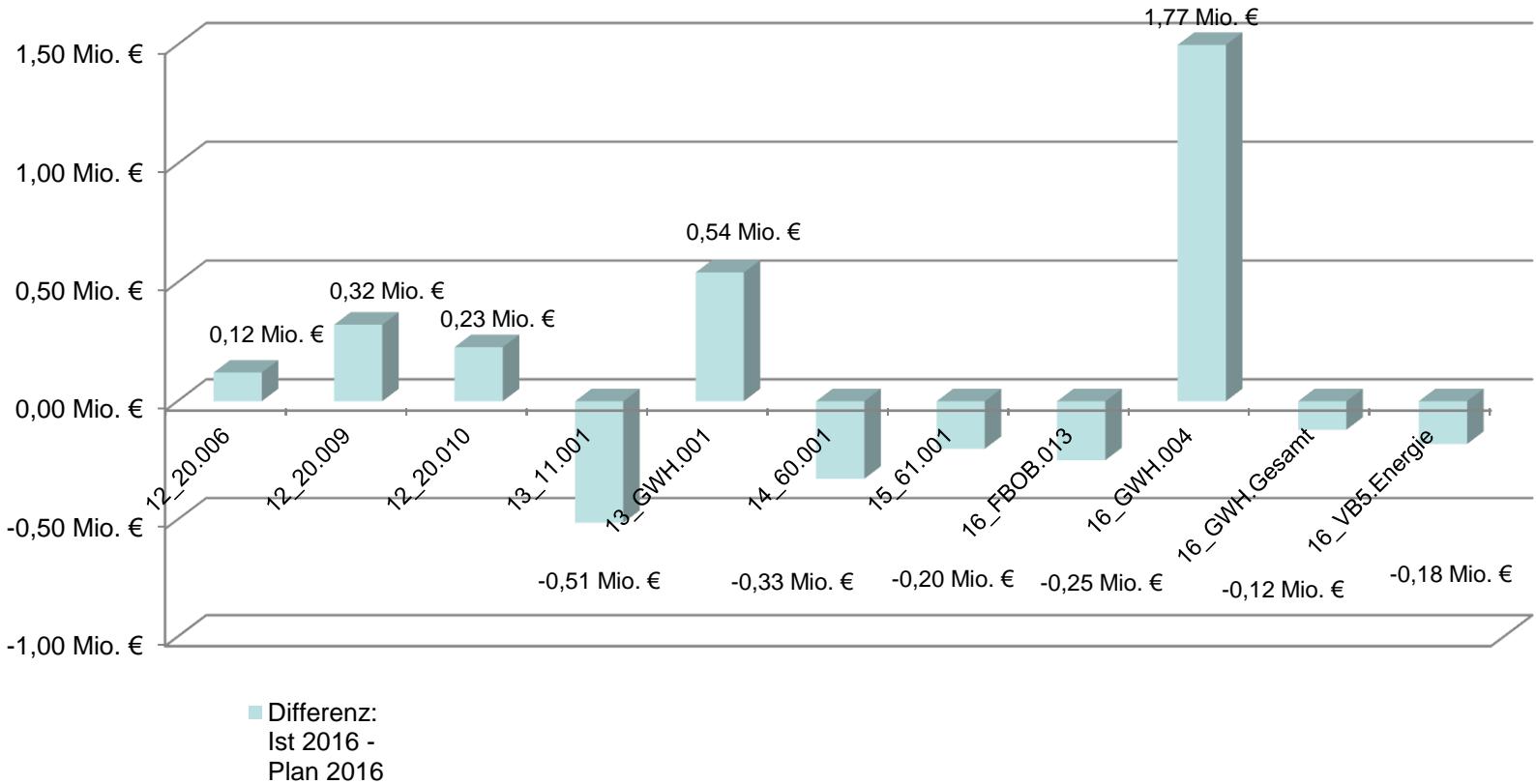
Fünf Maßnahmen entwickeln sich positiver als angenommen. Diese Überschreitungen wurden nicht durch eine Fehlplanung hervorgerufen, sondern begründen sich in der Historie der Maßnahmen. Die Maßnahme Erhöhung der Gewerbesteuer war z.B. im HSP 2014/2015 von einem höheren Basiswert ausgegangen. Auf Grund des hohen Einbruchs der Gewerbesteuer im Jahr 2014 wurde der Basiswert in der Fortschreibung HSP 2015 auf den realen Wert reduziert und der Konsolidierungsbetrag in der Fortschreibung angepasst, um eine realistische Planung zu erhalten. Der Fehlbetrag wurde durch Ersatzmaßnahmen kompensiert, die zu weiteren Einschnitten der Verwaltungsarbeit führte.

Bei der Maßnahme Anpassung der Parkgebühren wird ein Einbruch des geplanten Konsolidierungsbetrages erwartet. Der Grundgedanke „Erhöhung der Parkgebühr um 50%“ wurde umgesetzt, lediglich das Nutzerverhalten hat sich in 2016 geändert, sodass der erwartete Konsolidierungsbetrag nicht erzielt wird.

Konsolidierungsmaßnahmen mit einer Differenz Plan Ist-Ergebnis von über 100 T. €



Konsolidierungsmaßnahmen mit einer Abweichung von über 100 T. €



Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2016 nicht erreichen

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Ist 2016 - Plan 2016
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	700,0 T. €	657,0 T. €	-43,0 T. €
12_20.002	Vergnügungssteuer - Besteuerung für Wettbüros	130,0 T. €	103,0 T. €	-27,0 T. €
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewerberegister	12,1 T. €	1,7 T. €	-10,4 T. €
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	34,6 T. €	28,8 T. €	-5,8 T. €
12_48.002	Altmaßnahme: Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	73,5 T. €	28,4 T. €	-45,1 T. €
12_GWH.005	(alt: 11_20.010) Sachkostenreduzierung im TP 5450 (fiskalische Flächen)	29,9 T. €	21,6 T. €	-8,3 T. €
12_VB5.004	Konzessionsvertrag Städtemedien neu ausschreiben	50,0 T. €	1,8 T. €	-48,2 T. €
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	600,0 T. €	86,8 T. €	-513,2 T. €
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	5,0 T. €	2,4 T. €	-2,6 T. €
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	5,0 T. €	4,0 T. €	-1,0 T. €
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	180,0 T. €	144,0 T. €	-36,0 T. €
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	373,0 T. €	294,0 T. €	-79,0 T. €
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	9,0 T. €	7,0 T. €	-2,0 T. €
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	600,0 T. €	273,5 T. €	-326,5 T. €
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	32,0 T. €	22,7 T. €	-9,3 T. €
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	91,0 T. €	-109,0 T. €	-200,0 T. €
16_32.003	Gebietsordnung	5,0 T. €	0,0 T. €	-5,0 T. €
16_55.005	KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter	260,0 T. €	215,0 T. €	-45,0 T. €
16_FBOB.013	Enerviedarlehen - hier: Abschöpfung Zinsvorteil	248,1 T. €	0,0 T. €	-248,1 T. €
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	8.473,8 T. €	8.353,8 T. €	-120,0 T. €
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	50,0 T. €	0,0 T. €	-50,0 T. €
16_PK.004	Zusammenlegung Info-Bereiche 32 und 25 im Rathaus 1, Einsparung PK 2 Stellen	32,5 T. €	0,0 T. €	-32,5 T. €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	360,0 T. €	180,0 T. €	-180,0 T. €
Gesamtsumme		12.354,5 T. €	10.316,5 T. €	-2.038,0 T. €

Diese 23 Maßnahmen haben ihr Planungsziel verfehlt. Bei einigen Maßnahmen versucht die Verwaltung weiterhin die Umsetzung zu erreichen, andere Maßnahmen wurden in der Fortschreibung HSP 2017 mit reduzierten Beträgen eingeplant. Im aktuellen Controllingbericht wird in Summe der nicht erbrachte Konsolidierungsbetrag durch die zusätzlich erbrachten Konsolidierungsbeträge mehr als ausgeglichen. Insgesamt wird das geplante Konsolidierungsziel um rund 1,26 Mio. € überschritten.

Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2016 übererfüllen

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Ist 2016 - Plan 2016
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit (1.500.000 €)	834,0 T. €	894,0 T. €	60,0 T. €
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	228,0 T. €	264,4 T. €	36,4 T. €
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5.050,5 T. €	5.051,2 T. €	0,7 T. €
12_14.001	Reduzierung Beratungsleistung durch Wirtschaftsprüfer bei Prüfung des Gesamtabschlusses	36,1 T. €	41,1 T. €	5,0 T. €
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	20,0 T. €	29,7 T. €	9,7 T. €
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	13.552,2 T. €	13.672,7 T. €	120,6 T. €
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	3.787,8 T. €	4.109,9 T. €	322,1 T. €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1.143,0 T. €	1.370,7 T. €	227,7 T. €
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	5,0 T. €	35,8 T. €	30,8 T. €
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	250,0 T. €	792,0 T. €	542,0 T. €
15_20.001	Finanzierung GVG aus der allgemeinen Investitionspauschale	800,0 T. €	831,0 T. €	31,0 T. €
16_37.001	Abrechnung Brandsicherheitswachen ggü. Theater gGmbH (Satzungsgem.)	45,0 T. €	122,7 T. €	77,7 T. €
16_55.004	Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration	500,0 T. €	550,0 T. €	50,0 T. €
16_FBOB.018	Reduzierung der BV-Mittel um 10%	0,0 T. €	15,0 T. €	15,0 T. €
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	1.300,0 T. €	3.070,4 T. €	1.770,4 T. €
16_PK.005	Einsparung Personal 25 2 Stellen PK, SK	10,0 T. €	15,1 T. €	5,1 T. €
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigte Theater & Musikschule bei der Musikschule	0,0 T. €	3,3 T. €	3,3 T. €
16_PK.013	Reduzierung Pfortenpersonal Technisches Rathaus um eine Stelle	0,0 T. €	16,3 T. €	16,3 T. €
Gesamtsumme		27.561,6 T. €	30.885,3 T. €	3.323,8 T. €

Fazit:

Unter-/Überschreitung	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Ist 2016 - Plan 2016
Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2016 nicht erreichen	12.354,5 T. €	10.316,5 T. €	-2.038,0 T. €
Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2016 übererfüllen	27.561,6 T. €	30.885,3 T. €	3.303,8 T. €
Differenz der Unter-/Überschreitung	39.916,1 T. €	41.201,8 T. €	1.265,8 T. €

Maßnahmen, die die Verwaltung als kritisch einstuft

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2016	Ist-Ergebnis	Planung 2021	Prognose 2021	Stand
			2016			
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewerberegister	12,1 T. €	1,7 T. €	12,1 T. €	1,7 T. €	rot
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	34,6 T. €	28,8 T. €	34,6 T. €	26,0 T. €	rot
12_VB5.004	Konzessionsvertrag Städtemedien neu ausschreiben	50,0 T. €	1,8 T. €	50,0 T. €	0,0 T. €	rot
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	5,0 T. €	4,0 T. €	5,0 T. €	4,0 T. €	rot
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	180,0 T. €	144,0 T. €	180,0 T. €	144,0 T. €	rot
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	600,0 T. €	273,5 T. €	600,0 T. €	300,0 T. €	rot
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	32,0 T. €	22,7 T. €	32,0 T. €	20,0 T. €	rot
16_11.003	Dienstvereinbarung Überstunden neu verhandeln	0,0 T. €	0,0 T. €	0,0 T. €	0,0 T. €	rot
16_32.003	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung	5,0 T. €	0,0 T. €	5,0 T. €	0,0 T. €	rot
16_37.002	Bußgelder aus HygMedVO	0,0 T. €	0,0 T. €	0,0 T. €	0,0 T. €	rot
16_69.002	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung	20,0 T. €	20,0 T. €	45,0 T. €	20,0 T. €	rot
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	50,0 T. €	0,0 T. €	130,0 T. €	50,6 T. €	rot
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigung Theater & Musikschule bei der Musikschule	0,0 T. €	3,3 T. €	15,0 T. €	11,4 T. €	rot
Summe der Unterschreitung		988,7 T. €	499,8 T. €	1.108,7 T. €	577,7 T. €	

Insgesamt werden dreizehn Maßnahmen als kritisch eingestuft. Neun dieser Maßnahmen wurden bereits in der Fortschreibung 2017 mit reduzierten Beträgen beschlossen. Durch Mehrerträge und weitere Einsparungen bestehender Maßnahmen konnten die „Planwerte Fortschreibung 2017“ der Jahre 2017-2021 gehalten bzw. leicht verbessert werden. Es mussten keine weiteren Einschränkungen vorgenommen werden.

II. Teil

- Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen

Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen

Ertrags- und Aufwandsarten	Plan 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Ist 2016 - Plan 2016	Prozentuale Abweichung
1 Steuern und ähnliche Abgaben	20.670.219 €	21.373.031 €	702.812 €	3,40%
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.033.615 €	2.064.615 €	31.000 €	1,52%
3 Sonstige Transfererträge	0 €	0 €	0 €	
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.995.969 €	1.727.537 €	-268.432 €	-13,45%
5 Private rechtliche Leistungsentgelte	351.700 €	258.406 €	-93.294 €	-26,53%
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	134.800 €	125.519 €	-9.281 €	-6,89%
7 Sonstige ordentliche Erträge	6.295.734 €	7.256.258 €	960.524 €	15,26%
8 Aktivierte Eigenleistung	0 €	0 €	0 €	
9 Bestandsveränderungen	0 €	0 €	0 €	
10 Ordentliche Erträge	31.482.037 €	32.805.366 €	1.323.329 €	4,20%
11 Personalaufwendungen	11.657.145 €	11.600.795 €	-56.350 €	-0,48%
12 Versorgungsaufwendungen	41.920 €	41.920 €	0 €	0,00%
13 Aufwendungen für Sach- Dienstleistungen	16.261.648 €	15.774.328 €	-487.320 €	-3,00%
14 Bilanzielle Abschreibungen	431 €	431 €	0 €	0,00%
15 Transferaufwendungen	2.593.497 €	2.297.116 €	-296.381 €	-11,43%
16 Sonstige Ordentliche Aufwendungen	2.584.558 €	2.607.388 €	22.830 €	0,88%
17 Ordentliche Aufwendungen	33.139.199 €	32.321.978 €	-817.221 €	-2,47%
18 Summe Zeile 10 + 17	64.621.236 €	65.127.344 €	506.108 €	0,78%
19 Finanzerträge	9.300.000 €	10.079.733 €	779.733 €	8,38%
20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	494.200 €	494.200 €	0 €	0,00%
21 Finanzergebnis	9.794.200 €	10.573.933 €	779.733 €	7,96%
22 Gesamtbetrag (Zeile 18 + 21)	74.415.436 €	75.701.277 €	1.285.841 €	1,73%

III. Teil

- Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_11.002	TP1114 pauschale Sachkosteneinsparung	1114	Ift. 2011	145.090	145.090	145.090	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierung ist bereits in 2014 realisiert worden und wird auch in den Folgejahren komplett erreicht.
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit (1.500.000 €)	6130	2015	834.000	834.000	894.000	60.000	107%	108%	grün	In den bisherigen Stellungnahmen wurden die erzielten Konsolidierungspotentiale detailliert dargestellt und erläutert, insofern wird an dieser Stelle auf die erneute Darstellung verzichtet. Es handelt sich bei der interkommunalen Zusammenarbeit um einen dauernden Prozess, der aufgrund der Haushaltssituation weiterhin die Überprüfung kommunaler Aufgabenfelder auf Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit erfordert. Dieser Prozess wird in Hagen kontinuierlich weitergeführt. Hinsichtlich einer möglichen interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Ennepetal konnten noch keine realisierbaren Bereiche ermittelt werden.
11_20.001	Neuausrichtung des Forderungsmanagements	1121	2013	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde bereits in voller Höhe in 2012 realisiert.
11_20.006	Absenkung des Allgemeininteressenanteils an der Straßenreinigung	5450	2014	358.000	324.000	324.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde durch den V. Nachtrag zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung mit Ratsbeschluss vom 26.09.2013 umgesetzt. Die Veranlagungsmeter und der jeweilige Allgemeininteressenanteil für die einzelnen Straßenklassen in Verbindung mit einer Hochrechnung der Aufwandspositionen der HEB GmbH bilden die Basis für die Anpassung der einzelnen Konsolidierungsbeträge. Es wird von einem Konsolidierungsbeitrag von 358.000 € im Jahr 2021 ausgegangen.
11_20.007	Sachkostenreduzierung im TP 1120	1120	Ift. 2011	52.000	52.000	52.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme konnte bereits in 2012 in voller Höhe realisiert werden.
11_20.008	Sachkostenreduzierung im TP 1121	1121	2013	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde im Jahr 2013 realisiert.
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	6110	2014	228.000	228.000	264.419	36.419	116%	100%	grün	Die Maßnahme ist durch die Einstellung des Betriebsprüfers umgesetzt und verlief in 2016 überplanmäßig.
11_20.014	Anhebung der Hundesteuer	6110	2012	520.000	520.000	520.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt.
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	1222	2012	700.000	700.000	656.974	-43.026	94%	100%	gelb	Die Maßnahme weist für 2016 ein Defizit i.H.v. 43.026 € aus. In der Zeit vom 06.10. bis zum 02.11.2016 wurde die GÜA Becheltestr. neu geeicht bzw. fanden dort Reparaturen an der Fahrbahndecke statt, so dass die GÜA in dem genannten Zeitraum außer Betrieb war. Die Maßnahme konnte nicht gehalten werden.
11_40.014	Einstellung Edmond-Lizenzen	2143	2014	5.000	5.000	5.000	0	100%	100%	grün	Die Stadtteilstelle wurde 2014 geschlossen. Das Konsolidierungsziel für die Haushaltsjahre 2014 - 2021 in Höhe von 5.000 Euro wird erreicht.
11_43.007	Sachkosteneinsparung TP 2571	2571	Ift. 2011	26.086	26.086	26.086	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wird erzielt.
11_43.009	Entgelte für Sonderleistungen	2571	2012	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wird in voller Höhe realisiert.
11_44.006	Veränderung der Angebotsstruktur	2563	Ift. 2011	50.600	50.600	50.600	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wird erzielt.
11_46.016	Zuschussreduzierung Theater	2561	Ift. 2011	339.334	339.334	339.334	0	100%	100%	grün	Die Einzelmaßnahmen, die diese Maßnahme bilden, wurden umgesetzt und das komplette Konsolidierungsziel wurde erreicht.
11_55.114b	Eingliederungshilfe / Ersatzmaßnahme für 55.114	3135	2012	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag ist erreicht worden. Die Umsetzung erfolgte im Bereich der Frühförderung.
11_55.161	Hilfen zur Erziehung (nur Tagesgruppen)	3630	Ift. 2011	150.000	150.000	150.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_55.167b	Leistungsgewährung Asylbewerber / Ersatzmaßnahme für 55.167	3115	2012	165.000	165.000	165.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird gehalten.
11_69.001S	Streichung Verbraucherberatungszuschuss	1223	Ift. 2010	45.000	45.000	45.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird wie geplant umgesetzt.
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	AÖR	2012	5.464.842	5.464.842	5.464.842	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierungsvorgabe konnte durch sukzessive Reduzierung des Budgets WBH erreicht werden.
11_FBOB.001	Optimierung der Beteiligungsstruktur	5731	2014	1.600.000	240.000	240.000	0	100%	100%	grün	Der für 2016 geplante Effekt setzt sich aus Steuer- (190.000 €) und Synergieeffekten (50.000 €) in Höhe von insgesamt 240.000 € zusammen. Das geplante Konsolidierungspotential ist realisiert worden. Der Zuschuss an die HVG ist entsprechend gekürzt worden.
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	HABIT	Ift. 2011	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_HABIT.777P	Personaleinsparung im Wirtschaftsplan HABIT	HABIT	Ift. 2011	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OB.005S1	Neuordnung der Wirtschaftsförderung- hier: Stadtwerbung, Hagen-Touristik, Stadtmarketingverein	5731	Ift. 2011	547.314	547.314	547.314	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Betrag wird gehalten.
11_OB.005S2	Neuordnung der Wirtschaftsförderung- hier: Wifo, OB/SZW, Europe Direct Büro u. Wirtschaft u. Marketing	5731	Ift. 2011	-95.122	-95.122	-95.122	0	100%		grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Betrag wird gehalten.
11_OBA.005	Internetwerbung	1111	Ift. 2011	12.000	12.000	12.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OBBC.005S	Zuschussminim. Stadthalle, Alt-Maßnahme	5731	Ift. 2011	80.000	80.000	80.000	0	100%	100%	grün	In der Vergangenheit (bis 2015) wurde das Konsolidierungsziel aufgrund von diversen Einmaleffekten (Verunreinigung im Stadthallen-Trinkwassernetz, Insolvenz eines Vertragspartners bei Großveranstaltungen, Nachforderungen der Rentenversicherungsanstalt, Verschmelzung mit der Eventpark Hagen GmbH) verfehlt. Das operative Geschäft lief allerdings auch schon in der Vergangenheit planmäßig. Die Vorgabe aus der Konsolidierungsmaßnahme wurde in 2016 erstmals umgesetzt. Für die Zukunft liegen keine Informationen vor, dass das Konsolidierungsziel aufgrund von Einmaleffekten oder einbrechendem operativem Geschäft gefährdet ist. Darüber hinaus reduziert die Stadthalle gegenwärtig und in nächster Zeit den Fixkostenblock durch Umsetzung personalwirtschaftlicher Einzelmaßnahmen.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5731	Ift. 2011	5.050.500	5.050.500	5.051.230	730	100%	100%	grün	Die Gewinnausschüttungen der Sparkasse lagen in den letzten Jahren stabil bei rd. 5 Mio. € netto. Bindende Absichtserklärungen bezüglich zukünftiger Ausschüttungen können jedoch nicht abgegeben werden. Gem § 20 (6) SparkG hat der Vorstand dem Verwaltungsrat vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres ein Budget vorzulegen und den Verwaltungsrat zumindest in den ordentlichen Sitzungen über die Einhaltung des Budgets zu unterrichten (Soll-Ist-Vergleich). Weitergehende verbindliche Zusagen können nicht getroffen werden.	Die Konsolidierung wurde erbracht. Der Rat hat am 30.06.2016 über die Verwendung des Jahresüberschusses 2015 in Höhe von rd. 5,05 Mio. € beschlossen.
12_14.001	Reduzierung Beratungsleistung durch Wirtschaftsprüfer bei Prüfung des Gesamtabschlusses	1113	2013	36.060	36.060	41.060	5.000	114%	100%	grün	Der Gesamtabschluss 2015 wird extern geprüft. Die externe Prüfung wird aus der Inanspruchnahme der Rückstellung i.H.v. 30.000 € gedeckt. In 2016 sind keine Aufwendungen für die externe Prüfung angefallen, sodass weitere 5.000 € eingespart werden konnten. Die Konsolidierung wurde erbracht.	
12_20.001	Einsparung Gewässerunterhaltung	5520	2014	200.000	200.000	200.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird in 2016 wie geplant umgesetzt.	
12_20.002	Vergnügungssteuer - Besteuerung für Wettbüros	6110	2014	130.000	130.000	103.000	-27.000	79%	100%	gelb	Die Satzung wurde zum 01.08.2014 in Kraft gesetzt. Das Konsolidierungsziel wurde ab 2016 strukturell um 10.000 € angehoben, das Konsolidierungsziel bei Maßnahme 12_20.005 entsprechend gesenkt. Aufgrund von Einmaleffekten (z. B. Erstattungen in 2016 für 2015) wurde in 2016 nur ein Wettbürosteuerertrag i.H.v. 103.000 € erzielt. Der Minderertrag wird durch den Mehrertrag bei Maßnahme 12_20.010 - Erhöhung der Vergnügungssteuer - kompensiert.	
12_20.003	Optimierung der Straßenreinigung lt. infa- Gutachten	5450	2014	194.000	176.000	176.000	0	100%	100%	grün	Die Veranlagungsmeter und der jeweilige Allgemeininteressenanteil für die einzelnen Straßenklassen in Verbindung mit einer Hochrechnung der Aufwandspositionen der HEB GmbH bilden die Basis für die Anpassung der einzelnen Konsolidierungsbeträge. Es wird von einem Konsolidierungsbeitrag von 194.000 € im Jahr 2021 ausgegangen.	
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	6110	2015	20.000	20.000	29.733	9.733	149%	100%	grün	Nach dem Wegfall größerer Steuerzahler liegt das jährliche Potential bei 20.000 €. Das Konsolidierungsziel wurde ab 2016 um 10.000 € gesenkt und im Gegenzug bei Maßnahme 12_20.002 um den gleichen Betrag erhöht. In 2016 übertraf der Steuerertrag die Erwartungen.	
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	6110	2013	13.552.162	13.552.162	13.672.742	120.580	101%	100%	grün	Die Maßnahme wurde mit Satzungsbeschluss vom 29.11.2012 realisiert. Aufgrund der Erschließung neuer Baugebiete entwickelte sich die Grundsteuer B in 2016 überplanmäßig, wodurch sich auch die Erhöhung des Konsolidierungsbetrags begründet. Die Maßnahme wurde in der Fortschreibung 2017 angepasst.	
12_20.007	Beratungsleistung- und Gutachterkosten (Verteilung 2013 10.000 € TP 1120)	1120	2013	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
12_20.008	Portoersatz Vollsteckungsvorankündigung	1121	2013	16.000	16.000	16.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde zum 1.1.2013 umgesetzt. Die ab 2016 geltenden Portogebühren i.H.v. 70 Cent wurden berücksichtigt, führen jedoch zu keinem weiteren Konsolidierungserfolg, da in gleicher Höhe ein Aufwand gegenübersteht.
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	6110	2013	3.787.763	3.787.763	4.109.871	322.108	109%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen. In 2016 ist die Maßnahme überplanmäßig verlaufen, da der geplante Konsolidierungsbetrag auf einem Ansatz von 78,9 Mio. € Steueraufkommen basiert, das vorläufige Gewerbesteuerergebnis für das Jahr 2016 beträgt jedoch 85,6 Mio. €. Die Verschlechterung des vorläufigen Ergebnisses ggü. der Hochrechnung im 3. Quartal 2016 (86,7 Mio.) ergibt sich aus unerwarteten Steuerminderungen im November 2016. Die Maßnahme wurde im HSP 2017 angepasst.
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	6110	2013	1.143.000	1.143.000	1.370.691	227.691	120%	100%	grün	Der zweite Schritt der Steuererhöhung wurde mit Satzungsbeschluss vom 11.12.2014 vollständig umgesetzt. Die zusätzliche Steuersatzerhöhung um 1 % dient der Teilkompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene" (14_SZS.001) und Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002). In 2016 ergab sich ein Mehrertrag von insgesamt etwa 796.920 € bei der Vergnügungssteuer, der bei dieser Maßnahme zu einem überplanmäßigen Konsolidierungserfolg von rund 227.691 € führt.
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	1116	2016	137.900	137.900	137.900	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_25.002	Papierloser Sitzungsdienst	1125	2016	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Durch die Änderung der Hauptsatzung konnte die beschlossene Erhöhung 20.000 € (Ratsbeschluss 17.03.2016) auf ein gesamtes Konsolidierungspotential in Höhe von 30.000 € umgesetzt werden.
12_30.001	Rabatte Versicherungsprämien	1123	2013	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierung wurde in 2016 erbracht. Der Konsolidierungsbeitrag wurde bereits in Quartal 1 eingehalten.
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewerberegister	1220	2013	12.100	12.100	1.700	-10.400	14%	14%	rot	Aufgrund der gesunkenen Fallzahlen wurde der Konsolidierungsbeitrag angepasst.
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	1222	2013	34.600	34.600	28.848	-5.752	83%	75%	rot	Die Änderungsgebühren für Schwertransporte (Firma Schenker) sind stark rückläufig. Es ist davon auszugehen, dass die Firma die Erstanträge besser prüft, um die späteren Gebühren für Änderungen zu vermeiden. Die Einnahmen aus den Aufgaben "Ausnahmegenehmigungen im Straßenverkehr" und "Gebühren der Zulassungsbehörde" sind gleichbleibend. Aufgrund gesunkenener Fallzahlen wurden die Werte in der Fortschreibung 2017 angepasst.
12_37.001	Kostendeckende Kalkulation der Rettungsdienstgebühren	1270	2014	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
12_46.001	Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung Theater	2561	2014	850.000	850.000	850.000	0	100%	100%	grün	Das Einsparvolumen dieser Maßnahme beträgt insgesamt 850 T€. Diese Summe setzt sich zusammen aus einem Konsolidierungsbetrag i.H.v. 350 T€ im Bereich der Personalaufwendungen und einen weiteren Betrag i.H.v. 500 T€ für Sachaufwendungen. Die Konsolidierungssumme ist für das Jahr 2016 veranschlagt. Die Konsolidierungsbeträge sind in den Wirtschaftsplänen ab 2015 eingepflegt. Das Konsolidierungspotential wurde gehoben. Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_47.001	Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen	2521	2012	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt.
12_48.002	Altmaßnahme: Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	1116	2014	80.000	73.500	28.440	-45.060	39%	100%	gelb	Das Konzept der Vermietung der Lehrerparkplätze beinhaltet eine Ausdehnung der bereits praktizierten Bewirtschaftung der Schulparkplätze im Innenstadtbereich auf alle weiteren Schulen im Stadtgebiet. Im Ratsbeschluss vom 25.05.2005 wurde festgelegt, dass das Anwohnerparkraumkonzept nicht über den Innenstadtbereich hinaus ausgedehnt wird. Der Beschluss zur Erhöhung der Maßnahme wurde im Mai 2016 getroffen. 16 Schulen verfügen über keine Parkplätze, wodurch die Generierung von Einnahmen entfällt. Aufgrund bestehender Parkalternativen wird zudem das Angebot der Anmietung nicht umfassend angenommen. Da es zudem in weiten Teilen der Schulleitung noch an einer Akzeptanz bezogen auf eine Vermietung der Lehrerparkplätze fehlt, kommt es auch in zeitlicher Hinsicht zu einigen Verzögerungen.
12_53.001	Gebührenerhöhung Medizinalaufsicht, amtsärztliche Gutachten und Infektionsschutz	4140	2013	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschusseleistungen	3141	2017	100.000	0		NB	100%	100%	grün	Die Fachverwaltung wird sich dieser Herausforderung stellen und versuchen, die gesteckten Ziele zu erreichen. Hierzu sind organisatorische Maßnahmen bereits eingeleitet worden, die einen besonderen Schwerpunkt auf die Heranziehung legen.
12_55.006	Umsetzung des Urteils des VerfGH zu den finanziellen Folgen der Umsetzung des KiföG ; Belastungsausgleich U3	3650	2012	900.000	900.000	900.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt und die Konsolidierung erreicht.
12_FBOB.002	Reduzierung der Aufwendungen für politische Gremien	1110	2014	12.500	12.500	12.500	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt. Das Konsolidierungspotential wurde bereits in 2014 gehoben.
12_FBOB.003	Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen	1111	2013	10.372	10.372	10.372	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde bereits in 2013 abgeschlossen.
12_FBOB.004	Optimierung bei den Freibädern, Schlechtwetterkonzept; Synergien HVG	5731	2012	600.000	600.000	600.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_FBOB.006	Einsparungen durch Amtsblatt, Punkt 7	1111	2013	32.000	32.000	32.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde bereits in 2013 in voller Höhe realisiert. Die Maßnahme ist damit abgeschlossen.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
12_GWH.005	(alt: 11_20.010) Sachkostenreduzierung im TP 5450 (fiskalische Flächen)	5450	2014	29.880	29.880	21.560	-8.320	72%	100%	grün	Durch eine Spitzabrechnung der Betriebskosten konnte das Konsolidierungsziel nicht vollständig erreicht werden. Es wird aber davon ausgegangen, dass die Konsolidierungsvorgabe in 2017 wieder realisiert werden kann.
12_HABIT.001	Vorschlag GPA: HABIT	HABIT	2015	100.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_VB5.004	Konzessionsvertrag Städtemedien neu ausschreiben	1123	2016	50.000	50.000	1.766	-48.234	4%	0%	rot	Mit dem bisherigen Vertragspartner DSM wurde vereinbart, den Vertrag (ohne Mastschilder) bis zum 31.12.2015 fortzusetzen. DSM hat mittlerweile ein neues Angebot gemacht. Für die Einräumung der Werberechte zahlt DSM ab dem 01.01.2016 eine jährliche Mindestpacht in Höhe von 164.000 € und 35 Prozent des Umsatzes, welcher durch die Vermarktung der Werbeträger erwirtschaftet wird. Die Mindestpacht orientiert sich an den bisherigen Pachteinnahmen (ohne Mastschilderverträge, die Stadtlicht zufließen) und führt zu keiner Verbesserung. Auch durch die neuen Werbestandorte ist nicht damit zu rechnen, dass das geplante Ziel in Höhe von 50.000 € über die Umsatzbeteiligung erreicht werden kann. In 2016 hat die Stadt zur Mindestpacht von 164.000 € lediglich Mehrerträge in Höhe von 1.766 € erzielt. Auch für 2017 und Folgejahre ist nicht mit Mehrerträgen zu rechnen. Die Maßnahme wurde in der Fortschreibung 2017 angepasst.
12_WBH.001	Budgetvorgabe WBH (insgesamt 300.000 €, u.a. TP 5410, 5430, 5440)	AÖR	2015	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsmaßnahme wurde bereits bei der Haushaltplanung 2014/2015 berücksichtigt und das Budget WBH entsprechend reduziert. Die Konsolidierungsvorgabe wurde realisiert.
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	1114	2014	0	600.000	86.786	-513.214	14%		gelb	Im Frühjahr 2015 wurde gemeinsam mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung zur Schließung der Verwaltung sowohl zum Jahresende als auch zu verschiedenen Brückentagen entwickelt. Diese wurde am 10.03.2015 unterzeichnet, um bereits in 2015 Anwendung zu finden und zu einem signifikanten Abbau der Rückstellung führen zu können. Es ist geregelt, dass die Verwaltung an bis zu 6 Werktagen im Jahr geschlossen werden kann. In der Regel kommen hierfür Christi Himmelfahrt, Fronleichnam, Tag der Deutschen Einheit, Allerheiligen und der Zeitraum zwischen Weihnachten und dem Jahreswechsel in Betracht. Für das Jahr 2016 wurden 6 Tage (06.05., 27.05., 27.-30.12.) für eine verwaltungsweite Schließung bestimmt. Um erfolgreich gegenzusteuern ist vom FB 11 ein Berichtswesen zur Information des Verwaltungsvorstandes aufgelegt worden, durch das künftig vorhandene Zeitguthaben und Urlaubstage regelmäßig unterjährig gemeldet werden, um den Führungskräften die Möglichkeit geben zu können, rechtzeitig gegenzusteuern und mit den betroffenen MitarbeiterInnen verbindliche Abbaupläne zu vereinbaren. Diese Vorgehensweise ist nochmals im Verwaltungsvorstand bekräftigt worden. Trotz der noch zum dritten Quartal erstellten negativen Prognose konnte zum Stichtag 31.12.2016 eine Rückstellungsauflösung von 86.786,- € erreicht werden.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	1260	2014	5.000	5.000	35.843	30.843	717%	100%	grün	Der Konsolidierungsbeitrag von 2.000 € wurde in der Fortschreibung 2016 auf 5.000 € abgeändert. In Verbindung mit der Maßnahme 13_37.002 (Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion) soll ein Gesamtbetrag von 10.000 € erzielt werden. □	
											Übererfüllung der Maßnahme: Im Jahr 2016 konnten 11 Fahrzeuge mit einem Gesamterlös in Höhe von 35.843 € verkauft werden.	
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	1270	2014	5.000	5.000	2.403	-2.597	48%	100%	gelb	Der Konsolidierungsbeitrag von 2.000 € wurde in der Fortschreibung 2016 auf 5.000 € abgeändert. In Verbindung mit der Maßnahme 13_37.001 (Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion) soll ein Gesamtbetrag von 10.000 € erzielt werden. □	
											In 2016 konnte ein KTW versteigert werden: Verkaufserlös 2.403 €.	
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	1123	2014	0	250.000	792.000	542.000	317%		grün	Bereits in 2014 wurde ein Betrag von 760.245 € (ursprünglicher Konsolidierungsansatz 500.000 € für 2014 und 2015) erfolgreich realisiert. In 2016 sind Erlöse über Bilanzwert in Höhe von insgesamt ca. 792.000 € erzielt worden. Das Ziel ist daher für 2016 voll erfüllt. Es ist davon auszugehen, dass das Ziel ebenfalls in 2017 erreicht wird.	
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	6130	2016	5.000	5.000	4.000	-1.000	80%	80%	rot	Im Jahr 2015 konnte durch die unterjährige Kündigung der Regelung über die Erstattung dienstlich genutzter Privathandys eine Konsolidierungssumme in Höhe von 3.000 € generiert werden. Für das komplette Jahr 2016 wird hierfür eine Konsolidierung von 4.000 € prognostiziert. Weitere Einsparpotentiale sind mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu generieren..	
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	6110	2016	180.000	180.000	144.000	-36.000	80%	80%	rot	Die Maßnahme ist bereits 2015 angelaufen. Sie wurde am 30.6.2016 beendet, weil kein Zuwachs an Hunden mehr zu verzeichnen war. Aktuell beträgt das Anordnungssoll etwa 1.744.000 €, also 36.000 € weniger als geplant, was jedoch durch den Mehrertrag bei Maßnahme 12_20.010 - Erhöhung der Vergnügungssteuer - kompensiert werden kann. Der Maßnahmehbetrag von 180.000 wurde in der Fortschreibung 2017 um 36.000 gesenkt, ist aber im Rahmen des HSP kompensiert.	
14_20.002	Aktives Schuldenmanagement	6120	2015	378.600	494.200	494.200	0	100%	100%	grün	Durch aktives Schuldenmanagement im Rahmen der Emission von Schuldcheindarlehen kann der Zinsaufwand für 2014 und 10 Folgejahre reduziert werden. Das Konsolidierungsziel wurde auf Grund weiterer Schuldcheinemissionen angepasst. Die Maßnahme ist realisiert.	
14_20.003	Änderung der Mahnsystematik im Bereich der Grundbesitzabgaben	1121	2015	15.000	15.000	15.000	0	100%	100%	grün	Die Umsetzung der Maßnahme ist im Laufe des Jahres 2014 erfolgt und entwickelt sich planmäßig.	
14_25.001	Schließung der Kantine/Cafeteria zum 10.08.2015	1126	2014	120.000	120.000	120.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	1222	2014	700.000	4.000.000	4.000.000	0	100%	100%	grün	Die zweite mobile Geschwindigkeitsmessanlage wurde Anfang 2014 in Betrieb genommen. Die stationäre Überwachungsanlage auf der BAB A45 /Baustelle Lennetalbrücke wurde im Juli 2015 in Betrieb genommen. Die bisher durch die Polizei in diesem Bereich vorgenommenen Geschwindigkeitsmessungen wurden dieser Maßnahme bereits zugeordnet. Nach Abschluss der Baumaßnahme an der Lennetalbrücke (voraussichtl. 3. Quartal 2019) wird die Geschwindigkeitsmessanlage wieder außer Betrieb gesetzt. Die Überwachungsanlagen Eckeseyer Str. und Boeler Ring sind seit 23.03.2016 in Betrieb. Alle Anlagen liefern die erwarteten Fallzahlen. Daher wird davon ausgegangen, dass der Betrag mindestens erzielt wird.
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	div. 48	2014	373.000	373.000	294.000	-79.000	79%	100%	grün	Der geplante Konsolidierungsbetrag wurde nicht ganz erreicht (Zuwanderung).
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	2572	2014	9.000	9.000	7.000	-2.000	78%	100%	grün	Die Maßnahme wird in 2016 knapp nicht erreicht. 2017 wird der Konsolidierungsbeitrag voraussichtlich wieder erreicht.
14_48.004	Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen	2571	2014	38.400	38.400	38.400	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde ab Sommer 2015 umgesetzt. Der Konsolidierungsbeitrag wird erreicht.
14_55.157	Verträge mit fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden, hier Wegfall der Pauschalzuweisung	3131	2016	75.000	75.000	75.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird wie geplant umgesetzt. Die Kürzung der Pauschalzuweisung ist in 2016 erfolgt.
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	5460	2014	600.000	600.000	273.500	-326.500	46%	50%	rot	Die Annahme, dass die Erhöhung des Gebührentarifs von 1,00 EUR auf 1,50 EUR pro Stunde dazu führt, dass auch die Gesamteinnahmen um 50% steigen, hat sich, wie vermutet, in 2016 nicht bestätigt. Es konnten zwar Mehrerlöse erzielt werden, diese lagen jedoch lediglich bei ca. 273.500 €. Auch nach der Beendigung der Umbauphase wurden bisher keine weiteren Mehreinnahmen erzielt. Die Verwaltung geht deshalb davon aus, dass strukturell nur 300.000 € erzielt werden.
14_61.001	Verzicht Retrodigitalisierung Bauakten	5210	2014	0	143.000	143.000	0	100%		grün	Da durch die Digitalisierung auf eine automatisierte Datenverarbeitung umgestellt wird, kann auf ein entsprechendes Budget für die Einrichtung von Dokumentenmanagementsystemen beim HABIT zurückgegriffen werden, so dass der Einsparbetrag trotz Durchführung erbracht werden kann.
14_69.004	Kürzung Sachmittel Umweltamt	5540	2015	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Einsparung wird wie geplant erfolgen.
14_FBOB.001	Reduzierung stellvertretende Bezirksvorsteher	1110	2014	11.000	11.000	11.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
14_FBOB.004	Erhöhung Ausschüttung HEB	5731	2014	100.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Gewinnausschüttung des HEB entspricht den Erwartungen. Der Zuschuss an die HVG konnte entsprechend gekürzt werden.
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	5380	2014	2.000.000	2.000.000	2.000.000	0	100%	100%	grün	Die Ausschüttung 2016 aus dem Jahresabschluss 2015 entspricht den Konsolidierungsvorgaben.
14_GWH.002	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	GWH	2014	10.377	10.377	10.377	0	100%	100%	grün	Das Konsolidierungsziel wird erbracht.
14_HABIT.001	Stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT	1115	2020	800.000	0			NB	100%	grün	Siehe Anlage 1

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
14_VB4.001	Kürzung Kulturbudget 10%	2561	2018	2.250.000					100%	grün	Im HFA am 16.06.2016 und im Rat am 30.06.2016 wurde der Beschluss, dass die Theater Hagen gGmbH 1,5 Mio. € weiteres Konsolidierungsvolumen erbringen muss, nochmals bestärkt. Die Vorlage sowie die Konzepte für VHS, Stadtbücherei, Musikschule und Fachbereich Kultur wurden im Rat am 30.06.2016 beschlossen. Das Konsolidierungsvolumen i.H.v. 1,5 Mio. € für das Theater ist ab 2018 vom Zuschuss abgezogen und somit in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. Die Verwaltung geht davon aus, dass der Konsolidierungsbeitrag dieser Maßnahme voll umgesetzt wird.
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	1114	2016	32.000	32.000	22.719	-9.281	71%	63%	rot	Die Maßnahme musste ab 2017 auf 20.000 € strukturelle Konsolidierung angepasst werden. Es handelt sich bei den geplanten Erstattungen um Rabatte auf bereits im Rahmen der Beihilfe geleistete Medikamentenzahlungen. Im Jahr 2016 wurden 22.719,- € an Erstattungen vereinnahmt.
15_20.001	Finanzierung GVG aus der allgemeinen Investitionspauschale	1120	2016	800.000	800.000	831.000	31.000	104%	100%	grün	Die Erträge aus der Auflösung Sonderposten wurden bei der Haushaltsplanung 2016/2017 berücksichtigt. Die Auszahlungen für die erworbenen GVG überschritten leicht die Erwartungen. Die Erträge aus der Auflösung Sonderposten haben sich entsprechend erhöht.
15_48.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Offene Ganztagschulen (OGS) im Primarbereich	2111	2016	11.460	11.460	11.460	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde bei der Haushaltsplanung 2016/2017 berücksichtigt. Die Konsolidierung wird erzielt.
15_55.001	Vermeidung von Mehrbelastungen durch den Betrieb von Kitas in freier Trägerschaft	3650	2016	825.122	526.022	526.022	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt und die Konsolidierung erbracht.
15_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertagespflege	3610	2016	20.717	20.717	20.717	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt und die Konsolidierung erbracht.
15_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Tageseinrichtungen für Kinder	3650	2016	393.631	393.631	393.631	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt und die Konsolidierung erbracht.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	1123	2016	0	91.000	-109.000	-200.000	-120%		gelb	Die Aufgabe von Schulen, Sport- oder Spielplätzen und anderen Gebäuden zieht die Umplanung der in den Bebauungsplänen als öffentliche Fläche festgesetzten Grundstücke mit der Durchführung von entsprechenden Planverfahren nach sich. Der VV hat in seiner Sitzung am 25.08.2015 entschieden, den Personalbestand um 2 zusätzliche Bauleitplaner zu erweitern. Ziel soll es sein, mit diesen Bauleitplanern Bebauungspläne für Grundstücke zu erstellen, um diese überhaupt oder besser vermarkten zu können, so dass zusätzliche Erträge generiert werden können. Nach Recherchen von 61 können so ca 80 - 100 neue Baugrundstücke veräußert werden. Die Kosten für die 2 Bauleitplaner werden mit jährlich 109.000 Euro beziffert. Nach einer exemplarischen Übersicht von Flächen sollten in den Jahren 2016 - 2020 durchschnittlich vor Abzug der Personalkosten Erträge in Höhe von jährlich 200.000 Euro erzielt werden. Für 2016 ist allerdings noch nicht mit Erträgen zu rechnen. Die Offenlage der ersten 2 Bebauungsplanverfahren war für die Ratssitzung am 15.12.2016 terminiert und wurde dort beschlossen. In 2017 sind die ersten Erlöse zu erwarten. Der geplante Konsolidierungsbetrag wird voraussichtlich durchschnittlich erreicht.
15_FBOB.001	Zuschusskürzung agentur mark GmbH	5731	2015	18.000	18.000	18.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
15_SZS.003	Aufgabe der Turnhalle ATS Hohenlimburg - Nahmer	4210	2015	9.200	9.200	9.200	0	100%	100%	grün	Der Nutzungsvertrag mit dem Verein ATS Hohenlimburg - Nahmer über die Anmietung der vereinseigenen Turnhalle für den Schulsport wurde zum 31.03.2014 gekündigt. Die Maßnahme ist realisiert.
15_SZS.004	Refinanzierung Mietkosten für Sportstätten aus der Sportpauschale	6110	2015	19.000	19.000	19.000	0	100%	100%	grün	Die ertragswirksame Auflösung der Sportpauschale dient der teilweisen Kompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen / Erwachsene" (14_SZS.001) und "Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002), die nicht durch den Rat im Jahr 2014 beschlossen wurden. Siehe auch Maßnahmen 12_20.010 "Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten" und 15_FBOB.001 "Zuschusskürzung Agentur Mark". Die Maßnahme wurde mit Ratsbeschluss vom 11.12.2014 umgesetzt.
16_11.001	Kürzungen im Bereich Repräsentationen innere Verwaltung	1114	2016	7.250	7.250	7.250	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Ansatzreduzierung ist bereits bei der Haushaltsplanung berücksichtigt worden. Die Maßnahme wurde umgesetzt.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_11.003	Dienstvereinbarung Überstunden neu verhandeln	1114		0	0	0	0	NB		rot	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Überstunden müssen beim FB 11 beantragt werden, die Leistung von Überstunden ist bereits auf ein unabdingbares Mindestmaß beschränkt. Eine weitere Controllingfunktion findet durch den Personalrat statt, der im Rahmen seiner Mitbestimmungsrechte nach LPVG ein Votum abgibt. Erst nach Zustimmung des Personalrates zur Leistung von Überstunden werden diese durch den FB 11 angeordnet. Bei der Abgeltung von Überstunden wird der Freizeitausgleich pflichtig als erstes Mittel bei der Anordnung von Überstunden zugrunde gelegt. Ein finanzieller Ausgleich erfolgt lediglich in den Fällen, in denen Freizeitausgleich aus dienstlichen Gründen nicht möglich ist. Aufgrund der restriktiven Handhabung bei anzuordnenden Überstunden sind Konsolidierungspotentiale nicht zu erwarten.
16_11.004	Verwaltungsweite Durchsetzung von Desksharing & HomeOffice (Einsparung von Räumen)	1114		0	0	0	0	NB		grün	Ein Konzept zum Thema "Non-territoriale Arbeitsplätze" ist derzeit noch nicht umsetzbar ohne die Einführung des Dokumentenmanagement Systems (DMS). Die Einführung von DMS wird vor einer verwaltungsweiten Umsetzung aktuell zunächst in einzelnen Bereichen vorgenommen, um Erkenntnisse für eine verwaltungsweite Umsetzung zu sammeln. Im Anschluss kann auch mit einer Planung zur verwaltungsweiten Umsetzung begonnen werden. Mit Ergebnissen zum Thema ist daher nicht vor Ende 2018 zu rechnen.
16_20.001	Enerviedarlehen - hier: Bürgschaftsprovisionen	1150	2016	0	351.900	351.900	0	100%		grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_25.002	Auslaufen Farbdrucker / Reduzierung SW-Drucker	1116	2018	15.000	0	0	0	NB	100%	gelb	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Realisierung der Maßnahme wird kritisch gesehen. Es ist daher im weiteren Verlauf über eine Ersatzmaßnahme nachzudenken.
16_30.001	Reduzierung Schiedsamsbezirke	1220	2017	2.500	0	0	0	NB	100%	grün	Die Umsetzung der Maßnahme ist teilweise erfolgt und wird in 2017 planmäßig abgeschlossen.
16_32.003	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung	1220	2016	5.000	5.000	0	-5.000	0%	0%	rot	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Es wird eine Überwachung durchgeführt und der Außendienst kann Verwarngelder bis zu einer Höhe von 55 € erteilen, sofern ein Verursacher zu ermitteln ist. Dies ist so gut wie nie der Fall, so dass auch keine Verwarngelder eingenommen werden. Die Maßnahme ist nicht umsetzbar. Die Maßnahme wurde in der Fortschreibung 2017 angepasst.
16_37.001	Abrechnung Brandsicherheitswachen ggü. Theater gGmbH (Satzungsgem.)	1260	2016	45.000	45.000	122.720	77.720	273%	222%	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Maßnahme wird übererfüllt: Im Jahr 2016 konnten Brandsicherheitswachen in Höhe von insgesamt 122.720 € abgerechnet werden. In der Fortschreibung 2017 wird die Maßnahme um 55.000 € erhöht.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
16_37.002	Bußgelder aus HygMedVO	4140		0	0	0	NB			rot	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Erträge sind in dem angesprochenen Gebiet erwartungsgemäß nicht erzielt worden. Die Details sind in der Antwort auf die Anfrage der FDP-Fraktion (Vorlage für den HFA am 17.03.2016) und der Verwaltungsvorlage für den HFA am 16.06.2016 zum Antrag der FDP-Fraktion jeweils zu dem Thema Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach der HygMedVO erläutert (s. Vorlagen 0272/2016 und 0584/2016).	
16_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzung für die Tagespflege (2%-ige jährliche Anpassung)	3610	2016	26.550	1.953	1.953	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt und die Konsolidierung erbracht.	
16_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzung für Tageseinrichtungen für Kinder (2%-ige jährliche Anpassung)	3650	2016	130.000	37.108	37.108	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt und die Konsolidierung erreicht.	
16_55.004	Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration	3112	2016	500.000	500.000	550.000	50.000	110%	100%	grün	Von September 2014 bis Dezember 2015 ist der Bestand an Bedarfsgemeinschaften aus dem EU-Ausland monatlich um 64 Bedarfsgemeinschaften gestiegen. Durch initiierte Maßnahmen wurde der Zuwachs an Bedarfsgemeinschaften zum 30.09.16 durchschnittlich auf nur noch 14 Bedarfsgemeinschaften monatlich netto reduziert und somit Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft erreicht. Abschließende Auswertungen für das IV. Quartal sind zwar erst im April 2017 möglich, sofern sich aber dieser Trend fortgesetzt hat, wird das Konsolidierungsziel unter der Annahme eines durchschnittlichen Leistungsbezuges von 6 Monaten zum 31.12.16 um 50.000 € übertrroffen.	
16_55.005	KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter	3112	2016	260.000	260.000	215.000	-45.000	83%	100%	gelb	Von den aktuell ca. 12.800 Bedarfsgemeinschaften wurden zum 31.12.16 in ca. 85% der Fälle die Betriebskostenabrechnung 2015 überprüft. Daraus ergibt sich unter Anwendung der ermittelten durchschnittlichen Einsparung pro Prüfung eine Konsolidierungssumme von rd. 215.000 €. Der Differenzbetrag wird durch die Konsolidierungsmaßnahme 16_55.004 "Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration" kompensiert.	
16_55.006	KdU-Ersparnis durch Wohngelderhöhung	3112	2016	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Aufgrund der permanenten Prüfung eines Wohngeldanspruchs der Kundinnen und Kunden im ALG II-Bezug ist es zu einer Verringerung der KdU-Zahlungen gekommen und die anvisierte Ersparnis wurde erreicht. Das Ergebnis wurde für 2016 manuell ermittelt. In 2017 werden die Ergebnisse mit Hilfe eines derzeit im Aufbau befindlichen Controllingberichts maschinell ermittelt.	
16_55.009	Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten	3630	2016	120.000	120.000	120.000	0	100%	100%	grün	Das Ergebnis wurde für 2016 manuell ermittelt. In 2017 werden die Ergebnisse mit Hilfe eines derzeit im Aufbau befindlichen Controllingberichts maschinell ermittelt.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielerreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_55.010	Ausweitung von Bedarfskontrollen SGB II / KdU	3112	2017	200.000	0	0	0 NB		100%	grün	Auf Beschluss der Trägerversammlung wird das Jobcenter die Bedarfskontrollen hinsichtlich eines Anspruches auf SGB II Leistungen intensivieren. Die ersten Ergebnisse der intensivierten Prüfung liegen beim Jobcenter vor, so dass die Verwaltung von einer Zielerreichung ausgeht.
16_60.001	Einstellung Brunnenbetrieb/Sponsoring	5510	2016	10.000	5.000	5.000	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierungsmaßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen und bei der Haushaltsplanung 2016/2017 bereits berücksichtigt. Das WBH-Budget wurde entsprechend reduziert. Daher wurde die Maßnahme in 2016 umgesetzt.
16_69.002	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung	5372	2016	45.000	20.000	20.000	0	100%	44%	rot	Im Vergleich zum Vorjahr konnten ca. 20.000 € Mehreinnahmen erzielt werden, aber der geforderte Konsolidierungsbeitrag i. H. v. 45.000 € kann nicht erreicht werden. Ich verweise auf die öffentl. Stellungnahme zur Drucksache 0588/2016. Die Umsetzung der Maßnahme wird als kritisch eingestuft. Um die Fallzahlen zu erhöhen, müsste mehr Personal vor Ort ahnden können. Bei den ahnbaren Fällen können die Bußgelder nicht willkürlich erhöht werden. In der Fortschreibung 2017 wird die Maßnahme von 45.000 € auf 20.000 € herabgesetzt.
16_FBOB.005	Kürzung pauschale Sachkostenzuweisung Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder um 10%	1110	2016	4.275	4.275	4.275	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.007	Kürzungen im Bereich Repräsentationen unter Aussparung der Kürzung im Bereich Städtepartnerschaften	1111	2016	11.000	11.000	11.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.009	Reduzierung Ratsmitglieder	1110	2020	33.450	0	0	0 NB		109%	grün	Der Rat hat am 22.09.2016 der Satzungsänderung zur Umsetzung der Maßnahme zugestimmt (DS 0826/2016). Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.011	Reduzierung BV-Mitglieder (gestaffeltes Konzept/ zwei BV-Mitglieder weniger als bisher)	1110	2020	0	0	0	0 NB			grün	Der Rat hat am 15.12.2016 im Rahmen der Änderung der Hauptsatzung die Umsetzung der Maßnahme (DS 0736-4/2016) beschlossen.
16_FBOB.012	Reduzierung Fraktions- und Gruppenkosten durch 52er Rat (Sekundärfolge Ratsverkleinerung)	1110	2020	231.700	0	0	0 NB		100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.013	Enerviedarlehen - hier: Abschöpfung Zinsvorteil	5731	2016	0	248.100	0	-248.100	0%		gelb	Der Konsolidierungsbetrag konnte in 2016 nicht gehoben werden. Hinzu kommt, dass ab 2017 rd. 100.000 € als wegbrechend eingestuft werden müssen, so dass das maximal mögliche Konsolidierungspotential nur noch 150.000 € beträgt. Der wegbrechende Effekt ist im Rahmen der Fortschreibung des HSP 2017 aufgefangen worden.
16_FBOB.015	Einsparung der Begleitung von Ratssitzungen durch Tontechniker	1130	2017	7.000	0	0	0 NB		100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig. Der Vertrag mit dem externen Dienstleister für den Tontechniker ist auf das Jahr 2016 befristet. Der Vertrag ist nicht mehr über das Jahr 2016 hinaus verlängert worden.
16_FBOB.016	Zusätzliche Ausschüttung HEB aus Eigenkapital	5731	2020	0	0	0	0 NB			grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
16_FBOB.017	Erhöhung Ausschüttung WBH	5380	2017	500.000	0	0	0 NB		100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
16_FBOB.018	Reduzierung der BV-Mittel um 10%	1110	2020	0	0	15.000	15.000	NB		grün	Die frei verfügbaren BV-Mittel wurden bereits in 2016 um 10% gekürzt.	
16_GPR.001	Reduzierung Fortbildungskosten und Geschäftsaufwand	1117	2016	5.370	5.370	5.370	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wurde in 2016 erbracht.	
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	1120	2016	0	1.300.000	3.070.351	1.770.351	236%		grün	Der Prüfbericht des Wirtschaftsprüfer (BDO) zum Entwurf des Jahresabschlusses 2015 der GWH liegt seit Ende Mai 2016 vor. Daraus ist ein sehr positives Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der GWH für 2015 zu entnehmen. Es ergibt sich daraus ein Verschmelzungsgewinn in Höhe von 2,179 Mio. €, wovon in 2016 2,078 Mio. € und in 2017 rund 100.000 € ergebniswirksam sind. Zusammen mit der Auflösung von Rückstellungen der GWH in Höhe von 1,05 Mio. €, welche nach NKF nicht zu bilanzieren sind, und unter Berücksichtigung von Aufwendungen in Höhe von 60.000 € durch Wertveränderungen und Rundungsdifferenzen ergibt sich ein Einmaleffekt in 2016 in Höhe von 3,07 Mio. €.	
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	1130	2016	8.776.325	8.473.825	8.353.825	-120.000	99%	98%	gelb	Die Konsolidierung konnte 2016 nicht in voller Höhe erbracht werden. Die nicht erfolgten Schulschließungen führten zu einem Konsolidierungsdefizit von 120.000 €. Dieses wird kompensiert durch die Maßnahme 16.GWH.004.	
16_HABIT.001	Verfahrens- und Lizenzüberprüfung div. HA für jedes Amt		2018	100.000	0	0	0	NB	100%	gelb	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Umsetzung der Maßnahme ist nach jetzigem Stand für 2020 angedacht.	
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	PK	2016	130.000	50.000	0	-50.000	0%	39%	rot	Die Maßnahme befindet sich in der Umsetzung. Die Schulen werden sukzessive an Caterer übergeben. Aktuell ist die Umsetzung an der Gesamtschule Eilpe zum Jahresbeginn 2017 vorgesehen, die Gesamtschule Haspe ist für den 01.08.2018 geplant. Die Kosten für die Caterer fallen aber höher als geplant aus, hierdurch kommt es im FB 48 zu Sachkostenausweitungen. Mit der vollständigen Umsetzung des Konsolidierungsziels kann voraussichtlich Ende 2018 gerechnet werden. Dann können auch die vollständigen Kosten der Caterer genau beziffert werden und der dadurch zusätzliche Sachkostenaufwand. Bis dahin wird der Wert der aktuellen Verträge (2.140,11 € pro Monat) auch für die anderen Schulen prognostiziert.	
16_PK.004	Zusammenlegung Info-Bereiche 32 und 25 im Rathaus 1, Einsparung PK 2 Stellen	PK	2016	65.000	32.500	0	-32.500	0%	100%	gelb	Die GWH arbeitet seit der letzten Arbeitskreissitzung an einem konkreten Planungsvorschlag.	
16_PK.005	Einsparung Personal 25 2 Stellen PK, SK	PK	2016	43.000	10.000	15.100	5.100	151%	210%	grün	Die Stelle 30010599 ist zum 01.09.2016 frei geworden. Die Stelle 30011279 wird zum 01.01.2017 durch das Ausscheiden des Mitarbeiters in den Ruhestand frei. Die Maßnahmen werden inkl. Stellenfortfall zum nächsten Stellenplan wie beschlossen umgesetzt.	
16_PK.006	Aufstellen eines Personalausweis- & Passautomaten im Bürgeramt	PK	2017	30.000	0	0	0	NB	100%	grün	"Erste Sondierungstermine (HABIT, 11, 32) wurden geführt. Die Arbeitsergebnisse liegen noch nicht vor. Die Einführung ist auch abhängig von den Umbaumaßnahmen durch 65 für den Kassenautomaten und die Infotheke. Im Rahmen eines interkommunalen Austausches wurden bereits weitere Information zur Umsetzung der Maßnahme eingeholt. Der Umsetzungsstand ist in 2017 noch nicht absehbar."	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_PK.007	Reorganisation Bürgeramt in Front- & Backoffice	PK	2019	75.000	0	0	0 NB	100%	grün		Eine Abfrage innerhalb der Stadtverwaltung muss generiert werden und mit den einzelnen potenziellen Verwaltungseinheiten abgestimmt werden. Aufgrund von Unterbesetzung, Krankheitsausfällen, intensive Einarbeitung aufgrund hoher Fluktuation und weiteren Konsolidierungsbemühungen im Bürgeramt wurde das zunächst zurück gestellt.
16_PK.008	Stelleneinsparung Bürgeramt durch Aufstellen zweier Kundenterminals mit E-Bürgerdiensten	PK	2019	75.000	0	0	0 NB	100%	grün		Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Maßnahme umgesetzt werden kann. Im Rahmen eines interkommunalen Austausches wurden bereits weitere Information zur Umsetzung der Maßnahme eingeholt. Der Umsetzungsstand ist insofern als planmäßig zu bezeichnen.
16_PK.009	Einsparung zweier Stellen durch die Einführung einer Betriebsführungssoftware	PK	2019	75.000	0	0	0 NB	100%	grün		Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt bis 2019. Aktuell wird ein Pflichtenheft für die Software erstellt. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Maßnahme umgesetzt werden kann.
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	PK	2017	15.000	0	3.300	3.300 NB	76%	rot		Es finden weiterhin Gespräche zur Beendigung der Beschäftigungsverhältnisse statt. Auswirkungen auf den Stellenplan sind erst mittelfristig zu erwarten.
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	PK	2017	250.000	0	0	0 NB	100%	grün		Die notwendigen Umbaumaßnahmen in Hohenlimburg müssen durch 65 geprüft werden. Ein Umzug ist erst anschließend möglich..
16_PK.012	Verringerung Mehraufwand bei Personenstandswesen	PK	2017	95.000	0	0	0 NB	100%	grün		Die Fallzahlermittlung und Prüfung des Zusatzfaktors für schwierige Gespräche mit Personen mit Migrationshintergrund bzw. bei ausländischen Papieren wird durch 32 evaluiert.
16_PK.013	Reduzierung Pfortenpersonal Technisches Rathaus um eine Stelle	PK		0	0	16.250	16.250 NB		grün		Die Maßnahme wurde umgesetzt. Eine Nachbesetzung ist nicht erfolgt / geplant.
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	4240	2017	140.000	0	0	0 NB	100%	grün		Die Einführung der Umlage ist Voraussetzung für die Umsetzung des Maßnahmenvorschlags 16_SZS.004. Die Maßnahme wurde vom Rat am 17.03.2016 beschlossen und soll zum 01.01.2017 eingeführt werden. Die ersten Vorbereitungen für die planmäßige Umsetzung wurden bereits eingeleitet. Aufgrund der z. Zt. anstehenden Prüfung zur Einrichtung eines BgA Sportstätten wurde beschlossen, die Erhebung der Energie- und Bewirtschaftungsumlage bis zur Erteilung der rechtsverbindlichen Auskunft des Festsetzungfinanzamtes zurückzustellen. Diese Auskunft lag Ende 2016 noch nicht vor.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_SZS.002	Einführung Beteiligung der Schwimmvereine	4210	2017	40.000	0	0	0 NB		100%	grün	Die Einführung der Umlage ist Voraussetzung für die Umsetzung des Maßnahmenvorschlags 16_SZS.004. Die Maßnahme wurde vom Rat am 17.03.2016 beschlossen und soll zum 01.01.2017 eingeführt werden. Die ersten Vorbereitungen für die planmäßige Umsetzung wurden bereits eingeleitet. Aufgrund der z. Zt. anstehenden Prüfung zur Einrichtung eines BgA Sportstätten wurde beschlossen, die Erhebung der Energie- und Bewirtschaftungsumlage bis zur Erteilung der rechtsverbindlichen Auskunft des Festsetzungsinanzamtes zurückzustellen. Diese Auskunft lag Ende 2016 noch nicht vor.
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	div. Szs	2017	250.000	0	0	0 NB		100%	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Maßnahme umgesetzt werden kann. Mit Ratsbeschluss vom 17.03.2016 wurde ebenfalls die Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage beschlossen, so dass erste Vorbereitungen für die Umsetzung der Maßnahme in 2017 erfolgt sind. Der Antrag zu einer verbindlichen Auskunft der Finanzbehörde wurde zwischenzeitlich gestellt. Diese Auskunft lag Ende 2016 noch nicht vor.
16_SZS.005	Erlöse durch Vermarktung von Sportanlagen ähnlich ENERVIE-Arena	4240		0	0	0	0 NB			grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Das Konzept und die Rahmenbedingungen wurden mit Vorlage 0394/2016 zur Beschlussfassung in der Ratssitzung am 02.09.2016 vorgelegt. Die Verwaltung geht davon aus, dass frühestens für das HHJ 2017 ein erstes Konsolidierungsergebnis benannt werden kann. Der Entwurf zur Vermarktung der Namensrechte wurde am 29.06.2016 dem Sport- und Freizeitausschuss vorgestellt und dahingehend erweitert, dass realisierte Einnahmen zu 70 % für die Vereine und 30 % für die Unterhaltung der Sportstätten in den städt. Haushalt einfließen. In der Ratssitzung am 22.09.2016 wurde diesem Modell zur Vermarktung der Namensrechte zugestimmt, unter der Maßgabe, dass nach Einrichtung des BgA Sportstätten, die Verwaltung ein entsprechendes Konzept entwickelt, in dem abschließend auch die Verwendung der dann eingeworbenen Mittel geregelt wird.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2016	Ist-Ergebnis 2016	Differenz Hochrechnung 2016 Plan 2016	Zielreichungsgrad 2016	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	div. VB 5	2016	1.160.000	360.000	180.000	-180.000	50%	100%	gelb	Die Abrechnung der Stromkosten für die gesamte Straßenbeleuchtung soll zukünftig unter einem Kostenpunkt zusammengefasst werden. Dies führte allein schon zu einer deutlichen Reduzierung der staatlichen Entgelte für die Straßenbeleuchtung von 80 T€/Jahr. Die ENERVIE hat dies auch rückwirkend für 2015 veranlasst. Der Betrag wurde in 2016 gutgeschrieben. Durch die Erneuerungsmaßnahmen im Bereich Straßenbeleuchtung, konnten ca. 215 T€ weitere Stromkosteneinsparung erbracht werden. Diese Einsparungen sowie die Reduzierung der staatlichen Entgelte für 2016 werden jedoch voraussichtlich erst in Form einer Gutschrift für den Haushalt 2017 wirksam. Dies führt dazu, dass der Konsolidierungsbetrag 2016 nicht vollständig erzielt werden kann, die Konsolidierung in 2017 jedoch verbessert wird. Weiterhin können 2017 - 2019 weitere Einsparungen zum Schwerpunkt des Energiebezuges im Bereich von Strom und Gas bei der Gebäudeversorgung erzielt werden. Zudem konnten in 2016 100 T€ durch diverse andere Maßnahmen konsolidiert werden. Die Verwaltung geht derzeit davon aus, dass auf diesem Wege die angedachte Einsparung auch ohne Kündigung der Verträge erreicht werden kann.
PK_Gesamt	Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung aller PK-Maßnahmen	PK	lfd. 2011	11.914.667	11.914.667	11.914.667	0	100%	100%	grün	Auf der Basis der Ergebnisse der Vorjahre ist davon auszugehen, dass die geplante strukturelle Personalkostenkonsolidierung im Haushaltsjahr 2016 erbracht werden kann.
Gesamtsumme				76.413.575	74.415.436	75.701.277	1.285.841	102%	99,4%		

Hinweise zur „Ampel-Bewertung“

Auf Grund der Bemerkungen der Bezirksregierung aus dem Schreiben vom 12.09.2013 wurde der Erfolg aller Maßnahmen bei der Ampelbewertung nun einzeln betrachtet.

Die Beurteilung wurde wie folgt definiert:

Grün: Sowohl im aktuellen Jahr als auch in der mittelfristigen Prognose für 2021 (nicht Planung) wird das Konsolidierungsziel erreicht.

Gelb: Im aktuellen Jahr wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht, aber in der mittelfristigen Prognose 2021

Rot: In der mittelfristigen Prognose wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht. Die Prognose 2021 ist geringer als die Planung in der Fortschreibung des HSP 2016

Stellungnahme zur Maßnahme 14_Habit.001 - Stadtweite Geschäftsprozess-optimierung im Bereich IT

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im Rahmen ihrer Beratung zum Stärkungspakt Organisation und Aufbau im Bereich IT für den engeren Konzern der Stadt Hagen eine Untersuchung durchgeführt und empfiehlt eine stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT. Durch eine Zusammenführung der beiden Rechenzentren HABIT und IT der Wirtschaftsbetriebe (bzw. Aufgabe eines Rechenzentrums) soll ein Einsparpotenzial von 500.000 € erzielt werden.

Die konkreten Einzelheiten dieser Maßnahme wurden im Laufe des Jahres 2014 mit Hilfe der GPA ermittelt, die hierzu einen externen IT-Berater beauftragte. Die Ausschreibung seitens der GPA ist nach wie vor in Vorbereitung.

Die von der GPA im Rahmen der Konsolidierungsberatung zu beauftragende Prozess-Untersuchung soll ihre Schwerpunkte an Hand der Ergebnisse der überörtlichen Prüfung setzen. Im Laufe der letzten Monate ergaben sich durch verschiedene Kontakte mit anderen Kommunen aber Hinweise, dass hinsichtlich der Zurechnung von verwaltungsinternen Prozessen und Personalanteilen zu HABIT-Dienstleistungen nicht in allen Kommunen die Daten so aufbereitet wurden, wie dies in Hagen erfolgt ist. In Hagen wurden dezentrale Funktionen offenbar in stärkerem Maße den HABIT-Prozessen zugeordnet, als dies in anderen Städten erfolgt ist. Dies führt nach Einschätzung des HABIT und des Fachbereiches 11 zu einer im interkommunalen Vergleich überhöhten Belastung dieser Prozesse. Daher wurden einige Ergebnisse mit der GPA neu diskutiert und bereinigte Zahlen von Seiten der Stadt geliefert.

Da diese neuen Zahlen nach Einschätzung von HABIT Einfluss auf die Schwerpunktsetzung der Prozessuntersuchung haben können, wurde die Vergabe von hier aus zurückgestellt, bis die endgültigen Erkenntnisse zu dem Themenkomplex EDV vorliegen. Es war zunächst beabsichtigt, auf Grund der neueren Auswertungen der Vergleichszahlen aus der überörtlichen Prüfung im Bereich IT die Leistungsbeschreibung für die externe Beratung durch die GPA aus der Sicht der Stadt noch einmal kurzfristig zu überarbeiten. Auf Grundlage der veränderten Vergleichszahlen auf Hagener Seite war es aus der Sicht der Stadt Hagen sinnvoll, die Untersuchungsschwerpunkte zu verschieben. Daher hatte sich der Beginn der Vorarbeiten verzögert.

Zwischenzeitlich zeigt sich jedoch, dass die personellen und finanziellen Ressourcen beim HABIT zur Umsetzung einer solchen stadtweiten Konzeption während der Bau- und Umzugsphasen für das Haupt-Rechenzentrum, das Backup-Rechenzentrum und die neuen Büroräume des HABIT keinesfalls gegeben sind. Um jetzt keine Konzepte auf Basis unzureichender Voraussetzungen zu entwickeln, die dann in zwei oder drei Jahren erneut überarbeitet werden müssen, muss der Start der Maßnahme nun auf den Zeitraum nach Fertigstellung der beiden Rechenzentren und dem Büroumzug des HABIT verschoben werden.

An der Maßnahme wird von Seiten der Stadt festgehalten. Nach den genannten Umzügen wird weiter versucht unter Beratung durch die GPA hier entsprechende Ergebnisse zu erzielen.

Der Rat beschloss am 07.04.2016 den HSP 2016/2017 und somit die Verschiebung der Maßnahme unter Berücksichtigung des Effekts der alten Maßnahme 15_11.001 in Höhe von 300 TEUR im Jahr 2021. Im HSP 2016/2017 wurden für den Zeitraum der Verschiebung entsprechende (temporäre) Ersatzmaßnahmen beschlossen.

Mit Bezug auf die Anmerkung in der Genehmigungsverfügung der Bezirksregierung für das HSP 2017 teilt die Verwaltung mit, dass nach Abschluss der Umzugsarbeiten für das Rechenzentrum durch Beauftragung der GPA eine externe Untersuchung vorgesehen ist, die zum Einen eine stadtweite Prozessoptimierung durch verstärkte Nutzung digitaler Prozesse und zum Anderen den Prozessablauf innerhalb des HABIT überprüfen soll.

HSP Controlling-Bericht über die Konsolidierungsbeträge 2017 und die Prognose 2021

I. Quartal 2017

Bericht zum Stand: 31.03.2017
Erarbeitet und vorbereitet durch:
Stadt Hagen,
Fachbereich Finanzen und Controlling,
Bereich Finanzsteuerung und Controlling

Inhaltsverzeichnis:

Einführung	Seite 2 - 4
I. Teil	Seite 5 - 13
• Gegenüberstellung des beschlossenen Planvolumens und des prognostizierten Gesamtvolumens	Seite 6
• Die Entwicklung der zehn größten Konsolidierungsmaßnahmen.....	Seite 7-8
• Konsolidierungsmaßnahme mit einer Differenz Plan Hochrechnung von über 100 T. €.....	Seite 9-11
• Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 nicht erreichen.....	Seite 12
• Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 übererfüllen.....	Seite 13
• Fazit.....	Seite 14
• Maßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen.....	Seite 15
II. Teil	Seite 16-17
• Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen	Seite 17
III. Teil	Seite 18
• Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen.....	Anlage

Einführung:

Berichtspflicht

Die Stadt Hagen ist als pflichtige Stärkungspaktkommune gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg in besonderem Maße zur Auskunft verpflichtet. Gemäß § 7 Stärkungspaktgesetz ist der Bezirksregierung zusätzlich zur Genehmigung auch die Überwachung der Einhaltung des HSPs übertragen worden. Die Stadt Hagen ist als Stärkungspaktteilnehmerin dazu verpflichtet, jährlich zum Stand der Umsetzung des Haushaltssanierungsplans zu berichten. Nach dem Ausführungserlass zur Haushaltskonsolidierung vom 07. März 2013 sind die Berichte wie folgt vorzulegen:

- bis zum 31.07. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. Juni des gleichen Jahres,
- bis zum 01.12. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 30. September des gleichen Jahres und
- bis zum 15.04. eines Jahres, mit dem Stand der Umsetzung zum 31. März des gleichen Jahres zusammen mit dem vom Oberbürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das vorherige Jahr.

Berichtsziel und Empfänger

Der vorliegende Bericht verschafft in erster Linie einen komprimierten Gesamtüberblick über die aktuelle Entwicklung der Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Hagen. Durch die regelmäßigen Überprüfungen werden Potenziale und Gefahren bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erkannt und ermöglichen ein gezieltes Einschreiten bei Abweichungen im Plan-Ist-Vergleich.

Der Bericht wird dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Verwaltungsvorstand und der Bezirksregierung vorgelegt.

Berichterstellung und Vorgehensweise:

Mit dem Beschluss des Haushaltssanierungsplans (HSP) 2017 wurden 139 bestehende Maßnahmen fortgeschrieben. Einige, bereits im unterjährigen Controlling 2016 erkennbare Veränderungen, wurden in die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2017 übernommen. Zur Kompensation wegbrechender Maßnahmen sind keine neuen Maßnahmen notwendig gewesen. Der Gesamtkonsolidierungsbetrag der Fortschreibung HSP 2017 überschreitet leicht den geplanten Gesamtkonsolidierungsbetrag der Fortschreibung HSP 2016. Von den 139 Maßnahmen sind 5 fortgeschriebene Maßnahmen ohne Konsolidierungspotenzial ab dem Jahr 2017 ausgewiesen: 12_VB5.004 - „Konzessionsvertrag Städtemedien neu ausschreiben“, 14_61.001 – „Verzicht Retrodigitalisierung Bauakten“, 16_11.003 – „Dienstvereinbarung Überstunden neu verhandeln“, 16_32.003 – „Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung“ und 16_37002 – „Bußgelder aus HygMedVO“. Die Maßnahmen werden im Controllingbericht nicht berücksichtigt. Die Maßnahmen 11_20.006 Absenkung des Allgemeininteressenanteils an der Straßenreinigung und 12_20.003 Optimierung der Straßenreinigung lt. infa-Gutachten wurden unter der Maßnahme 11_20.006 Optimierungen bei der Straßenreinigung zusammengefasst. Es ergeben sich daher 133 Konsolidierungsmaßnahmen für diesen Controllingbericht.

Im 1. Quartal 2017 wird ein Konsolidierungserfolg in Höhe von 76,3 Mio. € verzeichnet. Die Verbesserung von rund 74 T. € werden durch 0,93 Mio. € Aufwandsminderungen und Mehrerträge erzielt, denen aber Aufwandserhöhungen und Mindererträge von 0,86 Mio. € gegenüberstehen.

Die Ämter und Fachbereiche werden im Rahmen des Berichtswesens aufgefordert die Planwerte für das laufende Jahr und für die mittelfristige Planung je Maßnahme zu überprüfen und das Ergebnis für das vergangene Jahr sowie eine aktuelle Prognose für die mittelfristige Planung abzugeben. Ergeben sich zwischen Plan und Ergebnis/Prognose Abweichungen, werden in der Stellungnahme die Ursachen benannt. Bei negativen Abweichungen sind Ersatzmaßnahmen zu bilden. Liegen Veränderungen struktureller Natur vor, werden notwendige Planänderungen in der Fortschreibung des HSPs angepasst.

Während dieser Phase stehen den Ämtern die dezentralen Betriebswirte und der Fachbereich 20 für Rückfragen und Hilfestellung zur Verfügung.

Die Berichtsrückmeldungen aus den Ämtern und Fachbereichen werden zentral vom Fachbereich Finanzen und Controlling analysiert und ausgewertet.

Berichtsinhalte:

Im **I. Teil** des Berichtes wird das erzielte Gesamtvolumen dem beschlossenen Planvolumen gegenübergestellt. Zusätzlich werden die Konsolidierungsmaßnahmen unter verschiedenen Gesichtspunkten analysiert.

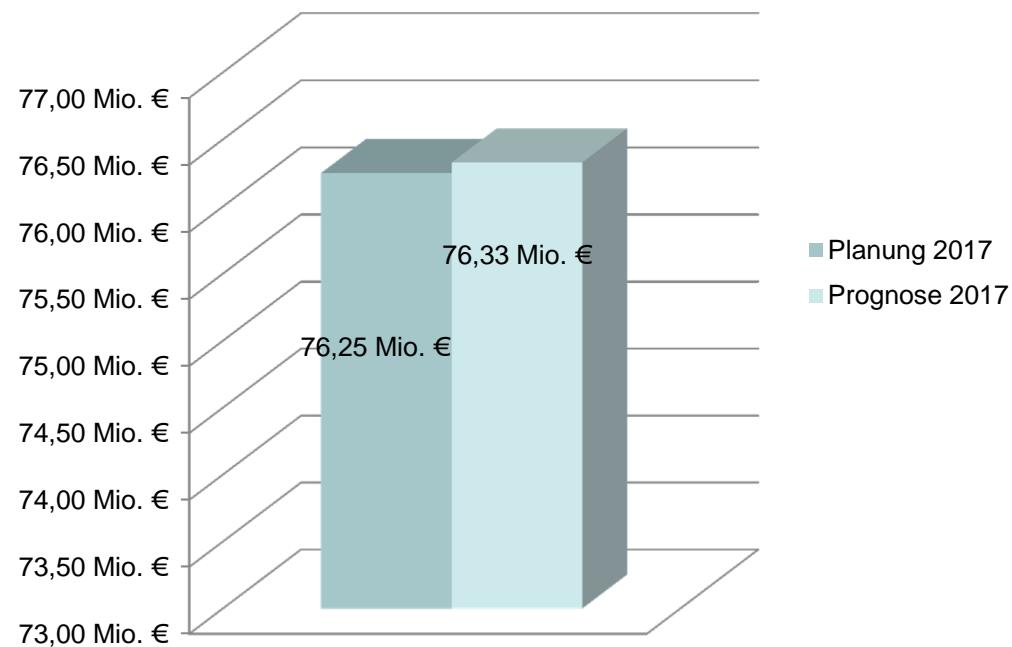
Im **II. Teil** werden die erzielten Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen dargestellt. Negative Abweichungen werden mit einem Minus-Zeichen dargestellt, ergänzend wird die prozentuale Abweichungen berechnet.

Im **III. Teil** erfolgt die Betrachtung der Einzelmaßnahmen in einer Übersicht.

I. Teil

- Gegenüberstellung des beschlossenen Planvolumens und des prognostizierten Gesamtvolumens
- Die Entwicklung der zehn größten Konsolidierungsmaßnahmen
- Konsolidierungsmaßnahmen mit einer absoluten Abweichungen von über 100 T. €
- Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 nicht erreichen
- Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 übererfüllen
- Konsolidierungsmaßnahmen, die das mittelfristig geplante Gesamtkonsolidierungsziel nicht erreichen

Gesamtkonsolidierungsvolumen 2017

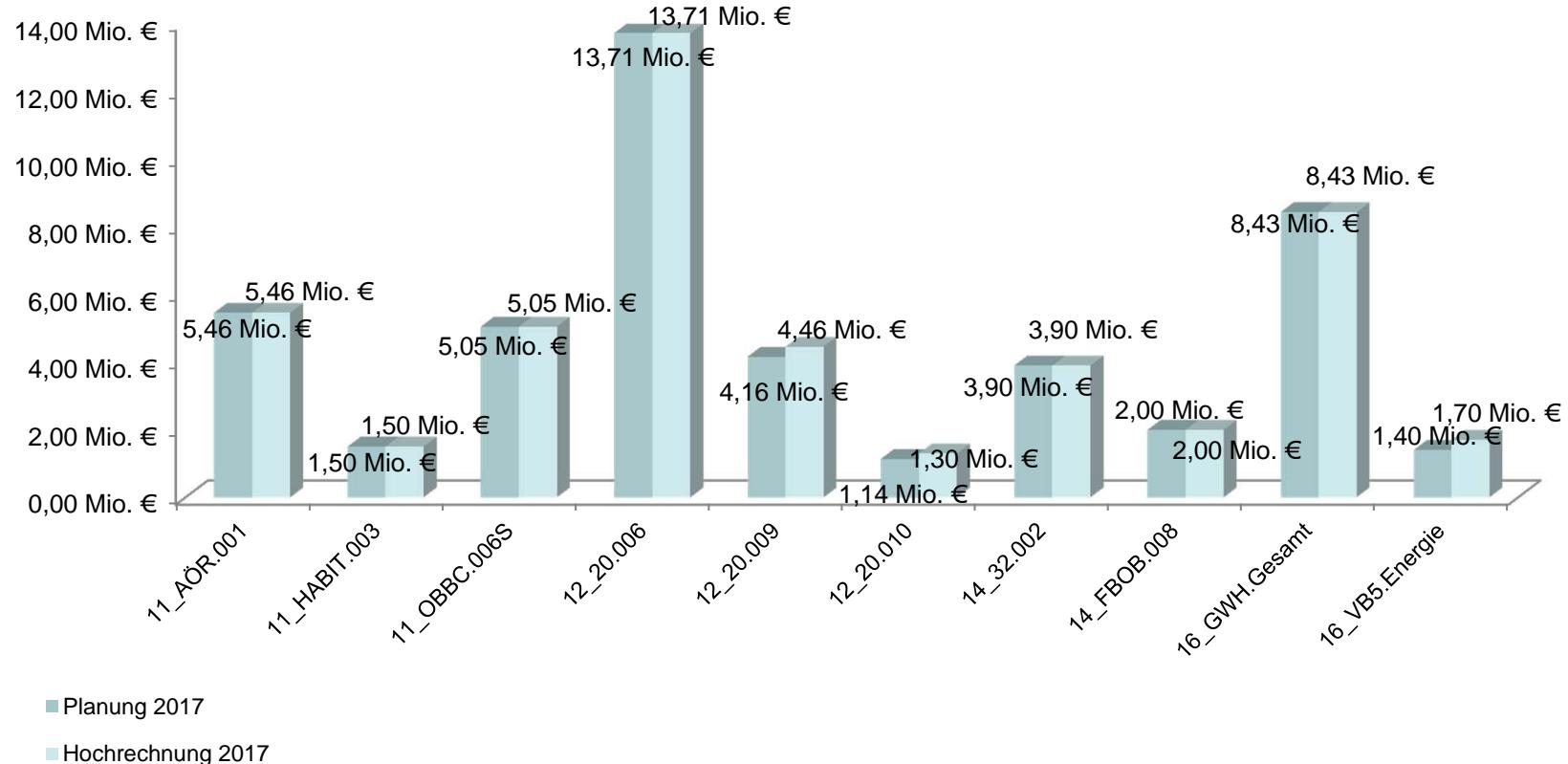


Im 1. Quartal wird in Summe fast eine Punktlandung prognostiziert.

Die Entwicklung der zehn größten Konsolidierungsmaßnahmen

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2017	Hochrechnung 2017	Differenz HR 2017 - Plan 2017
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	5,46 Mio. €	5,46 Mio. €	0,00 Mio. €
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	1,50 Mio. €	1,50 Mio. €	0,00 Mio. €
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5,05 Mio. €	5,05 Mio. €	0,00 Mio. €
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	13,71 Mio. €	13,71 Mio. €	0,00 Mio. €
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	4,16 Mio. €	4,46 Mio. €	0,30 Mio. €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1,14 Mio. €	1,30 Mio. €	0,16 Mio. €
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	3,90 Mio. €	3,90 Mio. €	0,00 Mio. €
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	2,00 Mio. €	2,00 Mio. €	0,00 Mio. €
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	8,43 Mio. €	8,43 Mio. €	0,00 Mio. €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	1,40 Mio. €	1,70 Mio. €	0,30 Mio. €
Gesamtsumme		46,75 Mio. €	47,51 Mio. €	0,76 Mio. €

Die Entwicklung der zehn größten Konsolidierungsmaßnahmen

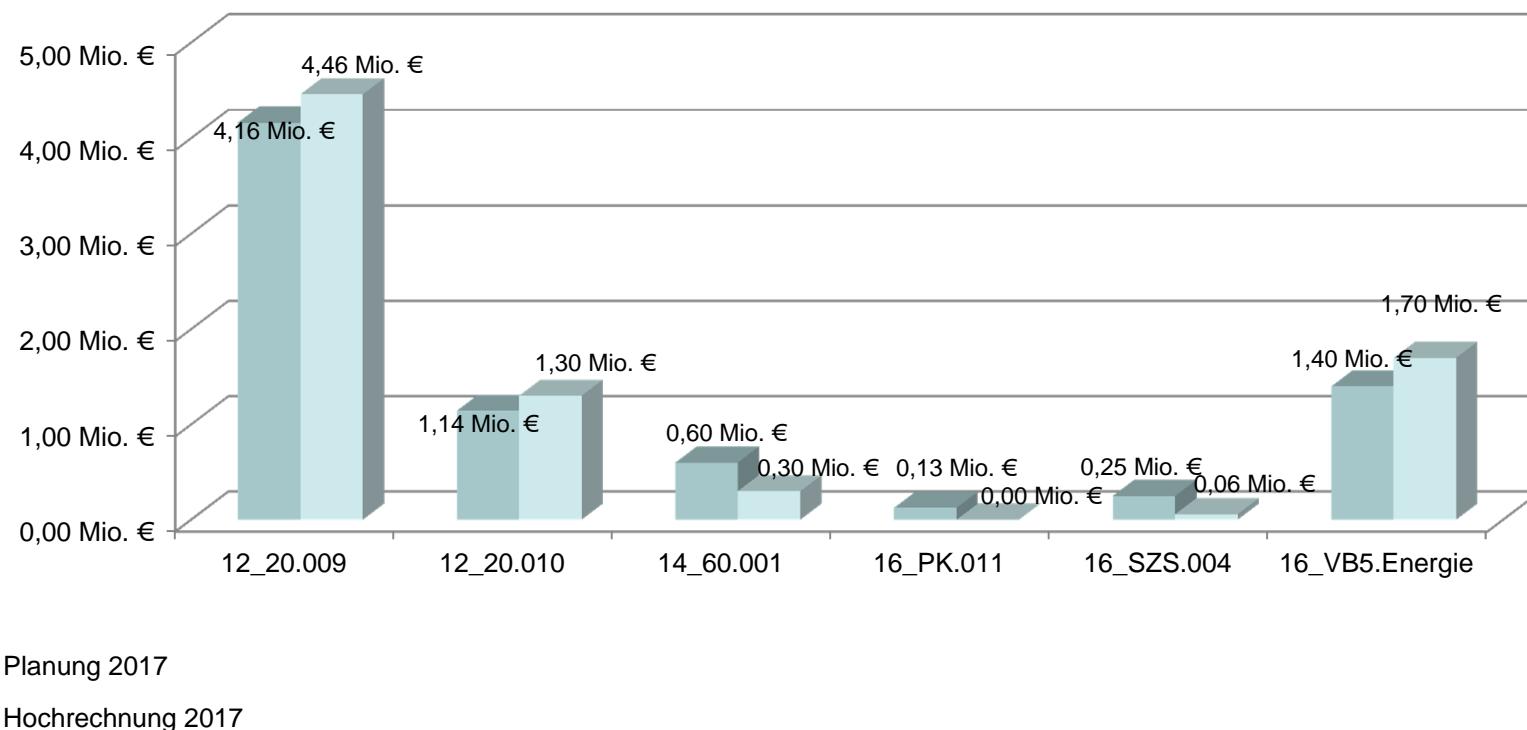


In Bezug auf das Jahr 2016 steigt das Konsolidierungsvolumen für das Jahr 2017 um 1,83 Mio. € auf 76,25 Mio. €. 62 Prozent des geplanten Konsolidierungsvolumens des Jahres 2017 werden durch zehn Konsolidierungsmaßnahmen abgedeckt. Die Prognose dieser zehn Konsolidierungsmaßnahmen bestätigt oder übersteigt den Planwert für das Jahr 2017.

Konsolidierungsmaßnahmen mit einer absoluten Abweichung von über 100 T. €

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2017		Differenz: HR 2017 - Plan 2017
		Hochrechnung 2017	2017	
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	4,16 Mio. €	4,46 Mio. €	0,30 Mio. €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1,14 Mio. €	1,30 Mio. €	0,16 Mio. €
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	0,60 Mio. €	0,30 Mio. €	-0,30 Mio. €
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	0,13 Mio. €	0,00 Mio. €	-0,13 Mio. €
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	0,25 Mio. €	0,06 Mio. €	-0,19 Mio. €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	1,40 Mio. €	1,70 Mio. €	0,30 Mio. €
Gesamtsumme		7,68 Mio. €	7,82 Mio. €	0,14 Mio. €

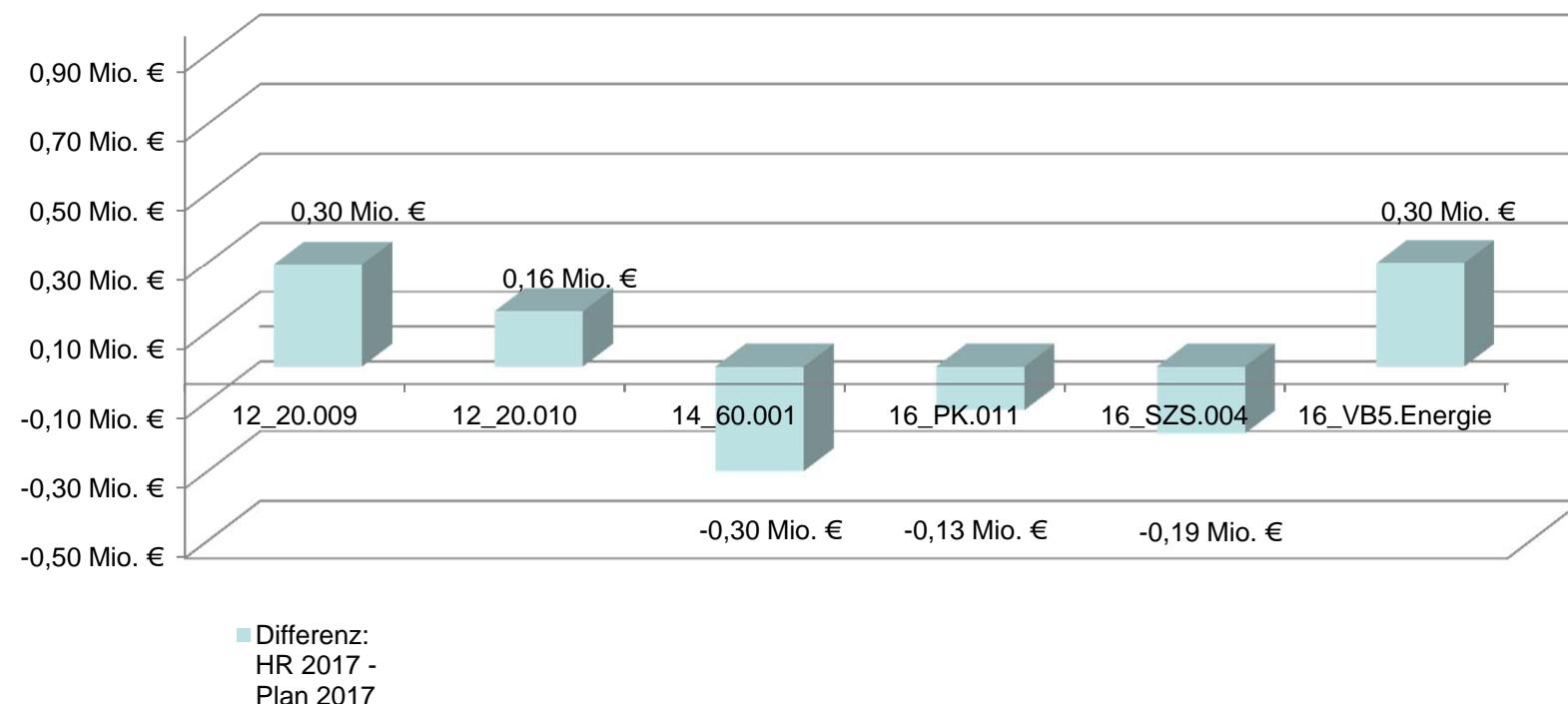
Konsolidierungsmaßnahme mit einer Differenz Plan Hochrechnung von über 100 T. €



■ Planung 2017

■ Hochrechnung 2017

Konsolidierungsmaßnahmen mit einer Abweichung von über 100 T. €



Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 nicht erreichen

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2017	Hochrechnung 2017	Differenz HR 2017 - Plan 2017
12_20.002	Vergnügungsteuer - Besteuerung für Wettbüros	130,0 T. €	122,6 T. €	-7,4 T. €
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	5,0 T. €	4,0 T. €	-1,0 T. €
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	600,0 T. €	300,0 T. €	-300,0 T. €
16_30.001	Reduzierung Schiedsamtsbezirke	2,5 T. €	1,0 T. €	-1,5 T. €
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	57,0 T. €	26,1 T. €	-30,9 T. €
16_PK.006	Aufstellen eines Personalausweis- & Passautomaten im Bürgeramt	10,0 T. €	0,0 T. €	-10,0 T. €
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigen Theater & Musikschule bei der Musikschule	15,0 T. €	9,3 T. €	-5,7 T. €
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	125,0 T. €	0,0 T. €	-125,0 T. €
16_PK.012	Verringerung Mehraufwand beim Personenstandswesen	95,0 T. €	0,0 T. €	-95,0 T. €
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	140,0 T. €	70,0 T. €	-70,0 T. €
16_SZS.002	Einführung Beteiligung der Schwimmvereine	40,0 T. €	20,0 T. €	-20,0 T. €
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	250,0 T. €	58,4 T. €	-191,6 T. €
Gesamtsumme		1.469,5 T. €	611,4 T. €	-858,1 T. €

Die Verwaltung geht davon aus, dass diese zwölf Maßnahmen nicht oder nicht vollständig umgesetzt werden können. Durch positive Änderungen anderer Maßnahmen ist ein Ausgleich des Gesamtkonsolidierungsbetrages 2017 derzeit möglich. Gegebenenfalls müssen Ersatzmaßnahmen zur Kompensation gebildet werden.

Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 übererfüllen

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2017	Hochrechnung 2017	Differenz HR 2017 - Plan 2017
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	20,0 T. €	24,5 T. €	4,5 T. €
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	4.164,1 T. €	4.459,8 T. €	295,7 T. €
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	1.143,0 T. €	1.302,0 T. €	159,0 T. €
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	26,3 T. €	27,0 T. €	0,7 T. €
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	5,0 T. €	20,0 T. €	15,0 T. €
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	5,0 T. €	7,3 T. €	2,3 T. €
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	91,0 T. €	145,5 T. €	54,5 T. €
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	0,0 T. €	100,4 T. €	100,4 T. €
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	1.400,0 T. €	1.700,0 T. €	300,0 T. €
Gesamtsumme		6.854,4 T. €	7.786,5 T. €	932,1 T. €

Fazit:

Unter-/Überschreitung	Planung 2017	Hochrechnung 2017	Differenz HR 2017 - Plan 2017
Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 nicht erreichen	1.469,5 T. €	611,4 T. €	-858,1 T. €
Ersatzmaßnahmen und Konsolidierungsmaßnahmen, die das Planziel 2017 übererfüllen	6.854,4 T. €	7.786,5 T. €	932,1 T. €
Differenz der Unter-/Überschreitung	8.323,9 T. €	8.397,9 T. €	74,0 T. €

Insgesamt wird das geplante Konsolidierungsziel um rund 74 T. € überschritten.

Maßnahmen, die die Verwaltung als kritisch einstuft

Maßnahme	Bezeichnung	Planung 2017	Hochrechnung 2017	Planung 2021	Prognose 2021	Stand
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	5,0 T. €	4,0 T. €	5,0 T. €	4,0 T. €	rot
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	600,0 T. €	300,0 T. €	600,0 T. €	300,0 T. €	rot
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	57,0 T. €	26,1 T. €	130,0 T. €	50,6 T. €	rot
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigtungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	15,0 T. €	9,3 T. €	15,0 T. €	11,4 T. €	rot
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	250,0 T. €	58,4 T. €	250,0 T. €	116,7 T. €	rot
Summe der Unterschreitung		927,0 T. €	397,8 T. €	1.000,0 T. €	482,8 T. €	

Die Stadt Hagen muss als pflichtig teilnehmende Gemeinde des Stärkungspaktes im Jahr 2017 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Gelingt ihr das nicht, wird nach § 8 (Folgen von Pflichtverstößen) des Stärkungspaktgesetzes eine Frist zur Nachbesserung gesetzt. Greifen die Maßnahmen innerhalb der gesetzten Frist nicht, wird das zuständige Ministerium einen Beauftragten gemäß § 124 der GO NRW bestellen. Daher ist es besonders wichtig, frühzeitig Gefahren zu erkennen und Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

II. Teil

- Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen

Mehrerträge und Einsparungen der einzelnen Haushaltspositionen

Ertrags- und Aufwandsarten	Plan 2017	Hochrechnung 2017	Differenz HR - Plan 2017	Prozentuale Abweichung
1 Steuern und ähnliche Abgaben	21.229.074	21.726.135	497.061	2,34%
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.847.663	1.847.663	0	0,00%
3 Sonstige Transfererträge	187.617	187.617	0	0,00%
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.133.797	1.856.497	-277.300	-13,00%
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	267.800	567.800	300.000	112,02%
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	488.752	398.752	-90.000	-18,41%
7 Sonstige ordentliche Erträge	6.390.734	6.408.078	17.344	0,27%
8 Aktivierte Eigenleistung	0	0	0	
9 Bestandsveränderungen	0	0	0	
10 Ordentliche Erträge	32.545.437	32.992.542	447.105	1,37%
11 Personalaufwendungen	11.996.045	11.814.066	-181.979	-1,52%
12 Versorgungsaufwendungen	41.920	41.920	0	0,00%
13 Aufwendungen für Sach- Dienstleistungen	17.038.531	16.837.604	-200.927	-1,18%
14 Bilanzielle Abschreibungen	431	431	0	0,00%
15 Transferaufwendungen	2.813.321	2.768.078	-45.243	-1,61%
16 Sonstige Ordentliche Aufwendungen	2.822.058	2.776.771	-45.287	-1,60%
17 Ordentliche Aufwendungen	34.712.306	34.238.870	473.436	-1,36%
18 Summe Zeile 10 + 17	67.257.743	67.231.412	-26.331	-0,04%
19 Finanzerträge	8.500.000	2.600.450	-5.899.550	-69,41%
20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	494.200	6.494.200	6.000.000	1214,08%
21 Finanzergebnis	8.994.200	9.094.650	100.450	1,12%
22 Gesamtbetrag (Zeile 18 + 21)	76.251.943	76.326.062	74.119	0,10%

III. Teil

- Übersicht der aktuellen Einzelmaßnahmen

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_11.002	TP1114 pauschale Sachkosteneinsparung	1114	Ift. 2011	145.090	145.090	145.090	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierung ist bereits in 2014 realisiert worden und wird auch in den Folgejahren komplett erreicht.
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit	6130	2015	904.000	904.000	904.000	0	100%	100%	grün	In den bisherigen Stellungnahmen wurden die erzielten Konsolidierungspotentiale detailliert dargestellt und erläutert, insofern wird an dieser Stelle auf die erneute Darstellung verzichtet. Es handelt sich bei der interkommunalen Zusammenarbeit um einen dauernden Prozess, der aufgrund der Haushaltssituation weiterhin die Überprüfung kommunaler Aufgabenfelder auf Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit erfordert. Dieser Prozess wird in Hagen kontinuierlich weitergeführt. Hinsichtlich einer möglichen interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Ennepetal konnten noch keine realisierbaren Bereiche ermittelt werden.
11_20.001	Neuausrichtung des Forderungsmanagements	1121	2013	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde bereits in voller Höhe in 2012 realisiert.
11_20.006	Optimierungen bei der Straßenreinigung	5450	2014	552.000	510.000	510.000	0	100%	100%	grün	Mit der Fortschreibung HSP 2017 wird diese Maßnahme mit 12_20.003 zusammengelegt. Insgesamt ist mit einem planmäßigen Verlauf zu rechnen.
11_20.007	Sachkostenreduzierung im TP 1120	1120	Ift. 2011	52.000	52.000	52.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme konnte bereits in 2012 in voller Höhe realisiert werden.
11_20.008	Sachkostenreduzierung im TP 1121	1121	2013	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde im Jahr 2013 realisiert.
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	6110	2014	228.000	228.000	228.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist durch die Einstellung des Betriebsprüfers umgesetzt und verläuft planmäßig.
11_20.014	Anhebung der Hundesteuer	6110	2012	520.000	520.000	520.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt.
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	1222	2012	700.000	700.000	700.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird voraussichtlich in 2017 gehalten werden können.
11_40.014	Einstellung Edmond-Lizenzen	2143	2014	5.000	5.000	5.000	0	100%	100%	grün	Die Stadtbildstelle wurde 2014 geschlossen. Das Konsolidierungsziel für die Haushaltsjahre 2014 - 2021 in Höhe von 5.000 Euro wird erreicht.
11_43.007	Sachkosteneinsparung TP 2571	2571	Ift. 2011	26.086	26.086	26.086	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag kann voraussichtlich erzielt werden.
11_43.009	Entgelte für Sonderleistungen	2571	2012	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wird in voller Höhe realisiert.
11_44.006	Veränderung der Angebotsstruktur	2563	Ift. 2011	50.600	50.600	50.600	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig. Der Konsolidierungsbetrag wird voraussichtlich erreicht.
11_46.016	Zuschussreduzierung Theater	2561	Ift. 2011	339.334	339.334	339.334	0	100%	100%	grün	Die Einzelmaßnahmen, die diese Maßnahme bilden, wurden umgesetzt und das komplette Konsolidierungsziel wurde erreicht.
11_55.114b	Eingliederungshilfe / Ersatzmaßnahme für 55.114	3135	2012	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Nach derzeitigem Stand kann der Konsolidierungsbetrag realisiert werden. Die Umsetzung erfolgt im Bereich der Frühförderung.
11_55.161	Hilfen zur Erziehung (nur Tagesgruppen)	3630	Ift. 2011	150.000	150.000	150.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt.
11_55.167b	Leistungsgewährung Asylbewerber / Ersatzmaßnahme für 55.167	3115	2012	165.000	165.000	165.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird gehalten.
11_69.001S	Streichung Verbraucherberatungszuschuss	1223	Ift. 2010	45.000	45.000	45.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird wie geplant umgesetzt.
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	AÖR	2012	5.464.842	5.464.842	5.464.842	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierungsvorgabe konnte durch sukzessive Reduzierung des Budgets WBH erreicht werden.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
11_FBOB.001	Optimierung der Beteiligungsstruktur	5731	2014	1.600.000	420.000	420.000	0	100%	100%	grün	Die Zeit- und Effektplanung ist für den Zeitraum 2017 bis 2019 angepasst worden, da sich insbesondere die Einzelmaßnahme Verschmelzung GIV/HUI auf die HVG verzögert. Somit kann der Steuervorteil aber auch die damit zusammenhängenden Synergieeffekte erst zeitversetzt gehoben werden. Ab dem Jahr 2020 wird der volle Konsolidierungseffekt in Höhe von 1,6 Mio. € realisiert.
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	HABIT	Ift. 2011	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_HABIT.777P	Personaleinsparung im Wirtschaftsplan HABIT	HABIT	Ift. 2011	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OB.005S1	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Stadtwerbung, Hagen-Touristik, Stadtmarketingverein	5731	Ift. 2011	547.314	547.314	547.314	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OB.005S2	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Wifo, OB/SZW, Europe Direct Büro u. Wirtschaft u. Marketing	5731	Ift. 2011	-95.122	-95.122	-95.122	0	100%		grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OBA.005	Internetwerbung	1111	Ift. 2011	12.000	12.000	12.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
11_OBBC.005S	Zuschussminim. Stadthalle, Alt-Maßnahme	5731	Ift. 2011	80.000	80.000	80.000	0	100%	100%	grün	Die Auftragslage ist zufriedenstellend, so dass zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden kann, dass die Maßnahmenplanung eingehalten wird.
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5731	Ift. 2011	5.050.500	5.050.500	5.050.500	0	100%	100%	grün	Die Gewinnausschüttungen der Sparkasse lagen in den letzten Jahren stabil bei rd. 5 Mio. € netto. Bindende Absichtserklärungen bezüglich zukünftiger Ausschüttungen können jedoch nicht abgegeben werden. Gem § 20 (6) SparkG hat der Vorstand dem Verwaltungsrat vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres ein Budget vorzulegen und den Verwaltungsrat zumindest in den ordentlichen Sitzungen über die Einhaltung des Budgets zu unterrichten (Soll-Ist-Vergleich). Weitergehende verbindliche Zusagen können nicht getroffen werden. Die Maßnahmenplanung ändert sich nicht. Die Stadt Hagen erwartet auch für 2017 eine Nettoausschüttung in Höhe von rd. 5 Mio. €.
12_14.001	Reduzierung Beratungsleistung durch Wirtschaftsprüfer bei Prüfung des Gesamtabschlusses	1113	2013	36.060	36.060	36.060	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird in 2017 gehalten werden.
12_20.001	Einsparung Gewässerunterhaltung	5520	2014	200.000	200.000	200.000	0	100%	100%	grün	Es sind zahlreiche erforderliche Gewässerunterhaltungsmaßnahmen für 2017 durch den Wirtschaftsbetrieb Hagen geplant. Bisher wird aber davon ausgegangen, dass das Konsolidierungsziel erreicht wird.
12_20.002	Vergnügungsteuer - Besteuerung für Wettbüros	6110	2014	130.000	130.000	122.600	-7.400	94%	100%	gelb	Die Satzung wurde zum 01.08.2014 in Kraft gesetzt. Das Konsolidierungsziel wurde ab 2016 strukturell um 10.000 € angehoben, das Konsolidierungsziel bei Maßnahme 12_20.005 entsprechend gesenkt. Aufgrund des derzeitigen Anordnungssolls ist mit einem leicht unterplanmäßigen Wettbürosteuereitertrag von 122.600 € zu rechnen.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	Aktueller Stand	Stellungnahme
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	6110	2015	20.000	20.000	24.500	4.500	123%	100%	grün	Nach dem Wegfall größerer Steuerzahler liegt das jährliche Potential bei 20.000 €. Das Konsolidierungsziel wurde ab 2016 um 10.000 € gesenkt und im Gegenzug bei Maßnahme 12_20.002 um den gleichen Betrag erhöht. Der Steuerertrag in 2017 liegt nach dem derzeitigen Anordnungssoll voraussichtlich leicht über den Erwartungen.
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	6110	2013	13.713.128	13.713.128	13.713.128	0	100%	100%	grün	Aufgrund der Erschließung neuer Baugebiete erhöhen sich die Erträge aus Grundsteuer B im Haushalt ab dem Jahr 2016 strukturell um rund 500.000 €. Die eingeplanten Mehrerträge erhöhen die Maßnahme anteilig.
12_20.007	Beratungsleistung- und Gutachterkosten (Verteilung 2013 10.000 € TP 1120)	1120	2013	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen
12_20.008	Portoersatz Vollsteckungsvorankündigung	1121	2013	16.000	16.000	16.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde zum 1.1.2013 umgesetzt. Die ab 2016 geltenden Portogebühren i.H.v. 70 Cent wurden berücksichtigt, führen jedoch zu keinem weiteren Konsolidierungserfolg, da in gleicher Höhe ein Aufwand gegenübersteht.
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	6110	2013	3.787.763	4.164.078	4.459.796	295.718	107%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt. Die Verwaltung geht für 2017 von einer gleich guten Konjunktur wie 2016 aus, so dass das Steueraufkommen der Maßnahme auf knapp 83,5 Mio. € angehoben wurde. □ In 2017 verläuft die Maßnahme voraussichtlich überplanmäßig, da die Gewerbesteuer gesamt auf etwa 89,4 Mio. prognostiziert wird.
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	6110	2013	1.143.000	1.143.000	1.302.000	159.000	114%	100%	grün	Der zweite Schritt der Steuererhöhung wurde mit Satzungsbeschluss vom 11.12.2014 vollständig umgesetzt. Die zusätzliche Steuersatzerhöhung um 1 % dient der Teilkompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene" (14_SZS.001) und "Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002). In 2017 wird trotz der neuen Rechtslage noch ein Vergnügungssteuerertrag von 4,9 Mio. erwartet. Dies führt bei dieser Maßnahme zu einem Mehrerfolg von 159.000 €.
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	1116	2016	137.900	137.900	137.900	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_25.002	Papierloser Sitzungsdienst	1125	2016	30.000	30.000	30.000	0	100%	100%	grün	Durch die Änderung der Hauptsatzung konnte die beschlossene Erhöhung 20.000 € (Ratsbeschluss 17.03.2016) auf ein gesamtes Konsolidierungspotential in Höhe von 30.000 € umgesetzt werden.
12_30.001	Rabatte Versicherungsprämien	1123	2013	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wurde bereits eingehalten. Die Konsolidierungsmaßnahme kann in 2017 gehalten werden.
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewerberegister	1220	2013	1.700	1.700	1.700	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme läuft planmäßig.
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	1222	2013	26.000	26.300	27.000	700	103%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft positiver als geplant und kann in 2017 vermutlich gehalten werden.
12_37.001	Kostendeckende Kalkulation der Rettungsdienstgebühren	1270	2014	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	Aktueller Stand	Stellungnahme
12_46.001	Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung Theater	2561	2014	850.000	850.000	850.000	0	100%	100%	grün	Das Einsparvolumen dieser Maßnahme beträgt insgesamt 850 T€. Diese Summe setzt sich zusammen aus einem Konsolidierungsbetrag i.H.v. 350 T€ im Bereich der Personalaufwendungen und einen weiteren Betrag i.H.v. 500 T€ für Sachaufwendungen. Die Konsolidierungssumme ist für das Jahr 2016 veranschlagt. Die Konsolidierungsbeträge sind in den Wirtschaftsplänen ab 2015 eingeplant. Das Konsolidierungspotential wurde 2016 gehoben. Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_47.001	Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen	2521	2012	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt.
12_48.002	Altnmaßnahme: Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	1116	2014	80.000	39.600	39.600	0	100%	100%	gelb	Das Konzept der Vermietung der Lehrerparkplätze beinhaltet eine Ausdehnung der bereits praktizierten Bewirtschaftung der Schulparkplätze im Innenstadtbereich auf alle weiteren Schulen im Stadtgebiet. Im Ratsbeschluss vom 25.05.2005 wurde festgelegt, dass das Anwohnerparkraumkonzept nicht über den Innenstadtbereich hinaus ausgedehnt wird. Dieser Beschluss hat weiterhin Bestand. Der Beschluss zur Erhöhung der Maßnahme wurde im Mai 2016 getroffen. 16 Schulen verfügen über keine Parkplätze, wodurch die Generierung von Einnahmen entfällt. Aufgrund bestehender Parkalternativen wird zudem das Angebot der Anmietung nicht umfassend angenommen. Da es zudem in weiten Teilen der Schulleitung noch an einer Akzeptanz bezogen auf eine Vermietung der Lehrerparkplätze fehlt, kommt es auch in zeitlicher Hinsicht zu einigen Verzögerungen. Die für 2017 prognostizierten 39.600 ,-- Euro stellen das zum jetzigen Sachstand gesicherte Mindesteinnahmenvolumen dar. Durch schrittweise Hinzunahme weiterer Standorte geht die Verwaltung davon aus, dass ab dem Jahr 2018 der Planwert von 80.000 € erreicht wird.
12_53.001	Gebührenerhöhung Medizinalaufsicht, amtsärztliche Gutachten und Infektionsschutz	4140	2013	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_55.001	Mehrernnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	3141	2017	100.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Es sind organisatorische Maßnahmen bereits eingeleitet worden, die einen besonderen Schwerpunkt auf die Heranziehung legen, so dass davon ausgegangen wird, dass das Konsolidierungsziel erreicht wird.
12_55.006	Umsetzung des Urteils des VerfGH zu den finanziellen Folgen der Umsetzung des KiföG ; Belastungsausgleich U3	3650	2012	900.000	900.000	900.000	0	100%	100%	grün	Aufgrund der aktuell bestehenden Regelung sind die Erträge bis zum Kindergartenjahr 2018-2019 sichergestellt. Die Maßnahme verläuft planmäßig.
12_FBOB.002	Reduzierung der Aufwendungen für politische Gremien	1110	2014	12.500	12.500	12.500	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist umgesetzt. Das Konsolidierungspotential wurde bereits in 2014 gehoben.
12_FBOB.003	Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen	1111	2013	10.372	10.372	10.372	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde bereits in 2013 abgeschlossen.
12_FBOB.004	Optimierung bei den Freibädern, Schlechtwetterkonzept; Synergien HVG	5731	2012	600.000	600.000	600.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
12_FBOB.006	Einsparungen durch Amtsblatt, Punkt 7	1111	2013	32.000	32.000	32.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde bereits in 2013 in voller Höhe realisiert. Die Maßnahme ist damit abgeschlossen.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
12_GWH.005	(alt: 11_20.010) Sachkostenreduzierung im TP 5450 (fiskalische Flächen)	5450	2014	29.880	29.880	29.880	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbetrag wurde bereits bei der Haushaltplanung 2016/2017 berücksichtigt und der Ansatz entsprechend für 2017 reduziert. Es wird daher davon ausgegangen, dass die Konsolidierungsvorgabe realisiert werden kann.	
12_HABIT.001	Vorschlag GPA: HABIT	HABIT	2015	100.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
12_WBH.001	Budgetvorgabe WBH (insgesamt 300.000 €, u.a. TP 5410, 5430, 5440)	AÖR	2015	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsmaßnahme wurde bereits bei der Haushaltplanung 2014/2015 berücksichtigt und das Budget WBH entsprechend reduziert. Es wird davon ausgegangen, dass die Konsolidierungsvorgabe realisiert werden kann.	
13_11.001	Abbau von Rückstellungen durch Betriebsurlaub zum Jahreswechsel	1114	2014	0	600.000	600.000	0	100%		grün	Im Frühjahr 2015 wurde gemeinsam mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung zur Schließung der Verwaltung sowohl zum Jahresende, als auch zu verschiedenen Brückentagen entwickelt. Diese wurde am 10.03.2015 unterzeichnet, um bereits in 2015 Anwendung zu finden und zu einem signifikanten Abbau der Rückstellung führen zu können. Es ist geregelt, dass die Verwaltung an bis zu 6 Werktagen im Jahr geschlossen werden kann. In der Regel kommen hierfür Christi Himmelfahrt, Fronleichnam, Tag der Deutschen Einheit, Allerheiligen und der Zeitraum zwischen Weihnachten und dem Jahreswechsel in Betracht. Für das Jahr 2017 wurden 6 Tage (26.05., 16.06., 02.10. und 27.-29.12.) für eine verwaltungsweite Schließung bestimmt. Um erfolgreich gegenzusteuern ist vom FB 11 ein Berichtswesen zur Information des Verwaltungsvorstandes aufgelegt worden, durch das künftig vorhandene Zeitguthaben und Urlaubstage regelmäßig unterjährig gemeldet werden, um den Führungskräften die Möglichkeit geben zu können rechtzeitig gegenzusteuern. Darüber hinaus sind die Führungskräfte aufgefordert, mit den betroffenen Mitarbeitern schriftlich verbindliche Abbaupläne zu vereinbaren. Diese Vorgehensweise ist nochmals im Verwaltungsvorstand bekräftigt worden. Trotz der noch zum dritten Quartal 2016 erstellten negativen Prognose konnte zum Bilanzstichtag 31.12.2016 eine Rückstellungsauflösung von 86.786 € erreicht werden. Dies kann als Schritt in die richtige Richtung gewertet werden. Insofern wird für 2017 von einem planmäßigen Konsolidierungsbeitrag ausgegangen.	
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	1260	2014	5.000	5.000	20.000	15.000	400%	100%	grün	Die Maßnahme wird übererfüllt: Aktuell stehen sechs Feuerwehrfahrzeuge zum Verkauf an bzw. sind schon von einem Bieter ersteigert worden. Insgesamt ergibt sich ein Verkaufserlös von ca. 20.000 €.	
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	1270	2014	5.000	5.000	7.344	2.344	147%	100%	grün	Die Maßnahme wird übererfüllt: Zwei Rettungsdienstfahrzeuge (1 ehemaliges NEF = 2.850 € und 1 KTW = 4.494 €) konnten im Jahr 2017 bereits versteigert werden.	
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	1123	2014	0	250.000	250.000	0	100%		grün	Bereits in 2014 wurde ein Betrag von 760.245 € (ursprünglicher Konsolidierungsansatz 500.000 € für 2014 und 2015) erfolgreich realisiert. In 2016 sind Erlöse über Bilanzwert in Höhe von insgesamt ca. 792.000 € erzielt worden. Für 2017 wird weiterhin mit einem zusätzlichen Ertrag in Höhe von von 250.000 € gerechnet.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	6130	2016	5.000	5.000	4.000	-1.000	80%	80%	rot	Im Jahr 2015 konnte durch die unterjährige Kündigung der Regelung über die Erstattung dienstlich genutzter Privathandys eine Konsolidierungssumme in Höhe von 3.000 € generiert werden. Für das komplette Jahr 2017 wird hierfür eine Konsolidierung von 4.000 € prognostiziert. Weitere Einsparpotentiale sind nicht zu erwarten.	
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	6110	2016	144.000	144.000	144.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist bereits 2015 angelaufen. Sie wurde am 30.6.2016 beendet, weil kein Zuwachs an Hunden mehr zu verzeichnen war. Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
14_20.002	Aktives Schuldenmanagement	6120	2015	378.600	494.200	494.200	0	100%	100%	grün	Durch aktives Schuldenmanagement im Rahmen der Emission von Schuldcheindarlehen kann der Zinsaufwand für 2014 und 10 Folgejahre reduziert werden. Das Konsolidierungsziel wurde auf Grund weiterer Schuldcheinemissionen angepasst. Die Maßnahme ist realisiert.	
14_20.003	Änderung der Mahnsystematik im Bereich der Grundbesitzabgaben	1121	2015	15.000	15.000	15.000	0	100%	100%	grün	Die Umsetzung der Maßnahme ist im Laufe des Jahres 2014 erfolgt und entwickelt sich planmäßig.	
14_25.001	Schließung der Kantine/Cafeteria zum 10.08.2015	1126	2014	120.000	120.000	120.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	1222	2014	700.000	3.900.000	3.900.000	0	100%	100%	grün	Die zweite mobile Geschwindigkeitsmessanlage wurde Anfang 2014 in Betrieb genommen. Die stationäre Überwachungsanlage auf der BAB A45/Baustelle Lennetalbrücke wurde im Juli 2015 in Betrieb genommen. Die bisher durch die Polizei in diesem Bereich vorgenommenen Geschwindigkeitsmessungen wurden dieser Maßnahme bereits zugeordnet. Nach Abschluss der Baumaßnahme an der Lennetalbrücke (voraussichtl. 3. Quartal 2019) wird die Geschwindigkeitsmessanlage wieder außer Betrieb gesetzt. Die Überwachungsanlagen Eckeseyer Str. und Boeler Ring sind seit 23.03.2016 in Betrieb, die Anlagen liefern bisher die erwarteten Fallzahlen.	
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	div. 48	2014	373.000	373.000	373.000	0	100%	100%	grün	Der geplante Konsolidierungsbetrag wird voraussichtlich erreicht.	
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	2572	2014	9.000	9.000	9.000	0	100%	100%	grün	Der Konsolidierungsbeitrag wird voraussichtlich erreicht.	
14_48.004	Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen	2571	2014	38.400	38.400	38.400	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde ab Sommer 2015 umgesetzt. Der Konsolidierungsbeitrag wird voraussichtlich erreicht.	
14_55.157	Verträge mit fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden, hier Wegfall der Pauschalzuweisung	3131	2016	75.000	75.000	75.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wird wie geplant umgesetzt.	
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	5460	2014	600.000	600.000	300.000	-300.000	50%	50%	rot	Die Annahme, dass die Erhöhung des Gebührentarifs von 1,00 EUR auf 1,50 EUR pro Stunde dazu führt, dass auch die Gesamteinnahmen um 50% steigen, wird sich nicht mehr bestätigen. Auch nach der Beendigung der Ummauphase wurden bisher keine weiteren Mehreinnahmen erzielt. Die Verwaltung geht deshalb davon aus, dass strukturell nur 300.000 € erzielt werden.	
14_69.004	Kürzung Sachmittel Umweltamt	5540	2015	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Einsparung wird wie geplant erfolgen.	
14_FBOB.001	Reduzierung stellvertretende Bezirksvorsteher	1110	2014	11.000	11.000	11.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
14_FBOB.004	Erhöhung Ausschüttung HEB	5731	2014	100.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	5380	2014	2.000.000	2.000.000	2.000.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
14_GWH.002	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	5510	2014	10.377	10.377	10.377	0	100%	100%	grün	Das Konsolidierungsziel wird erbracht.	
14_HABIT.001	Stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT	1115	2020	800.000	0		NB	100%	grün	Siehe Anlage 1		
14_VB4.001	Kürzung Kulturbudget 10%	2561	2018	2.250.000					100%	grün	Im HFA am 16.06.2016 und im Rat am 30.06.2016 wurde der Beschluss, dass die Theater Hagen gGmbH 1,5 Mio. € weiteres Konsolidierungsvolumen erbringen muss, nochmals bestärkt. Die Vorlage sowie die Konzepte für VHS, Stadtbücherei, Musikschule und Fachbereich Kultur wurden mit Schreiben vom 16.06.2016 übersandt. Das Konsolidierungsvolumen i.H.v. 1,5 Mio. € für das Theater ist ab 2018 vom Zuschuss abgezogen und somit in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. Die Verwaltung geht davon aus, dass der Konsolidierungsbeitrag dieser Maßnahme voll umgesetzt wird.	
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	1114	2016	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	Die Planung wurde ab 2017 auf 20.000,- € herabgesetzt. Es ist davon auszugehen, dass dieser Betrag erreicht wird.	
15_20.001	Finanzierung GVG aus der allgemeinen Investitionspauschale	1120	2016	800.000	800.000	800.000	0	100%	100%	grün	Die Erträge aus der Auflösung Sonderposten wurden bei der Haushaltsplanung 2016/2017 berücksichtigt. Der Konsolidierungsbetrag wird voraussichtlich erreicht.	
15_48.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Offene Ganztagschulen (OGS) im Primarbereich	2111	2016	11.460	11.460	11.460	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde bei der Haushaltsplanung 2016/2017 berücksichtigt. Die Konsolidierung wird voraussichtlich erbracht.	
15_55.001	Vermeidung von Mehrbelastungen durch den Betrieb von Kitas in freier Trägerschaft	3650	2016	825.122	721.520	721.520	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
15_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertagespflege	3610	2016	20.717	20.717	20.717	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
15_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Tageseinrichtungen für Kinder	3650	2016	393.631	393.631	393.631	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	1123	2016	0	91.000	145.500	54.500	160%		grün	Die Aufgabe von Schulen, Sport- oder Spielplätzen und anderen Gebäuden zieht die Umplanung der in den Bebauungsplänen als öffentliche Fläche festgesetzten Grundstücke mit der Durchführung von entsprechenden Planverfahren nach sich. Der VV hat in seiner Sitzung am 25.08.2015 entschieden, den Personalbestand um 2 zusätzliche Bauleitplaner zu erweitern. Ziel soll es sein, mit diesen Bauleitplanern Bebauungspläne für Grundstücke zu erstellen, um diese überhaupt oder besser vermarkten zu können, so dass zusätzliche Erträge generiert werden können. Nach Recherchen von 61 können so ca 80 - 100 neue Baugrundstücke veräußert werden. Die Kosten für die 2 Bauleitplaner werden mit jährlich 109.000 Euro beziffert. Nach einer exemplarischen Übersicht von Flächen können in den Jahren 2016 - 2020 durchschnittlich vor Abzug der Personalkosten Erträge in Höhe von jährlich 200.000 Euro erzielt werden. Die Offenlage der ersten 2 Bebauungsplanverfahren ist in der Ratssitzung am 15.12.2016 beschlossen worden, so dass Erlöse in 2017 zu erwarten sind. Der geplante Konsolidierungsbetrag wird daher vorraussichtlich erreicht. Zum 01.01.2017 ist eine Stelle unbesetzt. Personalkosten fallen daher nur halbtig an. Eine Neubesetzung ist nicht geplant.
15_FBOB.001	Zuschusskürzung agentur mark GmbH	5731	2015	18.000	18.000	18.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme ist abgeschlossen.
15_SZS.003	Aufgabe der Turnhalle ATS Hohenlimburg - Nahmer	4210	2015	9.200	9.200	9.200	0	100%	100%	grün	Der Nutzungsvertrag mit dem Verein ATS Hohenlimburg - Nahmer über die Anmietung der vereinseigenen Turnhalle für den Schulsport wurde zum 31.03.2014 gekündigt. Die Maßnahme ist realisiert.
15_SZS.004	Refinanzierung Mietkosten für Sportstätten aus der Sportpauschale	6110	2015	19.000	19.000	19.000	0	100%	100%	grün	Die ertragswirksame Auflösung der Sportpauschale dient der teilweisen Kompensation der Maßnahmen "Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen / Erwachsene" (14_SZS.001) und "Einführung Beteiligung der Schwimmvereine" (14_SZS.002), die nicht durch den Rat beschlossen wurden. Siehe auch Maßnahmen 12_20.010 "Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten" und 15_FBOB.001 "Zuschusskürzung agentur mark GmbH". Die Maßnahme wurde mit Ratsbeschluss vom 11.12.2014 umgesetzt.
16_11.001	Kürzungen im Bereich Repräsentationen innere Verwaltung	1114	2016	7.250	7.250	7.250	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Ansatzreduzierung ist bereits bei der Haushaltsplanung berücksichtigt worden. Die Maßnahme ist umgesetzt.
16_11.004	Verwaltungsweite Durchsetzung von Desksharing & Home Office (Einsparung von Räumen)	1114		0	0	0	0	NB		grün	Ein Konzept zum Thema "Non-territoriale Arbeitsplätze" ist derzeit noch nicht umsetzbar ohne die Einführung des Dokumentenmanagement Systems (DMS). Die Einführung von DMS wird vor einer verwaltungsweiten Umsetzung aktuell zunächst in einzelnen Bereichen vorgenommen, um Erkenntnisse für eine verwaltungsweite Umsetzung zu sammeln. Im Anschluss kann auch mit einer Planung zur verwaltungsweiten Umsetzung begonnen werden. Mit Ergebnissen zum Thema ist daher nicht vor Ende 2018 zu rechnen.
16_20.001	Energie-Darlehen - hier: Bürgschaftsprovisionen	1150	2016	0	351.900	351.900	0	100%		grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme		
											NB		
16_25.002	„Auslaufen Farbdrucker / Reduzierung SW-Drucker“	1116	2018	15.000	0	0	0 NB	100%	gelb	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Realisierung der Maßnahme wird kritisch gesehen. Es ist daher im weiteren Verlauf über eine Ersatzmaßnahme nachzudenken.			
16_30.001	Reduzierung Schiedsamsbezirke	1220	2017	2.500	2.500	1.040	-1.460	42%	100%	gelb	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 30.06.2016 beschlossen. Die Zusammenlegung der Schiedsamsbezirke ist teilweise erfolgt und wird in 2017 planmäßig abgeschlossen. Der vollständige Konsolidierungseffekt wird ab 2018 erzielt.		
16_37.001	Abrechnung Brandsicherheitswachen ggü. Theater gGmbH (satzungsgem.)	1260	2016	100.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Maßnahme verläuft planmäßig.		
16_55.002	Änderung der Elternbeitragsatzung für die Tagespflege (2%-ige jährliche Anpassung)	3610	2016	26.550	6.679	6.679	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.		
16_55.003	Änderung der Elternbeitragsatzung für Tageseinrichtungen für Kinder (2%-ige jährliche Anpassung)	3650	2016	130.000	126.910	126.910	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig		
16_55.004	Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration	3112	2016	500.000	500.000	500.000	0	100%	100%	grün	Die Stadt Hagen gehört, wie die Städte Duisburg und Dortmund auch, zu den Städten, die in den letzten Jahren einen erhöhten Zuzug von EU-Binnenmigranten aus Rumänien und Bulgarien zu verzeichnen hatten. Diese Zuzüge geschehen nicht zufällig sondern sind organisiert. Es ist in vielen Fällen fraglich, ob die zugezogenen Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben oder ob Ihnen vorgespiegelt worden ist, in Deutschland eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Vielfach finden sich diese Menschen im Bezug von Sozialleistungen wieder. Aufgrund der positiven Entwicklung der durch das Jobcenter initiierten Maßnahmen 2016, erscheint der Gesamtbetrag der Konsolidierung für 2017 realistisch.		
16_55.005	KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter	3112	2016	260.000	260.000	260.000	0	100%	100%	grün	Durch eine in 2017 weiterhin durchgeföhrte intensive Ansprache der Leistungsbezieher in Bezug auf eine Überprüfung der Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen im Kontext des jeweiligen Mietverhältnisses beim Jobcenter geht das Jobcenter nach den bisherigen Ergebnissen von einer Zielerreichung in diesem Jahr aus.		
16_55.006	KdU-Ersparnis durch Wohngelderhöhung	3112	2016	300.000	300.000	300.000	0	100%	100%	grün	Aufgrund der weiteren Prüfung eines Wohngeldanspruches, ist die zu erreichende Ersparnis auch für 2017 realistisch.		
16_55.009	Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten	3630	2016	120.000	120.000	120.000	0	100%	100%	grün	Für 2017 ist damit zu rechnen, dass die Maßnahme umgesetzt werden kann.		
16_55.010	Ausweitung von Bedarfskontrollen SGB II / KdU	3112	2017	200.000	100.000	100.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.		
16_60.001	Einstellung Brunnenbetrieb/Sponsoring	5510	2016	10.000	10.000	10.000	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierungsmaßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen und bei der Haushaltplanung 2016/2017 bereits berücksichtigt. Das WBH-Budget wurde entsprechend reduziert. Die Einsparung kann daher strukturell erzielt werden.		

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme	
16_69.002	Erhöhung der Bußgelder im Umweltrecht, Erhöhung der Verwarngelder nach Gebietsordnung	5372	2016	20.000	20.000	20.000	0	100%	100%	grün	In der Fortschreibung 2017 wurde die Maßnahme von 45.000 € auf 20.000 € herabgesetzt.□	
												Es wird das Ergebnis i.H.v. 20.000 € aus 2016 erwartet.
16_FBOB.005	Kürzung pauschale Sachkostenzuweisung Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder um 10%	1110	2016	4.275	4.275	4.275	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
16_FBOB.007	Kürzungen im Bereich Repräsentationen unter Aussparung der Kürzung im Bereich Städtepartnerschaften	1111	2016	11.000	11.000	11.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
16_FBOB.009	Reduzierung Ratsmitglieder	1110	2020	36.409	0	0	0 NB	100%	grün	Die Verwaltung bereitet zurzeit einen Arbeits- und Zeitplan zur fristgerechten Umsetzung der Maßnahme vor.		
16_FBOB.011	Reduzierung BV-Mitglieder (gestaffeltes Konzept/ zwei BV-Mitglieder weniger als bisher)	1110	2020	25.319	0	0	0 NB	0%	grün	Die Verwaltung bereitet zurzeit einen Arbeits- und Zeitplan zur fristgerechten Umsetzung der Maßnahme vor.		
16_FBOB.012	Reduzierung Fraktions- und Gruppenkosten durch 52er Rat (Sekundärfolge Ratsverkleinerung)	1110	2020	231.700	0	0	0 NB	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.		
16_FBOB.013	Energie-Darlehen - hier: Abschöpfung Zinsvorteil	5731	2016	0	150.000	150.000	0	100%		grün	Das Konsolidierungsziel 2017 beträgt 150.000 € beträgt. Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
16_FBOB.015	Einsparung der Begleitung von Ratssitzungen durch Tontechniker	1130	2017	7.000	7.000	7.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig. Der Vertrag mit dem externen Dienstleister für die Tontechnik ist nicht mehr über das Jahr 2016 hinaus verlängert worden.	
16_FBOB.016	Zusätzliche Ausschüttung HEB aus Eigenkapital	5731	2020	0	0	0	0 NB			grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
16_FBOB.017	Erhöhung Ausschüttung WBH	5380	2017	500.000	500.000	500.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
16_FBOB.018	Reduzierung der BV-Mittel um 10%	1110	2016	15.000	15.000	15.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme verläuft planmäßig.	
16_GPR.001	Reduzierung Fortbildungskosten und Geschäftsaufwand	1117	2016	5.370	5.370	5.370	0	100%	100%	grün	Die Verwaltung geht davon aus, dass die Maßnahme weiterhin umgesetzt werden kann.	
16_GWH.004	Verschmelzungsgewinne	1120	2016	0	0	100.450	100.450	NB		grün	Aufgrund des sehr positiven Ergebnisses der Gewinn- und Verlustrechnung der GWH ergab sich in 2016 ein Verschmelzungsgewinn von 2,179 Mio. €, wovon in 2016 2,078 Mio. € und in 2017 rund 100.000 € ergebniswirksam werden.	
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	1130	2016	8.626.325	8.426.325	8.426.325	0	100%	100%	grün	Die Konsolidierung kann voraussichtlich erbracht werden.	
16_HABIT.001	Verfahrens- und Lizenzüberprüfung für jedes Amt	div. HA	2018	100.000	0	0	0 NB		100%	gelb	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Die Umsetzung der Maßnahme ist nach jetzigem Stand für 2020 angedacht.	

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	PK	2016	130.000	57.000	26.103	-30.897	46%	39%	rot	Die Maßnahme befindet sich in der Umsetzung. Die Schulen werden sukzessive an Caterer übergeben, hierdurch kommt es im FB 48 zu Sachkostenausweiterungen. Aktuell ist die Umsetzung an der Gesamtschule Eilpe zum Jahresbeginn 2017 vorgesehen, die Gesamtschule Haspe ist für den 01.08.2018 geplant. Mit der vollständigen Umsetzung des Konsolidierungsziels kann voraussichtlich Ende 2018 gerechnet werden. Dann können auch die vollständigen Kosten der Caterer genau beziffert werden. Bis dahin wird der Wert der aktuellen Verträge (2.140,11 € pro Monat) auch für die anderen Schulen prognostiziert.
16_PK.004	Zusammenlegung Info-Bereiche 32 und 25 im Rathaus I, Einsparung PK 2 Stellen	PK	2016	65.000	0	0	0	NB	100%	grün	65 hat in der letzten Arbeitskreissitzung (65, HABIT, 32, 25, VB4, VB2) am 18.02.2017 zwei Planungsvarianten vorgestellt. Allerdings liegen die Kosten dafür sehr hoch. Abschließende Gespräche müssen geführt werden.
16_PK.005	Einsparung Personal 25 2 Stellen PK, SK	PK	2016	90.400	90.400	90.400	0	100%	100%	grün	Die Stelle 30010599 ist zum 01.09.2016 frei geworden. Die Stelle 30011279 wird zum 01.01.2017 durch das Ausscheiden des Mitarbeiters in den Ruhestand frei. Die Maßnahmen werden inkl. Stellenfortfall zum nächsten Stellenplan wie beschlossen umgesetzt.
16_PK.006	Aufstellen eines Personalausweis- & Passautomaten im Bürgeramt	PK	2017	30.000	10.000	0	-10.000	0%	100%	grün	"Erste Sondierungstermine (HABIT, 11, 32) wurden geführt. Die Arbeitsergebnisse liegen noch nicht vor. Die Einführung ist auch abhängig von den Umbaumaßnahmen durch 65 für den Kassenautomaten und die Infotheke. Im Rahmen eines interkommunalen Austausches wurden bereits weitere Informationen zur Umsetzung der Maßnahme eingeholt. Der Umsetzungsstand ist in 2017 noch nicht absehbar."
16_PK.007	Reorganisation Bürgeramt in Front- & Backoffice	PK	2019	75.000	0	0	0	NB	100%	grün	Eine Abfrage innerhalb der Stadtverwaltung muss generiert werden und mit den einzelnen potenziellen Verwaltungseinheiten abgestimmt werden. Aufgrund von Unterbesetzung, Krankheitsausfällen, intensive Einarbeitung aufgrund hoher Fluktuation und weiteren Konsolidierungsbemühungen im Bürgeramt wurde das zunächst zurück gestellt.
16_PK.008	Stelleneinsparung Bürgeramt durch Aufstellen zweier Kundenterminals mit E-Bürgerdiensten	PK	2019	75.000	0	0	0	NB	100%	grün	Erste Sondierungstermine (HABIT, 11, 32) wurden geführt. Die Arbeitsergebnisse liegen noch nicht vor.
16_PK.009	Einsparung zweier Stellen durch die Einführung einer Betriebsführungssoftware	PK	2019	75.000	0	0	0	NB	100%	grün	Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. Ein Pflichtenheft wird erstellt. Es folgen weitere Abstimmungsgespräche. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Maßnahme umgesetzt werden kann.
16_PK.010	Abbau von fünf Mehrfachbeschäftigung Theater & Musikschule bei der Musikschule	PK	2017	15.000	15.000	9.300	-5.700	62%	76%	rot	Die Beendigung der Beschäftigungsverhältnisse konnte bislang nicht umgesetzt werden. Es finden weitere Gespräche seitens der Personalwirtschaft statt. Es ist aus organisatorischer Sicht zu prüfen, ob und ggf. welche Ersatzmaßnahmen von der Musikschule erbracht werden können.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produkgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_PK.011	Einsparungen durch Zusammenlegung von Führerschein- und Kfz-Stelle lt. GPA-Bericht	PK	2017	250.000	125.000	0	-125.000	0%	100%	gelb	Die notwendigen technischen Voraussetzungen sind mit dem HABIT erörtert und in Auftrag gegeben worden. Die Umzugsplanung steht. Der Wartebereich schafft ein Problem, da ein Wartebereich im Flur besondere brandschutzpflichtige Maßnahmen erfordert. Hier wird nach einer Alternative gesucht. Die Barrierefreiheit wird voraussichtlich erst Mitte 2017 ermöglicht. Ein Plan zur Realisierung der Einsparung ist durch 32 noch zu fertigen.
16_PK.012	Verringerung Mehraufwand beim Personenstandswesen	PK	2017	95.000	95.000	0	-95.000	0%	100%	gelb	Die Fallzahlermittlung durch 32 ist erfolgt. Eine Prüfung durch 11 ist in Bearbeitung. Nach dem aktuellen Stand wird eine Realisierung durch die Zusatzbelastung durch Menschen mit Migrationshintergrund bzw. bei ausländischen Papieren zu einer verringerten Konsolidierung bzw. zu einer Nichtrealisierbarkeit führen.
16_PK.013	Reduzierung Pfortenpersonal Technisches Rathaus um eine Stelle	PK	2017	39.000	39.000	39.000	0	100%	100%	grün	Die Maßnahme wurde umgesetzt. Eine Nachbesetzung ist nicht erfolgt / geplant.
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	4240	2017	140.000	140.000	70.000	-70.000	50%	100%	gelb	Die Einführung der Umlage ist Voraussetzung für die Umsetzung des Maßnahmenvorschlags 16_SZS.004. Die Maßnahme wurde vom Rat am 17.03.2016 beschlossen. Die ersten Vorbereitungen für die Umsetzung wurden bereits eingeleitet. Aufgrund der z. Zt. anstehenden Prüfung zur Einrichtung eines BgA Sportstätten wurde beschlossen, die Erhebung der Energie- und Bewirtschaftungsumlage bis zur Erteilung der rechtsverbindlichen Auskunft des Finanzamtes zurückzustellen. Die Erteilung der Auskunft liegt derzeit noch nicht vor. Aufgrund der Prüfung wird die Einführung der Umlage voraussichtlich zum 01.07.2017 erfolgen.
16_SZS.002	Einführung Beteiligung der Schwimmvereine	4210	2017	40.000	40.000	20.000	-20.000	50%	100%	gelb	Voraussetzung für die Umsetzung des Maßnahmenvorschlags 16_SZS.004. Die Maßnahme wurde vom Rat am 17.03.2016 beschlossen. Die Einführung der Umlage soll zum 01.01.2017 erfolgen. Die ersten Vorbereitungen für die Umsetzung wurden bereits eingeleitet. Aufgrund der z. Zt. anstehenden Prüfung zur Einrichtung eines BgA Sportstätten wurde beschlossen, die Erhebung der Energie- und Bewirtschaftungsumlage bis zur Erteilung der rechtsverbindlichen Auskunft des Finanzamtes zurückzustellen. Die Erteilung der Auskunft liegt derzeit noch nicht vor. Aufgrund der Prüfung wird die Einführung der Umlage voraussichtlich zum 01.07.2017 erfolgen.

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	Aktueller Stand	Stellungnahme
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	div. SZS	2017	250.000	250.000	58.364	-191.636	23%	47%	rot	<p>Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen. In dieser Sitzung wurde ebenfalls die Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage beschlossen. Diese Umlage ist Voraussetzung für die Umsetzung der Maßnahme in 2017. Der Antrag zu einer rechtsverbindlichen Auskunft der Finanzbehörde wurde zwischenzeitlich gestellt. Die Erteilung der Auskunft liegt derzeit noch nicht vor. Das Ergebnis fließt dann in die z. Zt. ausgesetzte Umsetzungsvorlage ein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Einführung und Umsetzung des BgA Sportstätten nach Ratsbeschluss frühestens zum 01.07.2017 möglich, so dass das anteilige Vorsteuerpotenzial für 2017 bei 58.364 € liegt.</p> <p>Das beschlossene Einsparpotenzial in Höhe von 250 T. € kann strukturell nicht gehalten werden, da ausschließlich für den Erwachsenensportbereich eine Umsetzung beschlossen wurde. Die ersten Berechnungen sind auf Grundlage des Gesamtsportbereiches (Erwachsene, Jugendliche und Kinder) erfolgt. Nach der Einschränkung auf den Erwachsenensportbereich durch den o.g. Ratsbeschluss und den z. Zt. vorliegenden Berechnungen auf Basis des Jahres 2015 kann nur noch ein Vorsteuerpotenzial von 116.727 € für die Folgejahre festgestellt werden.</p>
16_SZS.005	Erlöse durch Vermarktung von Sportanlagen ähnlich ENERVIE-Arena	4240		0	0	0	0	NB		grün	<p>Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen.</p> <p>Das Konzept und die Rahmenbedingungen wurden mit Vorlage 0394/2016 zur Beschlussfassung in der Ratssitzung am 02.09.2016 vorgelegt. Die Verwaltung geht davon aus, dass frühestens für das HHJ 2017 ein erstes Konsolidierungsergebnis benannt werden kann. Der Entwurf zur Vermarktung der Namensrechte wurde am 29.06.2016 dem Sport- und Freizeitausschuss vorgestellt und dahingehend erweitert, dass realisierte Einnahmen zu 70 % für die Vereine und 30 % für die Unterhaltung der Sportstätten in den städt. Haushalt einfließen.</p> <p>In der Ratssitzung am 22.09.2016 wurde diesem Modell zur Vermarktung der Namensrechte zugestimmt, unter der Maßgabe, dass nach Einrichtung des BgA Sportstätten, die Verwaltung ein entsprechendes Konzept entwickelt, in dem abschließend auch die Verwendung der dann eingeworbenen Mittel geregelt wird.</p>

Maß-Nr	Bezeichnung	Produktgruppe	Start der Maßnahme	Gesamtbetrag	Planung 2017	Prognose 2017	Differenz Hochrechnung 2017 Plan 2017	Zielerreichungsgrad 2017	Prognose 2021	aktueller Stand	Stellungnahme
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	div. VB 5	2016	1.160.000	1.400.000	1.700.000	300.000	121%	100%	grün	Die Abrechnung der Stromkosten für die gesamte Straßenbeleuchtung wird unter einem Kostenpunkt zusammengefasst. Dies führt allein schon zu einer deutlichen Reduzierung der staatlichen Entgelte für die Straßenbeleuchtung von 80 T€/Jahr. Durch die Erneuerungsmaßnahmen im Bereich Straßenbeleuchtung, können Stromkosteneinsparung erbracht werden. Weiterhin konnten weitere Einsparungen zum Schwerpunkt des Energiebezuges im Bereich von Strom und Gas bei der Gebäudeversorgung erzielt werden. Zudem können durch diverse andere Maßnahmen weitere 200 T€ konsolidiert werden. Aufgrund dessen konnte die Maßnahmenplanung in den Jahren 2017 - 2019 um jeweils 240.000 € angehoben werden. Dies konnte auch ohne Kündigung der Verträge erreicht werden. Die Konsolidierung wird voraussichtlich erreicht und durch die Erstattungen aus 2016 durch den WBH noch überschritten.
PK_Gesamt	Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung aller PK-Maßnahmen	PK	Ifd. 2011	11.914.667	11.914.667	11.914.667	0	100%	100%	grün	Auf der Basis der Ergebnisse der Vorjahre ist davon auszugehen, dass die geplante strukturelle Personalkostenkonsolidierung im Haushaltsjahr 2016 erbracht werden kann.
Gesamtsumme				76.532.219	76.251.943	76.326.062	74.119	100%	99,3%		

Hinweise zur „Ampel-Bewertung“

Auf Grund der Bemerkungen der Bezirksregierung aus dem Schreiben vom 12.09.2013 wurde der Erfolg aller Maßnahmen bei der Ampelbewertung nun einzeln betrachtet.

Die Beurteilung wurde wie folgt definiert:

Grün: Sowohl im aktuellen Jahr als auch in der mittelfristigen Prognose für 2021 (nicht Planung) wird das Konsolidierungsziel erreicht.

Gelb: Im aktuellen Jahr wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht, aber in der mittelfristigen Prognose 2021

Rot: In der mittelfristigen Prognose wird das Konsolidierungsziel nicht erreicht. Die Prognose 2021 ist geringer als die Planung in der Fortschreibung des HSP 2016

Stellungnahme zur Maßnahme 14_Habit.001 - Stadtweite Geschäftsprozess-optimierung im Bereich IT

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat im Rahmen ihrer Beratung zum Stärkungspakt Organisation und Aufbau im Bereich IT für den engeren Konzern der Stadt Hagen eine Untersuchung durchgeführt und empfiehlt eine stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT. Durch eine Zusammenführung der beiden Rechenzentren HABIT und IT der Wirtschaftsbetriebe (bzw. Aufgabe eines Rechenzentrums) soll ein Einsparpotenzial von 500.000 € erzielt werden.

Die konkreten Einzelheiten dieser Maßnahme wurden im Laufe des Jahres 2014 mit Hilfe der GPA ermittelt, die hierzu einen externen IT-Berater beauftragte. Die Ausschreibung seitens der GPA ist nach wie vor in Vorbereitung.

Die von der GPA im Rahmen der Konsolidierungsberatung zu beauftragende Prozess-Untersuchung soll ihre Schwerpunkte an Hand der Ergebnisse der überörtlichen Prüfung setzen. Im Laufe der letzten Monate ergaben sich durch verschiedene Kontakte mit anderen Kommunen aber Hinweise, dass hinsichtlich der Zurechnung von verwaltungsinternen Prozessen und Personalanteilen zu HABIT-Dienstleistungen nicht in allen Kommunen die Daten so aufbereitet wurden, wie dies in Hagen erfolgt ist. In Hagen wurden dezentrale Funktionen offenbar in stärkerem Maße den HABIT-Prozessen zugeordnet, als dies in anderen Städten erfolgt ist. Dies führt nach Einschätzung des HABIT und des Fachbereiches 11 zu einer im interkommunalen Vergleich überhöhten Belastung dieser Prozesse. Daher wurden einige Ergebnisse mit der GPA neu diskutiert und bereinigte Zahlen von Seiten der Stadt geliefert.

Da diese neuen Zahlen nach Einschätzung von HABIT Einfluss auf die Schwerpunktsetzung der Prozessuntersuchung haben können, wurde die Vergabe von hier aus zurückgestellt, bis die endgültigen Erkenntnisse zu dem Themenkomplex EDV vorliegen. Es war zunächst beabsichtigt, auf Grund der neueren Auswertungen der Vergleichszahlen aus der überörtlichen Prüfung im Bereich IT die Leistungsbeschreibung für die externe Beratung durch die GPA aus der Sicht der Stadt noch einmal kurzfristig zu überarbeiten. Auf Grundlage der veränderten Vergleichszahlen auf Hagener Seite war es aus der Sicht der Stadt Hagen sinnvoll, die Untersuchungsschwerpunkte zu verschieben. Daher hatte sich der Beginn der Vorarbeiten verzögert.

Zwischenzeitlich zeigt sich jedoch, dass die personellen und finanziellen Ressourcen beim HABIT zur Umsetzung einer solchen stadtweiten Konzeption während der Bau- und Umzugsphasen für das Haupt-Rechenzentrum, das Backup-Rechenzentrum und die neuen Büroräume des HABIT keinesfalls gegeben sind. Um jetzt keine Konzepte auf Basis unzureichender Voraussetzungen zu entwickeln, die dann in zwei oder drei Jahren erneut überarbeitet werden müssen, muss der Start der Maßnahme nun auf den Zeitraum nach Fertigstellung der beiden Rechenzentren und dem Büroumzug des HABIT verschoben werden.

An der Maßnahme wird von Seiten der Stadt festgehalten. Nach den genannten Umzügen wird weiter versucht unter Beratung durch die GPA hier entsprechende Ergebnisse zu erzielen.

Der Rat beschloss am 07.04.2016 den HSP 2016/2017 und somit die Verschiebung der Maßnahme unter Berücksichtigung des Effekts der alten Maßnahme 15_11.001 in Höhe von 300 TEUR im Jahr 2021. Im HSP 2016/2017 wurden für den Zeitraum der Verschiebung entsprechende (temporäre) Ersatzmaßnahmen beschlossen.

Mit Bezug auf die Anmerkung in der Genehmigungsverfügung der Bezirksregierung für das HSP 2017 teilt die Verwaltung mit, dass nach Abschluss der Umzugsarbeiten für das Rechenzentrum durch Beauftragung der GPA eine externe Untersuchung vorgesehen ist, die zum Einen eine stadtweite Prozessoptimierung durch verstärkte Nutzung digitaler Prozesse und zum Anderen den Prozessablauf innerhalb des HABIT überprüfen soll.